

SPREMBERG

SPD



# GESCHICHTE DER SPREMBERGER SOZIALDEMOKRATIE

*TEIL I: VON DEN ANFÄNGEN BIS 1918*

*Autor: Andreas Lemke*

[WWW.SP-SPREMBERG.DE](http://WWW.SP-SPREMBERG.DE)





## Inhaltsverzeichnis

Grußwort Sigmar Gabriel	Seite 1
140 Jahre Sozialdemokratie in Spremberg	Seite 2
Vorwort des Autors	Seite 3
Vom Beginn der Arbeiter- und sozialdemokratischen Bewegung in Spremberg bis zur Gründung des ADAV-Zweigvereins am 24. Mai 1873	Seite 5
Die Entwicklung der Spremberger Sozialdemokratie von 1874 bis zum Erlass des Sozialistengesetzes 1878	Seite 10
Spremberg während des Sozialistengesetzes 1878 bis 1890	Seite 16
Von der Gründung des Allgemeinen Arbeiter-Vereins für Spremberg und Umgebung am 01.05.1890 bis zur Jahrhundertwende	Seite 27
Die SPD Spremberg von der Jahrhundertwende bis zum Beginn des 1. Weltkrieges	Seite 42
Die Zeit des 1. Weltkrieges bis zur Novemberrevolution in Deutschland	Seite 55
Bildnachweis	Seite 60
Quellennachweis	Seite 61
Impressum	Seite 62

## Sigmar Gabriel zum 140. Gründungsjubiläum der SPD Spremberg



Liebe Genossinnen und Genossen,

140 Jahre gibt es die SPD in Spremberg nun. Am 24. Mai feiert Ihr dieses Jubiläum. Ich übersende Euch aus dem Willy-Brandt-Haus meine herzlichen Glückwünsche zu Eurem Fest.

Jubiläen wie dieses sind Anlass zum Rückblick: Die SPD ist die älteste demokratische Partei in Deutschland. Seit 150 Jahren kämpft die Sozialdemokratie für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. In diesen Jahren war sie immer Teil einer internationalen Freiheitsbewegung. Die Geschichte der Demokratie in Deutschland ist nicht von der Geschichte der Sozialdemokratie zu trennen. Die Mitglieder der SPD – Frauen und Männer – haben Freiheitsrechte und Demokratie erstritten, das Frauenwahlrecht erkämpft und sich jeder Diktatur widersetzt. Weitsichtig und tapfer haben sich die Mitglieder der SPD dem Nationalsozialismus in den Weg gestellt. Diesen mutigen Einsatz haben viele Genossinnen und Genossen mit ihrem Leben bezahlt. Ihre Opfer für Freiheit und Demokratie sind uns dauerhafte Mahnung und Verpflichtung.

Auch heute gilt: Die SPD wird gebraucht. Die sozialdemokratische Idee erreicht die Menschen seit 1863. Die Idee der Freiheit von Not und Unterdrückung. Aber auch die Idee der Freiheit, aus seinem Leben etwas machen zu können. Die Idee, dass man nicht gebunden ist an Herkunft, Geschlecht oder Hautfarbe. Die Idee von einem offenen und freien Lebensweg, den jeder Mensch ohne Hürden beschreiten kann. Wir wissen diese sozialdemokratische Idee fest in der Mitte Deutschlands verankert.

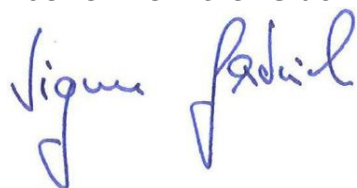
Ich weiß, was in den Ortsvereinen und Unterbezirken jeden Tag geleistet wird. Für diese mühsame, ausdauernde Arbeit danke ich Euch allen sehr herzlich. Sie ist ein großer Schatz für unsere Partei. Meine Bitte: Bringt Euch ein in die Arbeit der SPD. Für eine starke, selbstbewusste und erfolgreiche SPD brauchen wir Eure Ideen, Eure Erfahrungen und Eure Kraft. Helft mit, die sozialdemokratische Idee jeden Tag mit Leben zu erfüllen und das Leben der Menschen besser zu machen.

2013 gibt es die SPD in Spremberg seit 140 Jahren. Feiert dies, und arbeitet unverdrossen weiter für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!

2013 wird die SPD sogar 150 Jahre alt. In diesem Jahr findet auch eine Bundestagswahl statt. Ein Sieg der SPD bei der Bundestagswahl wäre ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit und Zusammenhalt in unserem Land.

Dafür wollen wir gemeinsam arbeiten!

Mit einem herzlichen Gruß



Sigmar Gabriel

## 140 Jahre Sozialdemokratie in Spremberg



Am 24. Mai 1873 - zehn Jahre nach der Bildung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), dem Vorläufer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - gründete sich in Spremberg ein Zweigverein des ADAV.

Mit diesem Tag beginnt die heute 140-jährige Geschichte sozialdemokratischen Wirkens in unserer Heimatstadt Spremberg.

Allen Verboten, Diktaturen, Enteignungen und Repressalien gegen Sozialdemokraten zum Trotz, haben die Ideale der Sozialdemokratie in Spremberg nie ihre Wurzeln verloren.

Im Gegenteil, es gab in jeder Zeit Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die die Ideale der Sozialdemokratie über Verbote und Diktaturen hinweg bewahrt haben und wie in den Jahren 1890, 1945 und 1990 stets wieder mit Leben erfüllten, aber auch mit ihrem Leben bezahlten, wie der sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionär Ernst Tschickert, dessen Namen heute der Vorplatz des Spremberger Schlosses trägt.

Vielen Spremberger Bürgerinnen und Bürgern wird nicht bekannt sein, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihrer Stadt eine so lange Tradition hat.

Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, die Geschichte der Spremberger Sozialdemokratie zu dokumentieren und somit für die kommenden Generationen zu bewahren.

Zudem wollen wir ein Stück Geschichte der Stadt Spremberg, das es in der nun vorliegenden Komplexität bisher noch nicht gab, veröffentlichen, um es den Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen.

Ich würde mich freuen, wenn zum Beispiel die Spremberger Schulen unsere Chronik im Geschichtsunterricht nutzen würden, um deutsche Geschichte am Beispiel ihrer Heimatstadt Spremberg anschaulich, greifbar und für junge Menschen erlebbar zu machen.

Den heute vorliegenden ersten Teil der "Geschichte der Spremberger Sozialdemokratie - Von den Anfängen bis 1918" herausgeben zu können, ist uns nur möglich, weil Andreas Lemke, der langjährige Vorsitzende des SPD-Ortsvereines und Fraktionsvorsitzende der SPD in der Stadtverordnetenversammlung, seit vielen Jahren akribisch recherchiert und Material zur Geschichte der Sozialdemokratie in Spremberg gesammelt hat.

Er hat sehr viele Stunden seiner Freizeit, neben seiner Arbeit und seinen ehrenamtlichen Funktionen, in Archiven, bei Recherchen, in Gesprächen mit Zeitzeugen, dem Auswerten von Unterlagen und beim Schreiben der Chronik verbracht.

Ich möchte ihm an dieser Stelle für seine akribische und aufwendige Arbeit im Namen aller Spremberger Sozialdemokraten herzlich danken.

Dirk Süßmilch

Vorsitzender  
SPD Ortsverein Spremberg

## Vorwort des Autors Andreas Lemke



Die Recherchen zum Thema Sozialdemokratie in Spremberg und Umgebung gestalteten sich erwartungsgemäß schwierig.

Protokolle oder Chroniken der Partei gibt es dazu nicht oder nicht mehr. Insbesondere die Zeiten der beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts haben große Lücken in die Geschichte der städtischen SPD geschlagen. Die verbliebenen Informationen, Geschichten und Details mussten aus unterschiedlichen Quellen (Angaben am Ende der Broschüre) geschöpft und miteinander verbunden werden.

In diesem 1. Teil der Geschichte der Spremberger Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie wird die Entstehung und Organisation zur Zeit des preußischen König- und des deutschen Kaiserreiches bis zum Ende des 1. Weltkrieges 1918 betrachtet. Dieser Zeitraum kann rückblickend als einer der interessantesten und inhaltsreichsten in der langen Geschichte der Spremberger Sozialdemokratie bezeichnet werden.

Wenn über die örtliche SPD geschrieben wird, ist dies auch die Geschichte der aus ihr hervorgegangenen Bewegungen. Bis in die 80iger Jahre des 19. Jahrhunderts war die Partei für alles zuständig, was rund um die Arbeiterschaft und ihre Familien zu tun war.

Danach bildeten sich die einzelnen Säulen der Arbeiterbewegung heraus, die in und mit der SPD lebten und sich zum Teil erst später emanzipierten.

So sind zuerst die freien Gewerkschaften zu nennen, in Spremberg ab 1883 tätig, die mehr und mehr selbstständig für die Verbesserungen der Arbeitswelt einschließlich Entlohnung zuständig wurden.

Als zweites sind die Kultur- und Sportvereine, wie z. B. der Arbeitergesangverein „Liederkrantz“ aus Slamen (1879/1884) oder der Arbeiter-Turn-Verein 1895 aus Spremberg, zu erwähnen, die sich um die Freizeitbeschäftigungen kümmerten.

Als dritte Säule steht die Konsumvereinsbewegung, die für die preiswerte Versorgung der Arbeiterschaft sorgte und in Spremberg stabil seit 1891 Fuß gefasst hatte.

Nimmt man die Partei selbst dazu, so kommt man auf 4 wesentliche Wirkungsrichtungen der Sozialdemokratie: politische Arbeit (Partei), Arbeitsbedingungen (Gewerkschaft), Versorgung (Konsum) und Freizeit (Arbeitervereine).

Später kommen noch Schutzvereine, wie z. B. der für den Mieterschutz (1895), Baugenossenschaften, wie der Spar- und Bauverein (1896), Versicherungen, wie die Volksfürsorge (1913) und die Arbeiterwohlfahrt (1924) dazu, wobei sich letztere insbesondere um die Kranken und ältere Leute kümmerte.

Um die Sozialdemokratie in Spremberg beschreiben und verstehen zu können, wird auch zu diesen aus ihr hervorgegangenen bzw. sie stark berührenden Bewegungen informiert.

Als nächstes ist darauf hinzuweisen, dass es Phasen gab, wo es mehr zu berichten gibt, z. B. zum Zeitraum des Sozialistengesetzes, und Zeiten, wo weniger Informationen vorliegen, wie z. B. für die vier Jahre des 1. Weltkrieges.

Die wichtigsten Grundlagen für meine Recherchen waren der Spremberger Anzeiger und seine Vorläufer sowie die Adressbücher, dessen vorhandene Jahrgänge im Niederlausitzer Heidemuseum Spremberg aufbewahrt werden.

Beim Leiter des Museums Herrn Kwast und seinen MitarbeiterInnen möchte ich mich deshalb besonders bedanken, sie haben mir das Lesen der historischen Heimatzeitung und sonstiger Schriften stets unkompliziert ermöglicht.

Als nächste Quellen sind Bücher und Schriften über die Akten aus den Beständen des Bundesarchivs und des Brandenburgischen Landeshauptarchivs zu nennen, da die Sozialdemokratie seit ihrem Entstehen bis zum Ende des deutschen Kaiserreichs sehr akribisch durch die Polizeibehörden beobachtet und analysiert wurde.

Nicht zu vergessen sind die parteiinternen Quellen der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Archiv der sozialen Demokratie und Publikationen des Landesverbandes Brandenburg. Auch ist es mir ein Bedürfnis, mich bei den älteren Mitgliedern der SPD Spremberg, besonders beim Ehrenvorsitzenden Gerhard Vogel, für die vielen Überlieferungen und Hinweise zum Ortsverein zu bedanken.

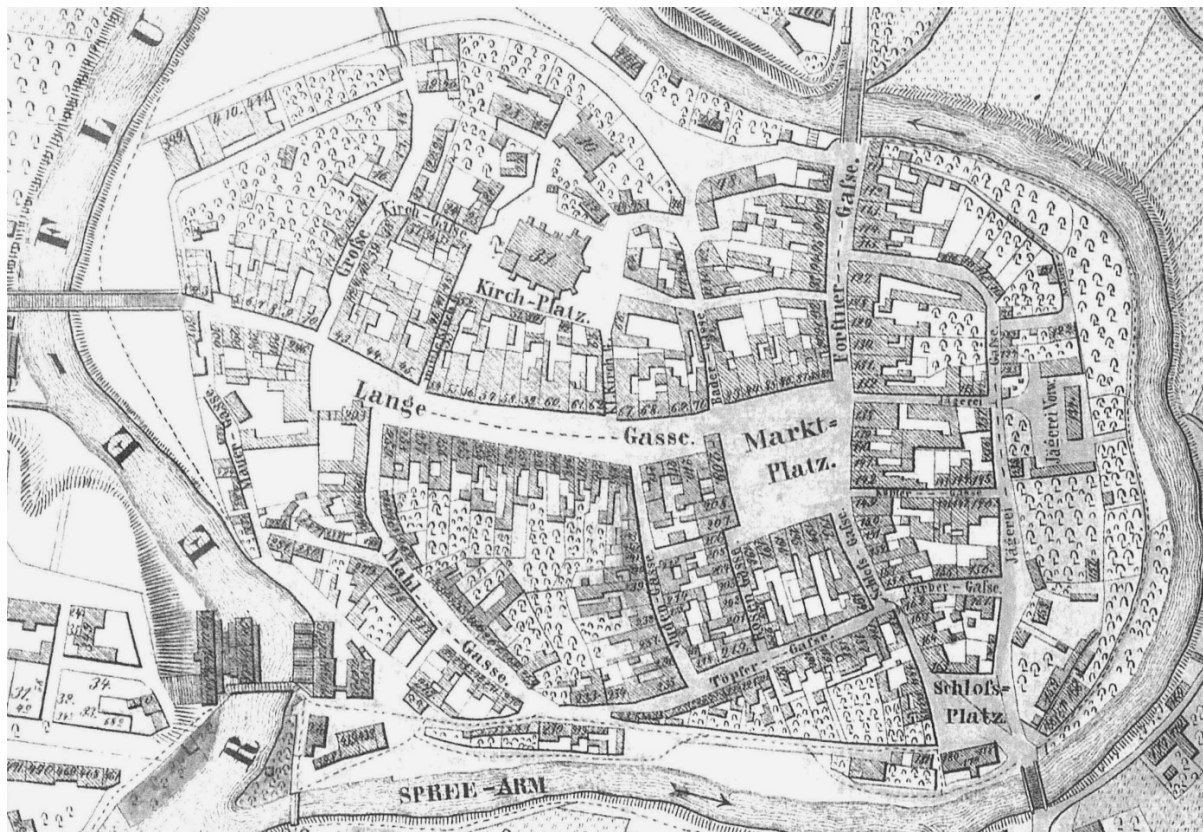
Im nachfolgenden Text zur Geschichte der SPD Spremberg sind die Namen der Sozialdemokraten aus Spremberg und Umgebung, die zweifelsfrei feststellbar waren bzw. sind, bei ihrer ersten Nennung hervorgehoben worden.

Andreas Lemke

## Vom Beginn der Arbeiter- und sozialdemokratischen Bewegung in Spremberg bis zur Gründung des ADAV-Zweigvereins am 24. Mai 1873

Die Bevölkerung der Tuchmacherstadt Spremberg, seit 1815 zu Preußen gehörend, wuchs durch die beginnende Industrialisierung im 19. Jahrhundert stetig an. 1784 gab es 1.269 Einwohner in der Stadt,

werden konnte. Waren bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die kleinen Handwerker, insbesondere die Handweber, vorherrschend, so überwog danach mehr und mehr der Anteil der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen



*Bild 3: Spremberg Plan Spreeinsel 1835*

1816 waren es 2.394 und 1849 bereits 4.857. Mit dem Beginn des Maschinenzeitalters (die erste kohlengefeuerte Dampfmaschine Sprembergs ging 1856 in Betrieb) stieg die Einwohnerzahl weiter kräftig an, von 5.858 im Jahr 1858 über 8.823 (1867) auf 11.338 (1880). Diese Bevölkerungszahl blieb bis zum Ende des 1. Weltkrieges nahezu konstant, da sich der weitere Zuwachs an Industriearbeitern, bedingt durch die engen Stadtgrenzen, vor allem in den umliegenden Gemeinden, realisierte. So lebten in Slamen 1844 ca. 200, 1884 ca. 1700 und 1908 ca. 2100 Einwohner. Die Stadt Spremberg zahlte deshalb z.B. ab 1903 bis 1907 einen jährlichen Schullastenausgleich von 1200 Mark an Slamen, damit das dortige Schulgebäude für die vielen Kinder der Arbeiter, die in den Spremberger Fabriken tätig waren, erweitert

in Spremberg. Spätestens Anfang der 70er Jahre, zur Zeit der Reichsgründung, kann man von einer Industriestadt sprechen.

Im engen Zusammenhang mit dieser Veränderung der Bevölkerungsstruktur, der Armut unter den einfachen Handwerkern und Arbeitern, der relativen Nähe zu Berlin und dem Ruf nach politischen Freiheiten entwickelte sich in Spremberg und der Niederlausitz zunehmend eine organisierte Arbeiterbewegung.

Die Almosen der Obrigkeit (Gründung eines Armenunterstützungsvereins am 30.04.1847 in Spremberg) und ihre Verfügungen (z.B. Erlass des Spremberger Landrats von Poncet gegen die Bettelei vom 10.07.1847) konnten das nicht verhindern. Während der Märzrevolution 1848 wurden z. B. der Tuchmachergeselle Jablonski, der Tischler



Frieders und der Zigarrenmacher Blücher wegen „aufrührerischer Reden“ von der Spremberger Ortspolizei festgenommen, mussten aber bald wieder frei gelassen werden.

Nach dem von Stefan Born abgehaltenen ersten Deutschen Arbeiterkongress im Spätsommer 1848 in Berlin kam es in Deutschland zur Bildung von Arbeitervereinen. Der an die Berliner Arbeiterverbrüderung angelehnte „Demokratische Zentralverein der Niederlausitz“ vereinigte

der § 8 des preußischen Vereinsgesetzes von 1850 gab dem Staat die Möglichkeit, unliebsame Vereinigungen zu verbieten. So blieben in Spremberg nur die Innungsvereine, sogenannte Bruderschaften, Gesangsvereine, der Bürgerverein, der Freundschaftsbund, der Harmonieverein und der Junggesellenverein unbehelligt.

Im Herbst 1861 bildete sich in Spremberg ein liberaler Wahlverein. Dessen Gründungsmitglied Bürgermeister Peschke lieferte sich im Zuge der Landtagswahl zum preußischen

Entfernung oder Auflösung Beschwerde oder Klage erhoben, oder wegen des Waffentragens ein Strafverfahren eingeleitet wird — der Nachprüfung der Beschwerde-Instanz, bezw. des Verwaltungsrichters oder des Strafrichters. (O.Tr. — G.M. XII. 417.)

4. Kriegervereinen, deren Statuten der ortspolizeilichen Genehmigung unterliegen, ist ein für alle Mal das Recht beigelegt, bei ihren Versammlungen und Aufzügen (vergl. auch Anm. 7 zu § 10) in der genehmigten Ausrüstung und Bewaffnung zu erscheinen. (R.D. vom 22. Februar 1842.)

5. Strafbestimmung f. § 18. — Verboten und mit Strafe bedroht ist namentlich auch die Aufforderung zum bewaffneten Erscheinen und die Vertheilung von Waffen in einer Versammlung. (Vergl. § 19.)

§ 8.

Für Vereine, welche bezwecken politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, gelten außer vorstehenden Bestimmungen nachstehende Beschränkungen:

- a) sie dürfen keine Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen;
- b) sie dürfen nicht mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten, insbesondere nicht durch Komitees, Ausschüsse, Central-Organen oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel.

Werden diese Beschränkungen überschritten, so ist die Ortspolizeibehörde berechtigt, vorbehaltlich des gegen die Beteiligten gesetzlich einguleitenden Strafverfahrens den Verein bis zur ergehenden richterlichen Entscheidung zu schließen.

Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge dürfen den Versammlungen und Sitzungen solcher politischen Vereine nicht beiwohnen. Werden dieselben auf die Aufforderung des anwesenden Abgeordneten der Obrigkeit nicht entfernt, so ist Grund zur Auflösung der Versammlung oder der Sitzung vorhanden.

1. Bezüglich des Begriffs eines Vereins (vergl. Anm. 8. 26. zu § 2). Danach ist auch eine von einer öffentlichen Versammlung erwählte Kommission (z. B. eine Lohnkommission), wenn sie dauernd in Thätigkeit bleibt, um sich mit politischen Gegenständen zu be-

schäftigen, und wenn sie zu gleichem Zwecke weitere Versammlungen einberuft oder auch nur einzuberufen beabsichtigt (vergl. Anm. 3), ein politischer Verein, welcher den Beschränkungen des § 8 unterliegt. (R.G. XVIII. 169.) Wenn sie politische Gegenstände in öffentlichen Versammlungen erörtern, unterliegen auch Religionsgesellschaften ohne Korporationsrechte den gleichen Bestimmungen. (O.Tr. — Dpp. XIV. 225.)

2. Der Begriff des politischen Vereins wird hier wiederum anders abgegrenzt als in § 2. Nicht eine Absicht der Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten wird hier erfordert, sondern nur die Erörterung politischer Gegenstände in Versammlungen. Es bedarf also einerseits einer Einwirkung nicht; andererseits fällt dieselbe, wenn sie in anderer Weise als durch Versammlungen ausgeübt wird, nicht unter diese Bestimmung. Die Ausdrücke „politische Gegenstände“ und „öffentliche Angelegenheiten“ (vergl. Anm. 11 zu § 1, Anm. 10 zu § 2) sind an sich keineswegs gleichbedeutend, wiewohl der Unterschied in der neueren Rechtsprechung sich immer mehr verwischt. Unter öffentlichen Angelegenheiten kann man im weiteren Sinne Alles verstehen, was sich nicht auf Privatangelegenheiten bezieht; politische Gegenstände sind hingegen diejenigen, die sich auf das Staatswesen, die Organisation und die Einrichtungen des Staates beziehen, und zwar sowohl auf dessen innere Einrichtungen als auf seine Beziehungen zu auswärtigen Mächten. (O.Tr. — G.M. I. 380.) Als politische sind aber nicht nur solche Gegenstände anzusehen, welche die Staatsweisheitslehre oder Politik im engeren Sinne, d. h. den Staat hinsichtlich seiner Zwecke und der zu deren Erreichung anzuwendenden Mittel betreffen, sondern auch Alles, was zur Staatswissenschaft im weiteren Sinne gehört, namentlich also auch Fragen der Volkswirtschaft und Sozialpolitik. (R.G. VIII. 215.) Sozialpolitisch sind aber auch Erörterungen über Fragen der Regulirung der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen, überhaupt des Arbeitsverhältnisses, sobald sie über den Rahmen des Verhältnisses bestimmter Arbeiter zu bestimmten Arbeitgebern hinaus- und in die prinzipielle Diskussion allgemeiner Verhältnisse übergehen, also z. B. sich auf die Lohnverhältnisse einer ganzen Gewerkschaft erstrecken.

3. Bezwecken heißt soviel wie beabsichtigen — vgl. Anm. 15 zu § 1. — Ob die Erörterung politischer Gegenstände in Versammlungen der alleinige oder der Hauptzweck, oder ob es nur ein gelegentlicher und Nebenzweck des Vereins ist, macht nichts aus. Schon das tatsächliche Vorkommen von politischen Erörterungen in den Versammlungen unter Leitung des Vorstandes genügt, um den Verein für einen politischen zu erklären. (R.G. XV. 305.) Gleichgültig ist auch, ob diese Erörterungen den unmittelbaren oder nur den mittelbaren Zweck des Vereins bilden, wie das z. B. häufig

Bild 4: Preussisches Vereinsgesetz § 8 (aus „Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland“ Vorwärts-Verlag 1892)

seit dem 13. Oktober 1848 Vertreter aus 15 Orten, unter anderem aus Spremberg, in seinen Reihen. Zu diesem Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass die Spremberger Mitglieder liberal denkende Handwerkergelesen waren. Nach dem Scheitern der Revolution wurden diese ersten Handwerker- und Arbeitervereine wieder aufgelöst. Vor allem

Abgeordnetenhaus im November des selben Jahres einen erbitterten politischen Streit mit dem konservativen Vertrauensmann Rittergutsbesitzer von Oertzen. Dieser Gegensatz zwischen der liberal orientierten Stadt und dem konservativ dominierten „platten Land“ rings um Spremberg (auch die Landräte waren bis 1918 stets konservativ)

prägte die Landtagswahlen bis zum Ende des 1. Weltkrieges.

Am 28. April 1862 gab es im Zuge erneuter Landtagswahlen einen politischen Streit mit Tötlichkeiten zwischen Tuchmachergesellen und Soldaten der Spremberger Garnison. Die Streitigkeiten, von der „Kreuzzeitung“ als Straßentumulte bezeichnet, setzten sich am 1. und 2. Mai im öffentlichen Bereich der Stadt fort. Nachdem Bismarck am 24. September 1862 zum preußischen Staatsminister ernannt wurde, blieb die politische Lage auch in Spremberg angespannt.

Im ersten Halbjahr des Folgejahres begannen sich die Arbeiter deutschlandweit von der liberalen Fortschrittspartei zu lösen. Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig die erste politische Arbeiterpartei Deutschlands, der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ ADAV gegründet und Ferdinand Lassalle wurde der erste Vorsitzende. Damit hatte die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie geschlagen.

über 500 Mitglieder und nahm auch Frauen auf. Die Einrichtung einer Lehrlings- und Fortbildungsschule sowie einer eigenen Bibliothek sind weitere Merkmale dieses fortschrittlichen Vereins gewesen.

In den Spremberger Arbeiterfamilien waren die Frauen zunehmend gezwungen, in den Fabriken arbeiten zu gehen, damit das Geld für die Familie reicht. Weil dadurch der Bedarf an Kinderbetreuung gegeben war, öffnete das erste „Kleinkinder-Institut“ für Kinder bis 6 Jahre am 1. Februar 1861 seine Türen. Dieser erste Kindergarten Sprembergs wurde vom evangelischen Pastor a. D. J. Mörbe in der Langen Gasse Nr. 294 im Haus des Gastwirts Domann und ab 1864 im Haus des Fabrikanten Reimbold in der Neustadt betrieben. Ab 1875 gab es weitere christliche „Kleinkinder-Schulen“ in der Stadt und später auch eine konfessionslose Einrichtung mit der ersten richtigen Kindergärtnerin Franziska Dahlemann.

Am 21. März 1866 ist die Krankenunter-



*Bild 5: Vorstand ADAV in Berlin*

In Spremberg versammelten sich die einfachen Handwerker und Arbeiter noch bis 1873 in den meist liberal geprägten Vereinen. So wurde 1862 ein Turnverein und ein Vorschussverein sowie 1864 ein Handwerker-Liederkranz und kurz darauf ein Handwerkerverein gegründet. Letzterer hatte bald

Stützungskasse für sämtliche städtischen Fabrikarbeiter begründet worden, sie trat ab 01.02.1867 in Kraft. Erster Vorsitzender wurde der Maschinenfabrikant und liberale Stadtverordnete Heinrich Haubitz. Im gleichen Monat gab es zwei erste Versammlungen zur Gründung eines Consum-Vereins

für Spremberg, zur Gründung kam es aber erst am 30. November 1867 im Schießhaussaal. Der Verkauf von Lebensmitteln und Brennstoffen gegen Marken erfolgte ab 15. Dezember 1867 bei neun einheimischen Kaufleuten und der Grube Anna in Pulsberg. Mitte 1868 wurde auch ein eigenes Consum-Lager eingerichtet, später gab es zwei Verkaufsstellen: in der Mühlenstraße 18 und in der Schützenstraße 8. Dieser erste Consum-Verein Sprembergs existierte bis zu seiner endgültigen Löschung nach 19 Jahren Bestehens am 22.12.1886 (erster Liquidationsbeschluss bereits am 26.02.1881, praktische Auflösung 1883) und war von Handwerkern und Gewerbetreibenden gegründet worden. Am 8. August 1868 gründete sich der Arbeiter-Bildungs-Verein Spremberg, der ohne Verbot durchgehend bis 1933 tätig war und 1869 wurde das städtische Krankenhaus eröffnet.

Diese neuen Errungenschaften zur Fortbildung, Absicherung und Versorgung der Handwerker und Arbeiter sollten weitergehende Forderungen der einfachen Leute zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen verhindern helfen. Trotzdem kam es immer wieder zu politisch motivierten Protesten in der Stadt. In der Nacht vom 23. zum 24. Juni 1866 gab es z. B. so einen „Vorfall gegen die öffentliche Sicherheit“, weshalb der Bürgermeister, wie schon 1848 praktiziert, eine Sicherheitswehr aus Spremberger Bürgern zur Unterstützung der Ortspolizei und Überwachung der Stadt bilden ließ.

Mit dem Wahlgesetz zum Norddeutschen Reichstag vom 15.10.1866 hielt erstmals ein relativ demokratisches Wahlrecht Einzug in Deutschland. Die Reichstagswahlen waren bis zum 1. Weltkrieg der einzige Gradmesser für die politische Stimmung in Spremberg und Umgebung. Das ungerechte, am Einkommen orientierte, Dreiklassenwahlrecht Preußens blieb weiterhin für die Landtagswahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus (es waren stets 2 Abgeordnete für den Wahlkreis Cottbus-Calau-Spremberg zu wählen) und für die Spremberger Stadtverordnetenwahlen (seit 1865 waren 24 Stadtverordnete - alle 2 Jahre ein Drittel - zu wählen) in Kraft und schloss etwa zwei Drittel der Wahlberechtigten aus. Der Kreistag setzte sich aus den Rittergutsbesitzern des Kreises Spremberg, wenigen Dorfschulzen und 6 Sprembergern (Bürgermeister, Beigeordneter und 4 Stadtverordnete) zusammen und wurde überhaupt

nicht von der Bevölkerung gewählt. Gleiches galt für den Provinziallandtag Brandenburg, zu dem der Kreistag zwei seiner Vertreter entsenden musste.

Die beiden ersten Reichstagswahlen am 12.02. und am 31.08.1867 im Wahlkreis Cottbus-Spremberg wurden vom Rittergutsbesitzer Dr. Köster auf Bagenz (konservativ) gewonnen. Der liberale Kandidat Hirschberger aus Lübbenau hatte zwar in Cottbus und Spremberg wesentlich mehr Stimmen erhalten - in Spremberg z. B. achtmal soviel wie Dr. Köster, die Wahl wurde aber in den konservativen Landkreisen entschieden.

Im Mai 1869 gründete sich im Saal des Restaurants Winzer der erste Gewerkverein Hirsch-Dunckerscher Art in Spremberg, der Ortsverein der Stuhlarbeiter (Textilarbeiter). Diese liberale Form der Arbeitervereinigung erfolgte in der Stadt auch in anderen Berufsgruppen wie den Zimmerleuten (August 1869) und den Fabrikarbeitern (1874). 1877 schlossen sich die Ortsvereine zu einem Ortsverband der Gewerkvereine zusammen. Der 1878 gegründete Ortsverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter schloss sich ebenfalls dem Ortsverband an.

In einer rege besuchten Versammlung des Ortsvereins der Stuhlarbeiter am 14. August 1869 wurden die unterschiedlichen Ziele des Lassalleschen ADAV und der Gewerkvereine nach Hirsch-Duncker vorgetragen und von den Anhängern beider Richtungen erstmals nachweislich in Spremberg diskutiert.

Bürgermeister Nakszynski, seit Ende 1868 im Amt, regte im April 1870 die Schaffung von Volksküchen für Spremberg an, um die Mittagessenversorgung der Fabrikarbeiter zu verbessern. Im selben Monat kam es in Spremberg zu einem Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt, wofür 5 Fabrikarbeiter und Gesellen am 28. Juni vor dem Cottbuser Schwurgericht zu schweren Strafen verurteilt wurden. Friedrich August Ludwig erhielt 2 Jahre Zuchthaus, Ch. Franz Schäfer 7 Monate und Christian Schmidt, Julius Gustav Henschke sowie Friedrich Wilhelm Unger je 6 Monate Gefängnisstrafe.

Die erste gesamtdeutsche Reichstagswahl am 3. März 1871 hatte in Spremberg fast das selbe Ergebnis wie 1867, der konservative Kandidat Dr. Köster siegte im Wahlkreis und der liberale Kandidat hatte wieder in Cottbus und Spremberg die Nase vorn.

Im Juni 1872 schickte der neue ADAV-Präsident Wilhelm Hasenclever Agitatoren in die preußischen Provinzen, um die Arbeiter-

vereine in der Fläche weiter aufzubauen. Am 13. Oktober des selben Jahres fand in Cottbus der erste „Allgemeine Arbeitertag der Weber und Tuchmacher, Fabrik- und Handarbeiter der Niederlausitz“ statt, an dem auch Vertreter der Spremberger Textilarbeiter teilnahmen. Vor allem die Textilarbeiter waren es, die die Gründung eines eigenen Arbeitervereins Lassallescher Prägung in Spremberg vorantrieben.

Am Samstag, dem 24. Mai 1873 - zehn Jahre und einen Tag nach der Bildung des ADAV in Leipzig - war es endlich soweit, der Zweigverein Spremberg des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurde gegründet.

Die Spremberger Sozialdemokratie organisierte sich damit erstmals als politische Partei in einer festen Organisation. Die Form des Zweigvereins wurde aufgrund des preußischen Vereinsgesetzes gewählt, um vor allem das Verbot des „in Verbindung tretens mit anderen Vereinen“ nach § 8 zu umgehen.

Leider liegen zur Gründungsveranstaltung des Spremberger ADAV keine Materialien vor, weder der Vorsitzende bzw. Vertrauensmann noch die Vorstandsmitglieder sind bekannt. Auch kann zu weiteren Aktivitäten des ADAV in 1873 nichts berichtet werden, da dieser Jahrgang des Spremberger Blattes im Museum fehlt.

## Die Entwicklung der Spremberger Sozialdemokratie von 1874 bis zum Erlass des Sozialistengesetzes 1878

Das Jahr 1874 begann für den Spremberger ADAV mit dem Wahlkampf zur Reichstagswahl, denn schon am 10. Januar wurde gewählt. Das Arbeiter-Wahlkomitee lud dazu am 6. und 7. des Monats in den Schweizer Garten ein.

didaten zu geben. Dr. Schacht gewann dann auch die Wahl mit den Stimmen der Arbeiter (im Wahlkreis 6216 gegen 5392 Stimmen, in Spremberg 1300 gegen 70 Stimmen) und wurde neuer Reichstagsabgeordneter. Der ADAV Spremberg war in der Folgezeit



Bild 6: Anzeige im Spremberger Blatt am 06.01.1874

Erstmals war mit dem Bildhauer Paul Kersten aus Berlin ein sozialdemokratischer Kandidat im Wahlkreis Cottbus-Spremberg aufgestellt worden. Er gehörte zu den Agitatoren des ADAV, die im Sommer 1872 von Wilhelm Hasenclever in die Provinzen geschickt worden und seitdem als Referenten auf Arbeiterversammlungen unterwegs waren. Kersten befand sich zur Zeit der Reichstagswahl im Zentralgefängnis in Cottbus, wahrscheinlich verurteilt für eine seiner Reden auf diesen sogenannten Volksversammlungen.

Das Wahlergebnis zum Reichstag am 10. Januar lautete in Spremberg: 816 Stimmen für den liberalen Kandidaten Dr. Schacht aus Lieskau, 225 Stimmen für Paul Kersten und 9 Stimmen für den konservativen Vertreter Dr. Köster. Im gesamten Wahlkreis stellte sich die Stimmenzahl wie folgt dar: Dr. Köster 3939, Dr. Schacht 3882 und Paul Kersten 545 Stimmen, so dass eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten am 24. Januar erfolgte. Dr. Köster versuchte mit Versprechungen, die er in einem Brief an den ADAV machte, die sozialdemokratischen Wähler für sich zu gewinnen. In der Mitgliederversammlung am 20.01. entschied der ADAV aufgrund der größeren politischen Nähe, seine Stimmen dem liberalen Kan-

außerordentlich rege und führte regelmäßig öffentliche Mitgliederversammlungen, so z. B. am 26.01., 08.02., 23.02., 10.04. und 21.04.1874, im Schweizer Garten durch. Die große öffentliche Volksversammlung mit dem Referenten C. Arnold zum Thema Militär- und Pressegesetz im Reichstag, die am 19.03. und dann am 23.03. stattfinden sollte, ist zweimal vom Bürgermeister Nakszynski verboten worden. Im dritten Anlauf und mit veränderter Tagesordnung konnte sie dann im Schweizer Garten am 28.03. durchgeführt werden. Der wieder freigelassene Paul Kersten war neben C. Arnold als zweiter Referent zugegen. Die nächste Volksversammlung des ADAV fand am 20.05. im Lokal des Herrn Schittke (späteres Gesellschaftshaus) statt, der Referent C. Maier aus Braunschweig sprach zur Arbeiterbewegung und zu den Aufgaben des Staates.

Mitte Juni 1874 wurde der ADAV in Berlin und in einigen Brandenburger Städten durchsucht, danach sind der hauptstädtische Zentralverein und weitere Vereine wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz polizeilich geschlossen worden. Der Vorsitzende Hasenclever sowie der Vorstand des ADAV zogen von Berlin nach Bremen um.

Am Tage des Verbots des Berliner Vereins, dem 23. Juni, lud der Zweigverein Spremberg zu seiner letzten öffentlichen Mitglieder-versammlung in das Deutsche Haus in der Forster Straße ein. Einlader war der Bevollmächtigte (Vertrauensmann) des Spremberger ADAV J. Dümmke. Danach traf sich der ADAV meist nichtöffentlich bzw. ohne öffentliche Ankündigung in der Zeitung

oder die Mitglieder besuchten die Volks- oder Arbeiterversammlungen der anderen Vereine in Spremberg (z. B. die Versammlungen der Fabrikarbeiter-Unterstützungskasse und des Ortsvereins der Fabrikarbeiter im September). Auch beim Turnverein Germania, der sich im Herbst 1874 im Schweizer Garten gründete, machten sie mit. Am 10. Todestag Ferdinand Lassalles, dem



Bild 7 Gründung SAPD in Gotha

31.08., trafen sich Wilhelm Hasenclever und Vertreter aus 50 deutschen Städten, darunter eine Abordnung aus Spremberg, am Grab des ADAV-Begründers in Breslau. Trotz aller geschickten Bemühungen, einem Verbot zu entgehen, wurde schließlich auch der Spremberger Verein am 18. Februar 1875 durch den berühmten Berliner Staatsanwalt Hermann Tessendorf polizeilich geschlossen. In der Folgezeit ließ man sich einiges einfallen, um sich weiter treffen zu können und auch öffentlich erkennbar zu bleiben. Am Samstag, dem 22. Juni, quasi am zweiten Jahrestag der Gründung des Spremberger ADAV machten die Genossen als „Gesellschaft Roth! Roth!“ einen Ausflug mit rotem Schlips als Erkennungszeichen. Man traf sich bei W. Krätschmer, Einlader war Wilhelm Mocksch.

Die durch Zusammenschluss des ADAV (Lassalleaner) und SDAP (Eisenacher) Ende Mai 1875 in Gotha entstandene Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands SAPD einte die beiden sozialdemokratischen Strömungen in Deutschland. Sie wurde allerdings bereits am 6. April 1876 mit all ihren Gliederungen in Preußen geschlossen und zog deshalb mit dem Vorstand von Berlin nach Hamburg um. Diese Schließung berührte Spremberg diesmal nicht, da kein neuer Arbeiterverein der SAPD gegründet worden war.

Am 27. Januar 1876 hatten sich die Tuchmachergesellen Adolph Nakonz und August Höhna, in Spremberg als Sozialdemokraten bekannt, in der Versammlung der Fabrikarbeiterkrankenkasse der Tuchmacher des Vorwurfs der Aufwiegelung und Aufhetzung Anderer zu erwehren. Der Vorsteher der besagten Krankenkasse, A. John, entschuldigte sich am 20. April öffentlich bei den Beiden dafür.

Auf dem „Sozialdemokratischen Arbeitertag der Niederlausitz“ am 30.04.1876 in Cottbus beschlossen die Delegierten, auch die Spremberger, dass der Sitz des Agitations-Komitees für die nächste Reichstagswahl in Forst sein soll und dafür Geld zu sammeln ist. Auch über eine sozialdemokratische Zeitung für die Niederlausitz oder zumindest für den Regierungsbezirk Frankfurt/Oder wurde diskutiert. Auf einer am nächsten Tag in Forst abgehaltenen Volksversammlung erklärte der Agitator Otto Kapell, ein Kollege von Paul Kersten und neuer Reichstagskandidat in den Wahlkreisen Sorau-Forst und Cottbus-Spremberg, dass die übrigen Parteien der Sozialdemokratie gegenüber nur

eine reaktionäre Masse bilden. Diese Generallinie reinsten marxistischen Verständnisses sollte in den Wahlkreisen der Niederlausitz bei der nächsten Reichstagswahl verfolgt werden.

Am 24. September startete die Herausgabe des sozialdemokratischen „Märkischen Volksfreundes“ als Probenummer, ab 01.10. erschien die Zeitung zweimal pro Woche im hiesigen Regierungsbezirk.

## Märkischer Volksfreund

Organ für die Volks-Interessen der Regierungs-Bezirke Frankfurt a. O. und Potsdam.

Derselbe erscheint vom 1. October d. J. ab wöchentlich 2 mal, am Mittwoch und Sonntag, zum Preise von 90 Pfennig pro Quartal. Insertionspreis 15 Pfennige pro 3-spaltige Zeile.

Man abonniert bei allen Postanstalten unter No. 2282a. Probenummer erscheint am Sonntag, den 24. d. M., Auflage 50,000. Inseratentgegennahme für dieselbe bis Donnerstag Abend.

### Verlag und Expedition

d. Allg. Deutschen Associations-Buchdruckerei (G G)  
Berlin, Kaiser Franz Grenadier-Platz 8a.

Bild 8: Spremberger Anzeiger am 21.09.1876

Auch der „Vorwärts“, das Blatt der vereinigten Sozialdemokratie Deutschlands, erschien erstmals am 1. Oktober 1876, nachdem die Einstellung der Zeitungen „Volksstaat“ (ADAV) und „Neuer Sozialdemokrat“ (SDAP) beschlossen worden war.

Am 15. Oktober wurde auf einer Volksversammlung im Lokal Pachtmann in Slamen und am 25. Oktober auf einer Öffentlichen Arbeiterversammlung im Schweizer Garten Werbung für den „Volksfreund“ gemacht. Am 1. November ist im Schweizer Garten das Programm der Sozialdemokraten Deutschlands vorgestellt worden. Die SAPD durfte bei der Einladung offiziell nicht benannt werden. Auf Volksversammlungen, die am 7., 12. und 26. November sowie am 10. und 23. Dezember in Spremberg, Slamen und Heinrichsfeld in Vorbereitung auf die Reichstagswahl abgehalten wurden, sprachen Hugo Keller aus Görlitz, der Redakteur Grottkau aus Berlin (ein Agitatorenkollege von Kersten und Kapell), Robert Teuber aus Cottbus und der Reichstagskandidat, Zimmerer Otto Kapell aus Berlin.

Am 15. November erfolgte bei den „Führern der Spremberger Social-Demokraten“ Tuchmacher August Zisowsky und Schuhmacher





E. Fähse in der Schlossstraße 7 übernommen. Beide, Zisowsky und Fähse, sowie der Böttcher Robert Teuber aus Cottbus gehörten dem „Central-Arbeiter-Wahl-Komitee für den Wahlkreis Cottbus-Spremberg“ an. Neben den Volksversammlungen trafen sich die Parteifreunde auf Einladung von Emil Fähse zu Besprechungen am 19.11. und 03.12.1876 sowie 07.01.1877 im Schweizer Garten.

Bei der Versammlung der Sozialdemokraten am Wahlabend der Reichstagswahl, am 10. Januar 1877 wurde Fähse von der Ortspolizei im Schweizer Garten verhaftet, musste aber wenig später wieder frei gelassen werden, da ihm nichts vorzuwerfen war. Bei der Reichstagswahl kam Otto Kapell mit 451 Stimmen in Spremberg auf Platz 2 von insgesamt vier Kandidaten und in Slamen mit 142 Stimmen sogar auf Platz 1. Im gesamten Wahlkreis bekam er 1839 Stimmen, das waren mehr als dreimal soviel Stimmen, wie Paul Kersten 1874 bekommen hatte. Der gut organisierte Wahlkampf der Sozialdemokraten in Spremberg und Umgebung sowie im gesamten Wahlkreis hatte sich mit einem achtbaren Ergebnis ausgezahlt. Reichstagsabgeordneter wurde letztlich der Konservative von Bärensprung nach einer Stichwahl gegen den Nationalliberalen und vorherigen Abgeordneten Dr. Schacht.

Auch im weiteren Verlauf des Jahres 1877 wurden von den Spremberger Sozialdemokraten regelmäßig Volksversammlungen zu aktuellen Themen durchgeführt: am 25.01. im Schweizer Garten, am 18.04., 24.06., 05.08. und 06.10. im Bergschlößchen und am 13.10., 3.11. und 16.12. im Saal des Herrn Winzer. Zu den Versammlungen wurden ausdrücklich auch die Frauen eingeladen. Am 4. November fand auch eine Volksversammlung außerhalb von Spremberg statt, bei Michalk in Groß Buckow.

Interne Versammlungen der Sozialdemokraten Sprembergs sind unter dem Namen „Einigkeit macht stark“ und ohne öffentliche Angabe des Ortes am 08.04., 26.05., 24.06., 14.07. und 29.09. durchgeführt worden.

Im April 1877 musste Emil Fähse eine kurzzeitige Gefängnisstrafe wegen „Mittäterschaft“ im Kreisgerichtsgefängnis Spremberg absitzen, da er der Veranstalter der Volksversammlung am 18.04. war, auf der der Redakteur Dolinsky vom „Märkischen Volksfreund“ gegen die restliche Lügenpresse wettete. Letzterer wurde wegen Beleidigung und Aufreizung zu Gewalttätigkeiten in

weiteren 18 Fällen von einem Berliner Gericht am 31.05.1877 zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Im Januar 1878 fanden wiederum 2 Volksversammlungen bei Winzer statt, zum Tabakmonopol und zum von den Sozialdemokraten in den Reichstag eingebrachten Arbeiterschutzgesetz.

Der weitere Jahresverlauf wurde in ganz Deutschland und in Spremberg von den Kaiserattentaten überschattet und führte zum Erlass des Sozialistengesetzes. Nachdem das erste Attentat vollständig misslang, der Reichstag ein daraufhin eingebrachtes Sozialistengesetz nicht beschloss und das zweite Attentat den Kaiser schwer verletzte, wurde der Reichstag am 11. Juni kurzerhand aufgelöst.

Eine Welle von Majestätsbeleidigungsprozessen mit schweren Strafen rollte über Deutschland und die Lausitz hinweg und Fabrikbesitzer gingen gegen Sozialdemokraten in ihrer Arbeiterschaft vor. In Spremberg z. B. wurde der Grubenaufseher Hentschel aus Bohsdorf am 14. Juni zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt und in Cottbus, Sorau, Sagan sowie Sommerfeld bekamen Gesellen und Meister für Majestätsbeleidigungen Haftstrafen von bis zu 5 Jahren. Die Fabrik Wilhelmsheil aus Spremberg hatte durch Aushang im Betrieb am 18. Juni verkündet, Jeden, der sozialdemokratischen Vereinen angehört, solche Reden führt oder Abonnent eines sozialdemokratischen Blattes ist, sofort und ohne Kündigung zu entlassen.

Die am 30. Juli durchgeführte Reichstagswahl stand ganz im Zeichen dieser Hetzjagden, der Sozialdemokrat Otto Kapell kam in Spremberg nur noch auf 287 Stimmen und lag noch hinter dem konservativen Kandidaten. Lediglich Slamen erwies sich als standfest, dort siegte Kapell hauchdünn mit 48 Stimmen vor den Anderen. Der Wahlkreis Cottbus-Spremberg verblieb ohne Stichwahl beim bisherigen konservativen Abgeordneten von Bärensprung.

Im Spätsommer begannen sozialdemokratische Vereine in Deutschland, sich aufzulösen und Vereinsvermögen unter die Mitglieder zu verteilen, da die neue Zusammensetzung des Reichstages keinen Zweifel am Zustandekommen eines Gesetzes gegen die Sozialdemokratie aufkommen ließ. Der Reichstag beschloss dann am 19. Oktober das von Bismarck eingebrachte Gesetz, welches am 21.10. verkündet, am 22.10. veröffentlicht und ab 24.10. gültig wurde. Auch und

besonders die Spremberger Sozialdemokratie hatte schwer unter diesem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der

Sozialdemokratie“, kurz als „Sozialistengesetz“ bezeichnet, zu leiden.

# Reichs = Gesetzblatt.

№ 34.

**Inhalt:** Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 351.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

**Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen** u.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

## §. 1.

Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

## §. 2.

Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des §. 1 Abs. 2 der §. 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetzbl. S. 415 ff.) Anwendung.

Auf eingeschriebene Hülfskassen findet im gleichen Falle der §. 29 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfskassen vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzbl. S. 125 ff.) Anwendung.

## §. 3.

Selbständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des Reichs-Gesetzbl. 1878.

67

Ausgegeben zu Berlin den 22. Oktober 1878.

## Spremberg während des Sozialistengesetzes 1878 bis 1890

Durch das Verbot des Spremberger ADAV 1875 waren die Spremberger Genossen an gewisse Repressalien des Staates bereits gewöhnt. Seit Beginn des Sozialistengesetzes waren allerdings die üblichen sozialdemokratischen Veranstaltungen, u. a. die beliebten öffentlichen Volksversammlungen, nicht mehr erlaubt, lediglich Informationsveranstaltungen mit Abgeordneten und Reichstags-Wahlversammlungen konnten unter strengen Auflagen durchgeführt werden. So ging man noch mehr als früher dazu über, sich in „unpolitischen“ Vereinigungen wie dem Arbeiter-Bildungs-Verein oder privat zu treffen oder gemeinsam bei Veranstaltungen von Gewerkvereinen bzw. deren Ortsverband teilzunehmen. Beispiele für neue Vereinigungen und Treffs in Spremberg und Umgebung waren die Gesellschaft „Schweiz“, die sich im Schweizer Garten traf, die Pfeifen-Clubs „Sultan“ und „Volldampf“, die Ober- und Unterslamener, Kochsdorfer sowie Heinrichsfelder „Jungburschen“ bzw. „Burschen“, mehrere „Vogelschützengesellschaften“, die sich auch zu Spaziergängen im Wald verabredeten, oder Skat- und Billardabende sowie spezielle Besprechungen zu Fastnachts- und sonstigen Vergnügungen. Im Sommer 1879 wurde ein Männergesangverein von den Slamener Handwerkern und Arbeitern gegründet, der seine „Singstunden“ regelmäßig und ohne öffentliche Einladungen abhielt und sich später (1905) mit dem Gesangverein „Liederkrantz“, der 1884 von den Slamener Sozialdemokraten gegründet wurde, verband.

Bei der Reichstagsersatzwahl am 5. April 1879, die aufgrund des Todes des Abgeordneten im Wahlkreis Cottbus-Spremberg notwendig wurde, gab es fast die selben Ergebnisse wie ein knappes Jahr vorher: Otto Kapell erreichte in Spremberg nur 209 Stimmen und der Konservative von Wackerbarth gewann überlegen den Wahlkreis.

Die Rechnung Bismarcks schien auch in Spremberg und Umgebung aufzugehen und die Sozialdemokraten waren gezwungen, ihre Agitation verstärkt illegal durchzuführen. So wurde der Tischlergeselle Friedrich August Greschke am 26.05.1879

wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz, er hatte die in Deutschland verbotene Zeitschrift „Freiheit“ von Johann Most verbreitet, durch das Kreisgericht Spremberg zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Landrat Seydel verwies im Frühjahr 1880 in einem Bericht an den Regierungspräsidenten in Frankfurt/Oder darauf, dass sich die sozialdemokratischen Bewegungen in der Stadt nicht öffentlich zeigen, „indessen ist Material für den Sozialismus, namentlich bei den Kohlengrubenarbeitern, sicher noch als vorhanden zu bezeichnen“.

Im Frühjahr 1881 sind in der Lausitz flächendeckend sozialdemokratische Flugblätter „Die Herrschaft der Verbrecher“ in gelben Kuverts verteilt worden (21.03. in Forst, 28.03. und 10.04. in Sorau, 23.04. in Cottbus und 29.04. in Guben). In der Nacht vom 10. zum 11. April geschah das auch in Hausfluren und auf öffentlichen Straßen und Plätzen von Spremberg. Im Sommer 1881 wurden bei einer Haussuchung beim Tuchmachergesellen Anton Hildebrandt, Schulgasse 2, mehrere verbotene Zeitungen, Schriften und das Programm der SAPD gefunden. Vor allem der „notorische Führer“ der Sozialdemokraten in Spremberg, der Tuchmachergeselle Robert Gley, aber auch Felke, Stahn und Foelske sind von der Staatsmacht zu dieser Zeit „unausgesetzt streng überwacht“ worden.

Nachdem im September 1881 der in Spremberg bekannte und nun in Forst wohnende Sozialdemokrat August Zisowsky zum Reichstagskandidaten gewählt wurde, legten die Spremberger Genossen am Abend des 26.10. Wahlaufrufe mit Stimmzetteln für Zisowsky in allen Straßen, auf Türschwelle und in Hausfluren der Stadt aus.

Auch Zisowsky konnte am 27. Oktober 1881 den Trend für die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen noch nicht ändern, er bekam 287 Stimmen in Spremberg (3. Platz) und 43 Stimmen in Slamen (2. Platz). Seine insgesamt 955 Stimmen im Wahlkreis verhinderten aber einen Durchmarsch des Konservativen von Wackerbarth und der Aufruf der Sozialdemokraten vor der Stichwahl zu Gunsten des Liberalen Hirschberger verhalf letzterem zum Reichstagsmandat.

Aufgrund des schlechten Abschneidens bei

der Reichstagswahl gründeten die Konservativen im Frühjahr 1882 einen eigenen Verein für Spremberg, Vorsitzender wurde der Rittergutsbesitzer von Poncet auf Wolfshain und Stellvertreter der Stadtrat und Vorsitzende des Handwerkervereins P. A. Silber. Nachdem der liberale Bürgermeister Michaelis Spremberg in Richtung Aschersleben verlassen hatte, wurde der Konservative Felix Wirth im März 1882 von den Stadtverordneten zum Nachfolger gewählt.

Bereits seit 1881 ist das Restaurant von Emil Foerster in der Dresdener Straße 57 polizeilich überwacht worden, da es ein Umschlagplatz für den „Sozialdemokraten“ und Treffpunkt der Spremberger Genossen war. Am 6. August 1882 fand beispielsweise eine heimliche Versammlung statt, bei der Foerster selbst und der Tuchmachergeselle Robert Prinz zugegen waren. Auch die Spinner Franz Kieslich und Moritz Herrmann, Weskow, sowie Ernst Kramer, Bautzener Straße 42, waren als Sozialdemokraten in der Stadt aktiv. Bei einer gleichzeitig bei allen drei ausgeführten Haussuchung Ende 1882 konnten nur bei Kieslich und Kramer einschlägige Materialien sichergestellt werden.

Nachdem Robert Gley 1882 nach Cottbus verzogen war, übernahm der Schlossergeselle Ernst Breil die Führungsposition innerhalb der Spremberger Sozialdemokraten.

Ein neuer Stützpfeiler der Sozialdemokratie begann sich zu Beginn der achtziger Jahre in der Tuchmacherstadt zu entwickeln, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter jenseits der liberalen Gewerksvereine. Den Anfang machten aber nicht die Beschäftigten der Hauptindustrie, sondern die Tischler. Ein erster Hinweis dazu ist dem Dank der streikenden und gewerkschaftlich organisierten Tischler in Berlin zu entnehmen, die sich am 24. August 1880 für eine Spende von 16,80 Mark bei ihren Spremberger Kollegen bedankten. Der Tischler-Bund Spremberg, ein Vorläufer des späteren Fachvereins, tagte regelmäßig, so z. B. am 22.01., 12.02. und 26.03.1881, am 29.07.1882, am 28.04. und 30.06.1883, am 31.01., 21.02. und 29.08.1885 und am 23.01.1886.

Am 4. Juni 1883 gab es im Lokal des Herrn Jüttner erstmals wieder eine öffentliche Volksversammlung der Sozialdemokraten (zum Thema Krankenkassengesetz), am 4. Juli sprach der Reichstagsabgeordnete und spätere -kandidat für Cottbus-Spremberg,

Max Kayser, in der Stadt und am 26. November hat bei Jüttner eine Versammlung mit einem der bekanntesten sozialdemokratischen Führer Deutschlands, dem SAPD-Vorsitzenden und ehemaligen ADAV-Präsidenten Wilhelm Hasenclever, stattgefunden. Als der beim Thema Frauen- und Kinderarbeit „unangemessene Vergleiche“ zog, löste die Ortspolizei, die die Veranstaltung von Anbeginn überwachte, die Versammlung vorzeitig auf.

Als „Hauptführer der sozialdemokratischen Partei in Spremberg“ galten 1883 bei den Behörden der Tischlergeselle Waldemar Blücher und die Tuchmachergesellen Christian Buder und Gustav Schade. Die Anmeldungen der Versammlungen besorgte zu dieser Zeit der eigentliche Führer Ernst Breil.

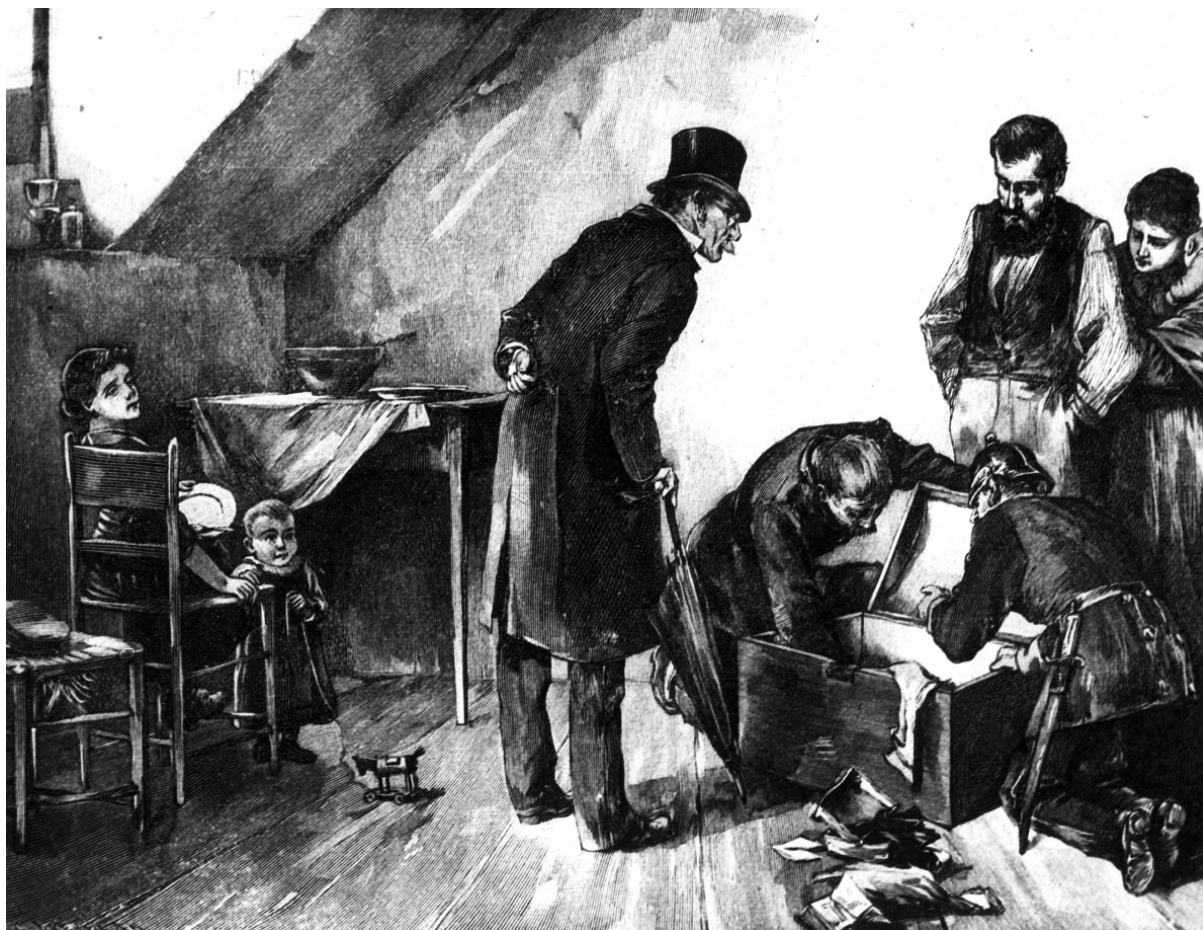
Am 19. August trafen sich die Sozialdemokraten aus Spremberg, Cottbus, Forst und Bad Muskau zu einer geheimen Versammlung im Wald bei Groß Kölzig, Sammelpunkt war die Schänke im Bohsdorfer Vorwerk.

Die Nachricht des „Görlitzer Tageblattes“, dass in Spremberg am 9. September in Brötchen und Semmeln eingebackene sozialdemokratische Flugblätter gefunden wurden, war leider falsch und ist später dementiert worden. Das hielt aber die deutschlandweit erscheinende „Germania“ nicht davon ab, diese Geschichte noch am 18. September weiter zu verbreiten, so dass die Spremberger Genossen zu einiger Berühmtheit gelangten.

Bei einer Haussuchung beim Schuhmacher Hermann Krahl wurden am 25.09.1883 verschiedene sozialdemokratische Schriften, versteckt in einer Kiste, gefunden. Er bekam z. B. den „Sozialdemokrat“ seit über einem Jahr direkt aus Zürich zugeschickt, was aber nicht strafbar war.

Am 1. Oktober 1883 wurde in Spremberg die erste Arbeiter-Gewerkschaft gegründet, es war dies eine „Mitgliedschaft“ bzw. ein Zweigverein des in Bremen ansässigen „Reise-Unterstützungs-Vereins für deutsche Tabakarbeiter“. 14 Zigarrenmacher gehörten der Gewerkschaft seit Beginn an, die meisten waren Sozialdemokraten. 1885 hatte der Verein 18 Mitglieder.

Dass es Spremberg ab 1883 wirtschaftlich wieder schlechter ging und die Not der Bevölkerung größer wurde, war daran erkennbar, dass im Sommer eine stadteigene „Fechtschule“ (Sammlung von Geld für arme Kinder und bedürftige Alte) und im



*Bild 11 Durchsuchung einer Arbeiterwohnung während des Sozialistengesetzes (Zeichnung)*

Dezember zwei Volksküchen (am 10.12. durch W. A. Schlaack am Markt 15 und am 27.12. durch A. Ostrowsky in der Dresdener Straße 52) gegründet wurden. Angepriesen wurden auch die Wohnungen im städtischen Familien- bzw. Armenhaus für 42 und 54 Mark Jahresmiete sowie die alljährliche Holzverteilung für Ortsarme zu Weihnachten auf dem Marktplatz. Der Verein für das Rettungshaus Wilhelm-Augusta-Stift wurde ebenfalls aktiver und konnte Mitte der 80iger Jahre das erste Vereinshaus beziehen. Nach dem Eingehen des Consum-Vereins sprang der Sparverein des Ortsverbandes der Gewerksvereine in die hinterlassene Lücke und versorgte seine Mitglieder mit Fleisch und anderen Waren gegen Marken (in der Neustadt bei Herrn R. Gößgen und in der Altstadt bei Frau Marx). Spremberg erließ eine Armenordnung und die Stadt wurde ab 1. April 1886 in Armenpflegequartiere mit verantwortlichen Bürgern als Armenpfleger eingeteilt. Der konservative Landrat Hoffmann verfolgte eine härtere Linie und gründete Anfang 1886 mit Rittergutsbesitzern, Dorfschulzen und Stadträten einen

„Verein gegen Bettelei und Vagabundage“. Doch zurück zu den Spremberger Sozialdemokraten: Die Reichstagswahl am 28. Oktober 1884 stand an und die Ergebnisse der drei letzten Reichstagswahlen galt es in der Stadt und im Wahlkreis zu verbessern. Öffentliche Wählerversammlungen mit Max Kayser, wie sie am 7. Juli und am 29. September in Spremberg geplant waren, wurden vom Innenminister auf Antrag des Regierungspräsidenten und des Landrates (07.07.) und vom Bürgermeister (29.09.) verboten. Wenig später wurden etwa 10 Haussuchungen und ebenso viele Verhaftungen in Spremberg durchgeführt, wobei das Flugblatt „Die Herrschaft der Verbrecher“ konfisziert wurde. Am 5. Oktober 1884 ertappte die Ortspolizei Flugblattverteiler auf frischer Tat, die Tuchmachergesellen Hermann Selle, Wilhelm Rettky und Julius Hamberger hatten in Spremberg und die Tuchmacher Robert Prinz und Herrmann Krönert sowie der Spinner August Konopka in Türkendorf die verbotene Schrift „Aufruf zur Reichstagswahl“ verteilt. Dafür wurden sie vom König-

lichen Schöffengericht Spremberg am 14. Januar und 4. Februar 1885 zu Geldstrafen von 10 bis 50 Mark verurteilt. Am 11. Oktober 1884 ist das selbe Flugblatt erneut verteilt worden, nahezu zeitgleich in Cottbus und Spremberg. Die Blätter wurden dabei heimlich in offene Fenster und Türen geworfen sowie auf Straßen ausgestreut.

Der Wahlkampf der Sozialdemokraten hatte sich gelohnt, denn bei der Reichstagswahl 1884 erhielt Max Kayser fast dreimal soviel Stimmen in Spremberg wie Zisowsky 1881. Mit 2.699 Stimmen im gesamten Wahlkreis kam er auf 18 % aller abgegebenen Stimmen. Am 10. Mai 1885 fand nach längerer Zeit wieder eine öffentliche Volksversammlung in Spremberg statt, diesmal sprach im Jüttnerschen Lokal der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kräcker aus Breslau vor 500 Zuhörern zum Arbeiterschutzgesetz, dass von der eigenen Fraktion in den Reichstag eingebracht worden war. Die Spremberger Genossen riefen am 15. August zum Unterschreiben der Petitionslisten für dieses Gesetz auf, die Listen lagen aus in der Tuchmacherherberge bei Frau Käske am Schlossplatz, in der Restauration Bumms von Paul Biber in der Leipziger Straße und im Zigarrengeschäft von Hermann Bergow in der Dresdener Straße 52.

Weitere Volksversammlungen fanden am 14. September und 17. Dezember 1885 in Spremberg statt.

Auch regional begann man sich unter Genossen wieder zu treffen, so z. B. im Winter Anfang 1884 im Wald bei Teuplitz, Kreis Sorau, zur Wahl des nächsten Reichstagskandidaten Max Kayser, im September 1884 im Wald beim Bohsdorfer Vorwerk, um den Reichstagswahlkampf zu besprechen, bei Beerdigungen von Genossen, wie beim Vertrauensmann Pohle am 17.11.1884 in Forst (1000 Genossen aus der Niederlausitz mit roten Röschen anwesend) oder beim Tuchmacher Lutze am 29.03.1885 in Cottbus (600 Parteimitglieder mit roten Schleifen oder Blumen im Knopfloch) und am 19.07. des selben Jahres in einem Wald bei Cottbus - Nähe Cottbus-Muskauer Chaussee - sowie am 10. Oktober 1885 und 23. April 1886 in der Madlower Heide, wo jeweils „große Sozialistenversammlungen“ abgehalten wurden. Bei allen 7 Veranstaltungen waren die Spremberger dabei, insbesondere nach Teuplitz und Bohsdorf waren sie längere Zeit zu Fuß unterwegs gewesen.

Am 13. November 1885 wurde erstmals eine Wahlanzeige der Spremberger Sozialdemo-

kraten zur Stadtverordnetenwahl im städtischen Anzeiger veröffentlicht. Die Schankwirts Paul Biber und Robert Huhn, der Zigarrenhändler Hermann Bergow und der Kaufmann Fritz Klein kandidierten zur Wahl der 3. Abteilung. Es gab einen heftigen Schlagabtausch zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten bei dieser Wahl. Das Ergebnis für die Sozialdemokraten fiel niederschmetternd aus, da aufgrund des Wahlrechtes alle Arbeiter von der Wahl ausgeschlossen waren und nur Hausbesitzer und Vermögende wählen durften. Fritz Klein bekam zwei und Robert Huhn eine Stimme. Zigarrenhändler Hermann Bergow warb im Dezember 1885 um Abonnements und Bestellungen auf Inserate in der sozialdemokratischen „Volksstimme“, die man in seinem Geschäft in der Dresdener Straße abschließen konnte. Diese Wochenzeitung wurde in geringer Auflage von 1600 Exemplaren in Berlin gedruckt.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung versuchte nach dem Jahreswechsel in weiteren Spremberger Berufsgruppen Fuß zu fassen. Die Tischler waren bereits seit 1880 in einem Vorläuferverein, dem Tischlerbund, organisiert. Am 10. Februar 1886 referierte der Reichstagsabgeordnete F. L. W. Bock aus Gera, Herausgeber des Gewerkschaftsblattes der Schuhmacher, im Bergschlößchen vor den „hiesigen Schuhmachern und allen Freunden der gewerkschaftlichen Bewegung“. Am 1. März trafen sich, ebenfalls im Bergschlößchen, die Bauhandwerker zur Besprechung über die Gründung eines Fachvereins und am 14. März wurden die Tuchmacher, Färber und Spinner zu Fritz Klein eingeladen, die Interesse an einem Fachverein der Manufaktur-Arbeiter haben.

Der aus der Stadt verzogene Zigarrenmacher Gabriel denunzierte zwischenzeitlich am 13. März 1886 bei einem Verhör in Lüneburg die Spremberger Genossen, in einem Bericht benannte er Ernst Breil als Parteiführer und Rudolph Schiemenz, Christian Buder, Hermann Bergow, Richard Malitte und den Schlosser Hugo Kühnel als fünf von insgesamt neun Vertrauensmännern. Daraufhin und aufgrund der gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Gründung von Fachvereinen wurden bei den „bekannten Spremberger Sozialdemokraten“ am 23.03. Haus-suchungen gemacht und bei 2 Genossen, Hermann Bergow und Paul Biber, folgende Schriften gefunden: das „Berliner Volksblatt“, „Der wahre Jacob“, „Der kleine Belagerungszustand“, mehrere Nummern des „Sozial-

demokraten“ aus Zürich und ein Arbeiter-Liederbuch. Bei der Hauptverhandlung vor der Strafkammer des Königlich Landgerichtes Cottbus am 21.12.1886 konnte den Beiden keine Weiterverbreitung der sozialistischen Schriften nachgewiesen werden - der reine Besitz war auch zu Zeiten des Sozialistengesetzes nicht strafbar - so dass Bergow und Biber freigesprochen werden mussten.

Die Gründung von Gewerkschaften in Spremberg ging trotz der Repressalien weiter, am 07. April gründete sich der Fachverein der Bauhandwerker und am 11. April der Deutsche Manufaktur-Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein Mitgliedschaft Spremberg für die Textilarbeiter. Am 11.04. waren in Paul Bibers Saal in der Leipziger Straße und am 18. April beim Kassierer Rudolph Schiemenz in der Bautzener Straße 12 die Statutenbücher für die Mitglieder des Deutschen Manufaktur-Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereins Spremberg zu 25 Pfennig abzuholen. Ebenfalls am 11. April gründete sich aus dem bisherigen Tischler-Bund der Fachverein der Tischler. Damit existierten im Frühjahr 1886 vier sozialdemokratische Gewerkschaftsvereine in Spremberg (Tabakarbeiter, Bauhandwerker, Textilarbeiter und Tischler).

Beim Begräbnis des Tuchmachergesellen Fellenberg am 27.04. legten Ernst Kramer und August Krüger Lorbeerkränze mit den Worten „Im Namen der Spremberger Sozialdemokraten legen wir diesen Kranz auf den Sarg des Verstorbenen nieder.“ ab. Dafür sind beide vom Spremberger Schöffengericht am 22.05.1886 zu je 10 Mark Strafe bzw. 2 Tage Haft verurteilt worden.

Ende April 1886 fanden im Spremberger Schützenhaus die jährlichen Musterungen der Rekruten für den Wehrdienst statt (am 28. und 29.04. aus den Dörfern links und rechts der Spree und am 30.04. aus Spremberg). Jedes Jahr war die Stadt zu dieser Zeit Schauplatz singender und schwankender junger Männer und gelegentlicher Raufereien. „Man kennt das und weiß, dass es bald vorbei ist“, so schrieb alljährlich der Spremberger Anzeiger. Im Frühjahr 1886 kam alles anders. Der händelsüchtige Polizei-Sergeant Hubrich, ehemaliger Militärreiter aus München und zu Beginn des Vorjahres vom Bürgermeister Wirth eingestellt, gönnte den Rekruten ihre Feiern nach der Musterung nicht und drangsalierte sie mit dem Ausgießen von Biergläsern und abfälligen Reden.

Am Freitag, dem 30. April, zur Mittagszeit eskalierten die Streitigkeiten, indem die jungen Männer, zumeist Tuchmacher aus der Stadt, den Hubrich in der Dresdener Straße mit dem Absingen der Arbeiter-Marseillaise und dem Vorantragen eines roten Taschentuchs als Fahne reizten. Dem Polizisten gelang es nicht, die Fahne zu konfiszieren, was zur Heiterkeit der Rekruten beitrug und Hubrich dazu bewog, seinen Säbel einzusetzen. Die zugefügten Verletzungen machten die Betroffenen wütend auf den Polizei-Sergeanten, so dass sie sich wehrten und ihn entwaffneten. Bald kam es zu einem großen Auflauf mit hunderten Schaulustigen an der Kreuzung Dresdener Straße/Garten- und Lindenstraße. Die Ruhe konnte erst mit weiteren zur Hilfe gekommenen Polizisten und Verhaftungen der „Anstifter der Demonstration“ hergestellt werden.

Am Abend des 30.04. und 01.05. gab es weitere Aufläufe und Tumulte von jungen Arbeitern in der Langen Straße und auf dem Markt, die sich vor allem gegen das brutale Vorgehen des Polizei-Sergeanten Hubrich richteten. Die Polizei, Landrat Hoffmann, Bürgermeister Wirth, mehrere „ehrbare Bürger“ und die Turnerfeuerwehr bekamen die Lage mit weiteren Verhaftungen unter Kontrolle. Die insgesamt 23 Eingesperrten wurden am 2. Mai in das Spremberger Amtsgerichtsgefängnis gebracht und einen Tag später dem Untersuchungsrichter vorgestellt. Weitere Verhaftungen wegen unflätiger Reden folgten noch in den kommenden Tagen. Bürgermeister Wirth hatte man übrigens im Zuge der Krawalle aus Rache eine Fensterscheibe seines Wohnhauses in der Berliner Straße eingeworfen.

Von den „Ruhestörern“ des 30. April bis 2. Mai blieben 19 in Untersuchungshaft und die Königliche Staatsanwaltschaft beim Landgericht Cottbus wollte gegen insgesamt 44 Personen Anklage wegen Auflaufs und Aufruhrs erheben. Aber auch Bismarck griff in das Geschehen ein. Am 8. Mai wurden in seiner Berliner Amtswohnung die Spremberger Ereignisse besprochen, die ihm geeignet erschienen, die Notwendigkeit der weiteren Verlängerung des Sozialistengesetzes zu bekräftigen. Der preußische Innenminister Puttkammer bekam den Auftrag, gemeinsam mit dem Spremberger Landrat Hoffmann die notwendige Begründung für die Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes“ über die Stadt

Spremberg und anliegende Ortschaften zu liefern.

Der kleine Belagerungszustand, eine Maßnahme nach § 28 des Sozialistengesetzes, der die Ausweisung von Bürgern aus ihrer Heimatstadt möglich machte, war bisher nur bei Großstädten wie Berlin, Hamburg+Altona, Leipzig, Frankfurt am Main und Stettin angewandt worden. Das blieb auch bis zum Ende des Sozialistengesetzes so. Spremberg war die einzige Kleinstadt in Deutschland, in der diese schärfste Maßregel des Bismarckschen Gesetzes zur Anwendung kam.

Als Erfüllungsgehilfe für die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Spremberg erwies sich Bürgermeister Wirth. Er hatte vor dem Magistrat und den Stadtverordneten in einer Sondersitzung am 2. Mai noch von Dummejungenstreichen gesprochen, so wie es die Meinung in der gesamten Einwohnerschaft war. Nun vom Landrat, der Spremberg für eine „sozialdemokratisch ganz unterwühlte Stadt“ hielt, aufgefordert, Stellung zu nehmen, unterstützte er diesen und den Innenminister, so dass das Spremberger Geschehen für Bismarcks Zwecke aufgebauscht wurde.

Durch das preußische Staatsministerium vorgeschlagen und durch den Bundesrat am 20. Mai beschlossen, wurde der kleine Belagerungszustand über Spremberg, Slamen und Heinrichsfeld („da diese Ortschaften in örtlichem Zusammenhang Sprembergs liegen und ihre zum großen Teile der sozialdemokratischen Partei angehörigen Einwohner in engster Verbindung mit den Bewohnern der Stadt stehen“) am 21. Mai 1886 verkündet und drei Tage später für ein Jahr wirksam. Ein Jahr darauf, am 21. Mai 1887 wurde der Belagerungszustand nochmals für ein Jahr ausgesprochen.

Paul Singer, Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, stellte Bismarck in der Reichstagsitzung am 26.07.1886 mit folgenden ironischen Worten bloß: „Ich glaube, die Spremberger Bürgerschaft selbst ist auf das Allerhöchste überrascht gewesen, als sie durch Verhängung des kleinen Belagerungszustandes erfuhr, in welcher schwerer Gefahr sie sich befunden hat.“ Er stellte auch noch klar, „dass von den Verhafteten nur Einer Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war“.

Bürgermeister Wirth verstärkte mit Wirksamwerden des Belagerungszustandes seine Ortspolizei um zwei Gendarmen

## Bekanntmachung.

Auf Grund des § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. October 1878 (R.-G.-Bl. S. 351 ff.) wird mit Zustimmung des Bundesraths für die Dauer eines Jahres angeordnet, was folgt:

### § 1.

In der Stadt Spremberg, dem Gemeindebezirk Slamen und dem Gutsbezirk Colonie Heinrichsfeld bedürfen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, der vorgängigen schriftlichen Genehmigung der Ortspolizeibehörde. Die Genehmigung ist von dem Unternehmer mindestens achtundvierzig Stunden vor dem Beginne der Versammlung nachzusehen.

Auf Versammlungen zum Zwecke einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstage oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht.

### § 2.

Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, kann der Aufenthalt in der Stadt Spremberg, dem Gemeindebezirk Slamen und dem Gutsbezirk Colonie Heinrichsfeld von der Landespolizeibehörde versagt werden.

### § 3.

Diese Anordnung tritt am dritten Tage nach ihrer Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 20. Mai 1886.

### Königliches Staatsministerium.

von Bismarck, von Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, von Bötticher, von Gofler, von Scholz, Bronsart von Schellendorff.

Die obige Anordnung des Königlichen Staatsministeriums mache ich mit dem Hinzufügen bekannt, daß, wer dieser Anordnung oder den auf Grund derselben zu erlassenden Verfügungen zuwiderhandelt, der im vierten Absatz des § 28 des Gesetzes vom 21. October 1878 angedrohten Strafe—Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder Haft oder Gefängniß bis zu sechs Monaten — verfällt.

Spremberg, den 21. Mai 1886.

Die Polizei-Verwaltung.  
Wirth.

Bild 12: Anzeige im Spremberger Anzeiger am 21.05.1886

(Weber und Weiß), stellte im Laufe des Jahres weitere Polizisten ein (Flieger, Meyer und Schenka) und beförderte die Nachtwächter Schütze und Schmidt zum Polizeidienst. Dem Hauptverursacher der Tumulte vom April/



## Bekanntmachung.

Auf Grund des § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktbr. 1878 (R. G. Bl. S. 351 ff.), wird mit Zustimmung des Bundesraths für die Zeit vom 24. Mai d. J. bis zum 23. Mai 1888 angeordnet was folgt:

### § 1.

In der Stadt Spremberg, dem Gemeindebezirke Slamen und dem Gutsbezirke Colonie Heinrichsfeld bedürfen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, der vorgängigen schriftlichen Genehmigung der Polizeibehörde. Die Genehmigung ist von dem Unternehmer mindestens achtundvierzig Stunden vor dem Beginn der Versammlung nachzusuchen.

Auf Versammlungen zum Zwecke einer ausgeübten Wahl zum Reichstage oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht.

### § 2.

Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, kann der Aufenthalt in der Stadt Spremberg, dem Gemeindebezirke Slamen und dem Gutsbezirke Colonie Heinrichsfeld von der Landespolizeibehörde verjagt werden.

Berlin, den 20. Mai 1887.

## Königliches Staats-Ministerium.

von Bismarck. von Puttkamer. Maybach.  
Lucius. Friedberg. von Bötticher.  
von Gofler. von Scholz.  
Bronjart von Schellendorff.

Die obige Anordnung des Königlichen Staatsministeriums mache ich mit dem Hinzufügen bekannt, daß wer dieser Anordnung oder den auf Grund derselben zu erlassenden Verfügungen zuwiderhandelt, der im vierten Absatz des § 28 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 angedrohten Strafe — Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder Haft oder Gefängniß bis zu sechs Monaten — verfällt.

Spremberg, den 21. Mai 1887.

Die Polizei-Verwaltung.

Wirth.

Stellung ab 1. Oktober in Ragnit bei Tilsit schon sicher.

Am 25. Juni 1886 schloss Bürgermeister Wirth den von den Sozialdemokraten frisch gegründeten Deutschen Manufaktur-Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein (D. M.-A.- u. A.-V.) der Spremberger Textilarbeiter, der zu dieser Zeit bereits 203 Mitglieder hatte. Die am 27. Juni geplante Versammlung des Vereins im Saal des Herrn Kirchhoff (späteres Gesellschaftshaus) fiel deshalb aus. Am 15. und 19.10. des selben Jahres wurden bei den 3 Vorstandsmitgliedern des D. M.-A.- u. A.-V. Haussuchungen durchgeführt, um Verbindungen des Vereins nach außen zu beweisen. Die Gewerkschaft der Tischler blieb ungeschoren und konnte als Fachverein am 01. und 23. Mai, am 3. Juli sowie 7. August in der selben Lokalität und am 11.12. im Restaurant zum Lustgarten tagen. Der Arbeitsnachweis der Tischlergewerkschaft (Arbeitsvermittlung) befand sich ab 1. Juli 1886 bei Eduard Geißler in der Töpferstraße 24 und ab 10.11.1889 auf der Herberge in der Schulgasse 1. Auch der Fachverein der Bauhandwerker tagte regelmäßig weiter, meist auf seiner Herberge, aber auch im Schweizer Garten.

Landrat Hoffmann nannte dem Regierungspräsidenten in Frankfurt/Oder in einer Zuarbeit vom 25. Juli 1886 folgende Führer der Spremberger Arbeiterbewegung: den Schlossergesellen Ernst Breil, die Tuchmachergesellen Christian Buder, Rudolph Schiemenz und Ernst Kramer, den Schankwirt Paul Biber, den Händler Hermann Bergow und den Militärinvaliden und Kaufmann Fritz Klein. Nachdem im August eine Haussuchung beim Slamener August Scholtka gemacht und dabei ein „Sozialdemokrat“ vom 22.07.1886 mit Berichten über den Polizeispitzel Schmidt und weiteren Tipps für die Spremberger Vertrauensleute entdeckt wurde, beantragte Hoffmann beim Regierungspräsidenten von Heyden die Ausweisung des Sozialistenführers Ernst Breil aus der Stadt, da die „Sozialdemokraten nicht mit der Agitation aufhören“.

Ernst Breil lebte seit 1881 in der Tuchmacherherberge der Witwe Käske in Spremberg, Bautzener Straße 12 (die Herberge war früher am Schlossplatz), und leitete seit 1882 als führender Vertrauensmann die Spremberger Genossen. Auf Betreiben von Bürgermeister Wirth hatte Breil im Frühjahr 1886 seine Anstellung als Schlosser verloren und sollte so, wie schon Robert Gley vor ihm, zum Wegzug aus der Stadt bewogen werden. Mit

Bild 13: Anzeige im Spremberger Anzeiger am 21.05.1887

Mai, Polizei-Sergeant Hubrich, wurde in Spremberg das „Pflaster zu heiß“. Als ihm vom 16jährigen Tuchmacher Lauke am 9. September 1886 ein faustgroßer Feldstein nachgeworfen wurde, hatte er seine neue

Hilfe der Sozialdemokraten etablierte er sich aber als Kohlenhändler, so dass Wirth, Hoffmann und von Heyden zur schärfsten Maßregel des § 28 des Sozialistengesetzes, der Ausweisung, greifen mussten, um Ernst Breil aus Spremberg zu vertreiben. Am 09.09.1886 erhielt er die Ausweisungs-urkunde des Regierungspräsidenten und am Abend des 10. September wurde er von 300 Spremberger Genossen auf dem Bahnhof verabschiedet. Er zog nach Hagen in Westfalen. 27 Teilnehmer der Verabschiedung bekamen am 26. Oktober Strafbefehle von der Polizei, wogegen alle in Berufung gingen.

Um weitere Sozialdemokraten ausweisen zu können, erfolgten bereits am 28.08. weitere Haussuchungen, 12 in Spremberg, 11 in Slamen, 4 in Heinrichsfeld und eine in Pulsberg. Bei elf Genossen wurden einschlägige Zeitschriften, gewerkschaftliche und sozialistische Bücher sowie Streiksammellisten gefunden und beschlagnahmt. Noch im September versuchte der Landrat deshalb, zwei weitere Ausweisungen bei von Heyden durchzusetzen, es sollte die „gefährlichen sozialdemokratischen Agitatoren“ Schiemenz und Buder treffen. Die Beweislage Hoffmanns war aber so dünn, dass es zu weiteren Ausweisungen in Spremberg nicht mehr gekommen ist.

Rudolph Schiemenz übernahm ab September 1886 für ein Jahr die Leitung der Spremberger Sozialdemokratie, bis er wegen fehlender Arbeitsmöglichkeit nach Cottbus ziehen musste.

Am 16.09. erhielten die Teilnehmer des „Spremberger Tumults“ vom Frühjahr ihre Anklageschriften. Ab 8. November 1886 wurde vor der Strafkammer des Landgerichts Cottbus wegen Auflaufs und ab 18. November vor dem Schwurgericht des selben Gerichts gegen die Rädelsführer wegen Aufruhrs verhandelt, insgesamt gab es 4 Prozesse gegen 54 Angeklagte. Schnell stellte sich auch bei Gericht die eigentliche Hauptschuld des Polizei-Sergeanten Hubrich an der Eskalation der Geschehnisse heraus. Trotz eines weiteren Vergehens, eines eindeutigen Meineides vor Gericht, blieb er ungeschoren. Bürgermeister Wirth, auf dessen Fürsprache für die jungen Leute einige Eltern gehofft hatten, unternahm leider nichts, um als Zeuge vor Gericht den angeblichen Aufruhr richtig zu stellen. Er ließ es zu, dass 42 der angeklagten Spremberger zu über 40 Jahren Haft verurteilt wurden (12 sind freigesprochen worden). Einschließlich

der dabei nicht angerechneten Untersuchungshaft saßen die Teilnehmer an den „Dummejungenstreichen“ vom April/Mai 50 Jahre, 2 Monate und 14 Tage im Gefängnis. Nur Leipzig (193 Jahre), Berlin (92 Jahre), Posen (87 Jahre) und Hamburg-Altona (53 Jahre) hatten in Deutschland noch höhere Haftzeiten während des Sozialistengesetzes. Die Höchststrafen in den Spremberger

Ort	Freiheitsstrafen						Gesamtbetrag erittener Freiheitsstrafen		
	Strafhaft			Untersuchungs- haft			Jahr	Monat	Tag
	Jahr	Monat	Tag	Jahr	Monat	Tag			
Oggersheim . . . . .	—	1	—	—	—	—	—	1	—
Ottensen . . . . .	—	3	—	—	6	—	—	9	—
Pforzheim . . . . .	1	1	—	—	9	21	1	10	21
Plauen . . . . .	—	11	8	—	5	7	1	4	15
Pofen . . . . .	51	3	—	35	9	—	—	—	—
Rendsburg . . . . .	—	4	8	—	—	—	—	4	8
Reutlingen . . . . .	—	6	—	—	1	14	—	7	14
Saarbrücken . . . . .	4	8	10	—	—	—	4	8	10
Schleswig . . . . .	—	1	10	—	1	21	—	3	—
Schwäbisch Hall . . . . .	—	—	25	—	—	8	—	1	3
Schwerin . . . . .	—	4	—	—	—	—	—	4	—
Solingen . . . . .	—	—	—	—	3	—	—	3	—
Sonneberg . . . . .	—	1	7	—	—	—	—	1	7
Speyer-Ludwigshaf. . . . .	1	6	5	1	4	8	2	10	13
Spremberg . . . . .	40	10	14	9	4	—	50	2	14
Stettin . . . . .	2	10	22	—	4	14	3	3	6
Stolberg . . . . .	—	3	—	—	4	14	—	7	14
Stuttgart . . . . .	8	4	4	4	10	10	13	2	14
Trier . . . . .	4	—	—	—	—	—	4	—	—
Tübingen . . . . .	—	2	—	—	—	—	—	2	—
Ulm . . . . .	—	6	—	—	9	—	1	3	—
Verden . . . . .	—	—	21	—	3	9	—	4	—
Villingen . . . . .	—	8	—	—	3	—	—	11	—
Weimar . . . . .	—	1	14	—	10	—	—	11	14
Wernigerode . . . . .	1	—	—	—	—	—	1	—	—
Zeitz . . . . .	1	8	17	—	10	—	2	6	17
Zeulenroda . . . . .	1	2	—	—	—	—	1	2	—
Zschopau . . . . .	—	9	—	—	1	19	—	10	19
Zwickau . . . . .	3	—	—	—	1	14	3	1	14
Zweibrücken . . . . .	—	8	21	—	—	—	—	8	21

Die in obiger Tabelle aufgeführten Ziffern ergeben also eine Minimalzahl von 611 Jahren 6 Monaten 23 Tagen Strafhaft und 119 Jahren 5 Monaten 13 Tagen Untersuchungshaft, zusammen also 831 Jahre 6 Tage Gefängnis, wobei man kaum zu weit geht, wenn man sie auf 1000 Jahre Gefängnis abrundet. 1000 Jahre Gefängnis für den Raub der Reaktion; 1000 Jahre zerstörten Familienglückes, zerrütteter Gesundheit, bitterster Not für Weib und Kind und nur zu oft Vernichtung der Existenz im Gefolge!  
Diese 1000 Jahre werden ihre Sühne finden!

370

Bild 14: Haftstrafen während des Sozialistengesetzes 1878-1888, u. a. in Spremberg (aus „10 Jahre später“ von Ignaz Auer 1888)

Prozessen bekamen drei Spinner, Gustav Adolf Säbischka mit 3 Jahren und 6 Monaten (er war der Träger der „roten Fahne“), Johann Friedrich Gustav Korn mit 3 Jahren und Gottlob Kucher mit 1 Jahr und 8 Monaten Gefängnis. Otto Tittel, der als Einziger als Sozialdemokrat bekannt war, gehörte zu den Freigesprochenen. Diejenigen Verurteilten, welche nicht schon wegen Fluchtgefahr einsaßen bzw. noch im Berufungsverfahren waren, wurden zum Strafantritt am 24.12. (!) in das Gefängnis geladen. Auch 1887, 1888 und 1889 trafen sich die Fachvereine der Tischler und der

Bauhandwerker regelmäßig in ihren Vereinslokalen bzw. Herbergen und machten das öffentlich bekannt. Ab Anfang 1888 führte der Fachverein der Tischler, später auch der Gesangverein der selbigen Konzerte durch. Die Erträge kamen alten und invaliden Kollegen, wie dem erblindeten Tischler Samuel Schmidt zu Gute. Eintrittskarten erhielt man bei den bekannten Sozialdemokraten wie z. B. Hermann Bergow und Eduard Geißler oder beim Vorsitzenden des Arbeiterbildungsvereins O. Schönert, des Weiteren beim Kaufmann Carl Mussdorf in der Bautzener Straße und dem Uhrmacher Schwartz in der Langen Straße. Der Gesangverein „Liederkranz“ tagte und sang während der Zeit des Sozialistengesetzes meist ohne öffentliche Ankündigung, anders als der 5 Jahre ältere Männergesangverein aus Slamen, der das seit Mitte der 80iger Jahre meistens ankündigte.

Am 6. Februar 1887 fand nach längerer Zeit auch wieder eine öffentliche sozialdemokratische Wählerversammlung statt. Der Breslauer Reichstagsabgeordnete Kräcker war im Kirchhoffschen Saal zu Gast, wo die über 500 Teilnehmer den ausgewiesenen Ernst Breil in Abwesenheit zum Reichstagskandidaten bestimmten. Die selben Veranstaltungen mit Kräcker am 07.02. in Cottbus und 08.02. in Forst sind dagegen polizeilich verboten worden. In der Wählerversammlung der Spremberger freisinnigen Liberalen am 12. Februar im Schießhaus nahmen auch Nationalliberale, Konservative und Sozialdemokraten teil und diskutierten zur aktuellen Reichstags-Militärvorlage. Landrat Hoffmann missbrauchte im laufenden Wahlkampf zum wiederholten Mal seine Verwaltungsposition und machte am 14.02. im Spremberger Anzeiger Werbung für die Konservativen.

Am 18. Februar sprach Ernst Breil in Peitz und in Spremberg erschien eine Wahlwerbung für ihn. Bei folgenden Herren des Arbeiter-Wahl-Komitees waren Stimmzettel für Breil erhältlich: Heinrich Wagner Slamen, Wilhelm Friedel Jüdenstraße 7, Oskar Thomae Lange Straße 4, Waldemar Blücher Jägerstraße 16 und Rudolph Schiemenz Bautzener Straße 12. Am 19.02. wurden in Spremberg mehrere Haussuchungen durchgeführt und 10.000 Flugblätter, u. a. bei A. Mudra in der Tuchmacherherberge Bautzener Straße 12, beschlagnahmt. Diese mussten von der Spremberger Polizei nach Beschwerde der Sozialdemokraten wieder herausgegeben werden.

Am Wahltag, dem 21.02.1887, flatterte eine rote Fahne am Kriegerdenkmal auf dem Georgenberg. Die Reichstagswahl brachte in Spremberg bei einer hohen Wahlbeteiligung von 87 % erstmals einen 1. Platz für die Sozialdemokraten, Breil erhielt 750 Stimmen in der Stadt. Slamen hatte noch deutlicher mit 70 % der abgegebenen Stimmen für den ehemaligen Spremberger Arbeiterführer votiert und im gesamten Wahlkreis reichten die 3964 Stimmen Breils für den Einzug in die Stichwahl gegen den Landrat des Cottbuser Kreises von Funcke. Bei der Entscheidungswahl am 2. März siegte von Funcke mit den Stimmen der Liberalen und Konservativen gegen Breil, der sein Ergebnis trotz schlechterer Wahlbeteiligung noch auf 4933 Stimmen erhöhen konnte.

Am 4. Juli musste sich der Zimmermann Wilhelm Göschick aus Slamen wegen Majestätsbeleidigung im Zuge des Reichstagswahlkampfes vor dem Landgericht in Cottbus verantworten, er wurde freigesprochen. Der Tuchmacher Paul Katzke aus Spremberg ist dagegen am 17.09. in Cottbus wegen des gleichen Vergehens zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Zwei führende Spremberger Sozialdemokraten, Tuchmacher Schiemenz und Tischler Thomae, mussten Anfang August nach Cottbus ziehen, da sie in Spremberg keine Arbeit mehr bekamen. Sie verstärkten mit ihrer rührigen Tätigkeit ab sofort die dortige Sozialdemokratie.

Das Parteiorgan der Genossen zur Zeit des Sozialistengesetzes war der „Sozialdemokrat“, der wegen des Bismarckschen Gesetzes ab 1879 in Zürich herausgegeben werden musste. In der Feldpostversandliste dieser Zeitung in den Jahren 1887/88 ist Spremberg mit 25 Exemplaren vertreten gewesen. Bei den Haussuchungen sind auch immer wieder die aktuellsten Exemplare dieser Zeitung in der Stadt gefunden worden.

Am 8. Oktober 1887 erfolgte beim Landgericht Cottbus die Verhandlung gegen die Gewerkschaftsführer der Spremberger Textilarbeiter, die Vorstandsmitglieder des Deutschen Manufaktur-Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereins Spremberg Christian Buder, Rudolph Schiemenz und August Scholtka. Sie bekamen 15 bis 25 Mark Strafe, ersatzweise 3 bis 5 Tage Haft, und der Verein wurde endgültig geschlossen. Auch der Mutterverein in Gera wurde am 22.10. per Gerichtsurteil aufgelöst. Die sozialdemokratischen Textilarbeiter blieben aber weiter aktiv und

**Der hiesige Arbeiterverein**  
 Der Arbeiterverein in der Stadt Spremberg hat am 20. September 1889 ein öffentliches Bestehen gefeiert. Der Verein wurde am 1. Oktober 1888 gegründet und hat seitdem eine große Anzahl Mitglieder gewonnen. Am 20. September 1889 wurde der Verein durch die Gründung eines Arbeitervereins in Spremberg gegründet. Der Verein hat sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Der Verein hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Der Verein hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Der Verein hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Lage der Arbeiter zu verbessern.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

**Die hiesigen Arbeitervereine**  
 Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Die hiesigen Arbeitervereine haben sich zum Zweck gesetzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

Bild 15: „Der Sozialdemokrat“ vom 20.09.1890

ließen sich z. B. am 31. Oktober in das Schiedsgericht der Norddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft Sektion VII wählen: Rudolph Schiemenz und August Scholtka wurden Vertreter der Arbeiter.

Am 29.10. gab es im Spremberger Anzeiger den Hinweis auf das 4. Stiftungsfest des Reise-Unterstützungs-Vereins deutscher Tabak-Arbeiter. August Krüger, Burgstraße 17, lud zur Feier mit Konzert, Theater und Ball am 5. November in das Bergschlößchen ein. Der Verein existierte seit 1. Oktober 1883 in der Stadt.

Als Kaiser Wilhelm I. im März 1888 starb, Bismarcks Alleinherrschaft danach eingeschränkt und der preußische Innenminister Puttkammer durch Friedrich III. gegen den fortschrittlicheren Ernst Ludwig Herrfurth ausgetauscht wurde, kam es auch zu keiner weiteren Verlängerung des Belagerungszustandes über Spremberg. Am 5. August fand bei Kirchhoff aus diesem Anlass eine öffentliche Volksversammlung mit dem Abgeordneten F. A. Geyer aus Großhagen zum Regierungswechsel, zur Arbeiterbewegung sowie zur Alters- und Invalidenversicherung statt, die von 300 Personen besucht wurde.

Ab 1. September 1888 wurde in Spremberg der Gesangverein der Tischler aktiv, neben

dem „Liederkranz“ und dem Männergesangverein Slamen der dritte Arbeitergesangverein in Spremberg und Umgebung. Am 20.10. abends und nachts sind in der Stadt Flugblätter zum 10jährigen Bestehen des Sozialistengesetzes verteilt worden. Zu einer öffentlichen Versammlung der hiesigen Ortskrankenkassen wegen einer Petition zur Abänderung des Krankenkassengesetzes wurde am 09.12. in das Lokal von Prasse eingeladen, die Listen zum Unterschreiben lagen bei Paul Biber und Carl Musdorf aus. Am 3. Februar 1889 gab es die nächste öffentliche Versammlung, diesmal von den Tischlern organisiert. Referent war der Tischler und Gewerkschafter Fritz Zubeil aus Berlin.

Am 7. Juli des selben Jahres kam es in Berlin aus traurigem Anlass zu einem der größten Zusammenkünfte der Arbeiter unter dem Sozialistengesetz. Beim Begräbnis von Wilhelm Hasenclever auf dem freireligiösen Friedhof in der Pappelallee ist auch eine Deputation der Spremberger Sozialdemokraten unter den über 10.000 Trauer-gästen dabei gewesen, um einem der bedeutendsten deutschen Arbeiterführer des 19. Jahrhunderts das letzte Geleit zu geben. Am 10. November 1889 gab es den erneuten Anlauf zur Gründung einer Textilarbeiter-Gewerkschaft in der Stadt. Die Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin E. Ihrer aus Velten sprach in einer speziellen Frauenversammlung im Saal des Herrn Kirchhoff zum Zweck der Begründung eines Fabrik-Arbeiterinnen-Vereins der Textilbranche.

Anfang Dezember wurde die Beerdigung eines Sozialdemokraten in Spremberg genutzt, um eine eindrucksvolle Demonstration der Arbeiterschaft zu zeigen. Beim Begräbnis des Tuchmachers August Langbein am 8. Dezember bestand der „endlose Leichenzug“ durch Spremberg aus hunderten Genossen der Stadt und Umgebung, die mit roten Blumen und Widmungen geschmückte Kränze bei sich hatten. Der „Liederkranz“ führte kurz vor Weihnachten ein öffentliches Konzert im Saal des Herrn Lemke in Slamen durch, die Karten erhielt man vorab bei Otto Dietzel in der Schulgasse und bei Schneidermeister Thiemig in Slamen.

Die anstehende Reichstagswahl wurde in öffentlichen Volksversammlungen am 16.12.1889 mit Hugo Keller aus Görlitz (in dieser Versammlung ist auch das sozialdemokratischen Wahl-Komitee für Spremberg gewählt worden), am 12.01.1890 mit

Fritz Kuhnert aus Breslau, am 27.01. mit F. Krüger aus Berlin, am 09.02. mit Ernst Breil in Heinrichsfeld und am 10.02. mit Julius Wernau aus Berlin sowie Ernst Breil thematisiert. Auch zum Achtstundentag, der Maifeier und zu den Kaisererlassen Wilhelms II. in der Arbeiterfrage wurde diskutiert. Das wichtigste Thema aber war die Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes am 25. Januar durch den Reichstag.

Die Sozialdemokraten hatten ihr Spremberger Wahlbüro am 20.02.1890 in der Leipziger Straße im Lokal von Paul Biber eingerichtet, die Stimmzettel gab es dort und beim Zigarrenmacher August Krüger in der Petrigasse 6. Der als Reichstagskandidat wieder aufgestellte Ernst Breil verbesserte das Ergebnis der Sozialdemokraten in Spremberg und im Wahlkreis enorm, er kam in der Stadt auf 889 Stimmen (1. Platz), siegte diesmal auch im Kreis Spremberg mit großem Abstand und schaffte es im Wahl-

kreis, in die Stichwahl mit dem Grafen Pückler von Branitz zu kommen. Die Stichwahl sah Breil in der Stadt und im Kreis Spremberg sowie in der Stadt Cottbus wieder vorn, den Ausschlag für den Gesamtsieg des Grafen mit 9626 zu 7811 Stimmen gab aber der ländlich geprägte Kreis Cottbus.

Nach den Schlapfen der letzten Reichstags- und Landtagswahlen versuchten die freisinnigen Liberalen bei den Spremberger Arbeitern Fuß zu fassen und gründeten im „Kaisergarten“ Spremberg am 23. März 1890 einen Deutsch-Freisinnigen Arbeiter-Verein. Dieser bestand mehrere Jahre und ging dann in der bürgerlich-liberalen Volkspartei auf.

Mit der Entlassung Bismarcks am 20. März durch den deutschen Kaiser war auch das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ Geschichte, obwohl es noch de facto bis zum 30. September 1890 galt.

## Von der Gründung des Allgemeinen Arbeiter-Vereins für Spremberg und Umgebung am 01.05.1890 bis zur Jahrhundertwende

Am 21.04.1890 berieten über 250 Arbeiter bei Kirchhoff zur Feier des 1. Mai und zur Gründung eines sozialdemokratischen Arbeiter-Vereins für Spremberg. Als Referent war der bewährte Genosse Keller aus Görlitz anwesend. Die Versammlungsleitung wurde wie folgt gewählt: 1. Vorsitzender Christian Buder, 2. Vorsitzender August Krüger und Schriftführer August Nitsch. Von der Ortspolizei war Sekretär Matzka dabei, um die Versammlung zu überwachen. Der Ablauf des 1. Mai einschließlich der Gründung des Arbeitervereins wurde besprochen und die aus 7 Personen bestehende Statutenkommission gewählt.

erhielten das Vertrauen der Anwesenden. Danach sprach J. Türk zur Achtstundenbewegung und zur Bedeutung des 1. Mai. Eine extra Frauenversammlung, die ebenfalls am selben Abend im Kirchhoffschen Saal stattfinden sollte, fiel wegen fehlender Referentin aus.

Die angekündigten Vorsichtsmaßnahmen des Staates, wie die Belegung verschiedener Lausitzer Städte mit militärischen Kommandos zum Maifeiertag der Arbeiter, erwiesen sich als überflüssig, es blieb überall ruhig und es wurde normal gearbeitet. Symbolhaft wehten 2 rote Fahnen, eine auf einem Baum bei der „Frau Baronin“ in

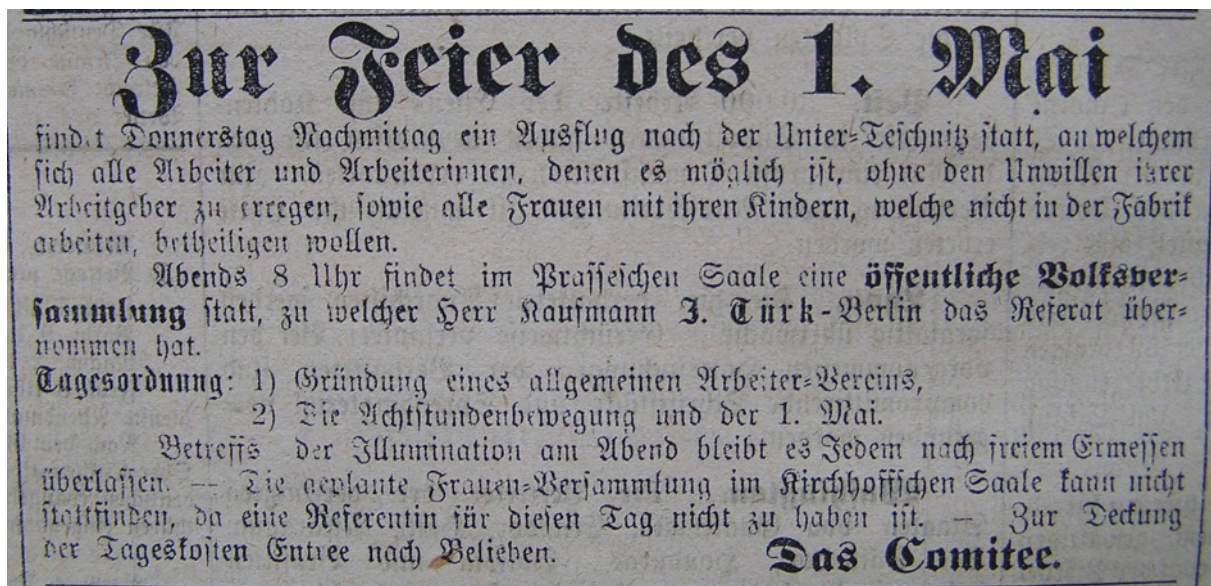


Bild 16: Anzeige im Spremberger Anzeiger am 30.04.1890

Am Donnerstag, dem 1. Mai fand dann die erste Maifeier in Spremberg statt. Für die Arbeiter, die frei machen konnten, und ihre Familien gab es nachmittags einen Ausflug nach Unterteschwitz. Abends war Volksversammlung im Prasseschen Saal mit dem Kaufmann J. Türk aus Berlin. Zuerst wurde dort der Spremberger Arbeiterverein gegründet, nach dem 24.05.1873 erfolgte das zum zweiten Mal in Spremberg. Die ca. 350 Anwesenden bestätigten die vorgelegten Statuten für den „Allgemeinen Arbeiter-Verein für Spremberg und Umgebung“ und wählten den provisorischen Vorstand. Tuchmacher Christian Buder, Zigarrenmacher August Krüger und Tischler August Nitsch

Slamen mit der Aufschrift „Zur Erinnerung an den 1. Mai“ und eine an einer Scheune in der Bautzener Straße in Spremberg.

Bei der Versammlung des Allgemeinen Arbeitervereins im Prasseschen Lokal am 18. Mai wählte man den regulären Vorstand, der leitende Vertrauensmann (Vorsitzender) wurde Christian Buder und sein Stellvertreter August Krüger, der Verein hatte zu diesem Zeitpunkt 66 Mitglieder. Ein Jahr später waren es bereits 396 Genossen, wovon knapp über 100 in der Stadt wohnten.

Die Gewerkschaften befassten sich ab Anfang April mit dem Streik in der Dampftischlerei Grörich Spremberg, der Fachverein Tischler schätzte den Ausstand als

gerecht ein und sicherte den dortigen Tischlern jegliche Unterstützung zu. Das Streikkomitee verlangte neben höheren Löhnen auch die Entlassung des Werkmeisters Vater. Anfang Juni wurde informiert, dass ein Deutsches Zentralstreikkomitee aus sämtlichen Fachvereinen der Gewerke gebildet werden soll, welches alle zukünftigen Streiks koordinieren wird. Die fünfte erkennbare Gewerkschaft in der Stadt bildete sich im Juli 1890, der Lokalverband der Zimmerleute für Spremberg und Umgebung.

Der Allgemeine Arbeiterverein traf sich wieder am 15.06. bei Kirchhoff und am 18.06. bei Prasse, um den sozialdemokratischen Parteitag in Cottbus vorzubereiten. Christian Buder wurde zu einem der Spremberger Delegierten gewählt. Am 22. Juni 1890 fand in Cottbus der Parteitag für den Regierungsbezirk Frankfurt/Oder mit 62 Delegierten statt. Am zahlreichsten sind die Cottbuser und Spremberger Genossen vertreten gewesen. Zuerst sprach der Reichstagsabgeordnete Wurm zur Taktik der Sozialdemokraten nach Aufhebung des Sozialistengesetzes und zur Einbeziehung der Frauen in die Politik, als zweites beschloss der Parteitag eine Resolution zur Gründung gewerkschaftlicher Vereine im Regierungsbezirk und drittens einigte man sich auf die seit dem 1. April in Frankfurt/Oder dreimal wöchentlich erscheinende „Märkische Volksstimme“ von Karl Behrendt als das sozialdemokratische Parteiorgan im gesamten Regierungsbezirk.

Am 14. Juli wurden Christian Buder als leitender Vertrauensmann und August Krüger als Stellvertreter des „Allgemeinen Arbeiter-Vereins für Spremberg und Umgebung“ wiederum bestätigt.

Am 30.07. rief der ehemalige Spremberger und jetzige Cottbuser Vertrauensmann, der Textilarbeiter Rudolph Schiemenz, alle Fabrikarbeiter der Textilbranche im Regierungsbezirk Frankfurt/Oder dazu auf, Arbeiterversammlungen abzuhalten, Vertrauensmänner zu wählen und Gewerkschaftsvereine zu gründen. Eine daraufhin für die Spremberger Textilarbeiter und -arbeiterinnen am 26. August geplante öffentliche Versammlung mit dem Berliner Stadtverordneten Otto Heindorf musste wegen Polizeiverbots abgesagt und verschoben werden.

Neben mehreren öffentlichen, General- und Mitgliederversammlungen zu aktuellen und

vereinsinternen Themen im Laufe des Jahres 1890 führte der Allgemeine Arbeiterverein auch Feierlichkeiten durch, so am 31. August die Lassalle-Feier in Heinrichsfeld und am 29. November ein Unterhaltungsabend bei Kirchhoff. Die Eintrittskarten zum letzteren Vergnügen gab es für 20 Pf bei Paul Biber und beim Vorsitzenden Christian Buder in der Karlstraße. Auch die bekannten Spremberger Gewerkschafts- und Gesangsvereine trafen sich regelmäßig zu Mitglieder- oder Generalversammlungen sowie Singestunden.

Am 30. September war die Zeit des Sozialistengesetzes vorbei und ab 1. Oktober warben die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften auch in Spremberg verstärkt um die Arbeiter. Sie wollten sich gegen die Konkurrenz der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, die sich im deutschen Zentralstreikkomitee sammelten, bemerkbar machen.

Am 7. Oktober wurde Paul Biber als Delegierter für den am 12.10.1890 in Halle stattfindenden Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands mit Stimmrecht für Spremberg und Cottbus geschickt, da die Cottbuser Niemanden gefunden hatten. In einer großen Versammlung des Allgemeinen Arbeitervereins am 8. November im Kirchhoffschen Saal, bei der auch Hugo Keller aus Görlitz wieder sprach, berichtete Biber vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (das war der neue Name seit Halle - SPD). Einen Tag später wurde in Cottbus der Delegiertentag der Textilarbeiter und Arbeiterinnen der Provinz Brandenburg durchgeführt, u. a. mit den Themen wirtschaftliche Lage und zukünftige Organisation der Textilarbeiter. In der Volksversammlung des Allgemeinen Arbeitervereins am 20.12.1890 im Prasseschen Saal wertete A. Boyer aus Cottbus den Textilarbeitertag aus und informierte zur weiteren Organisation der sozialdemokratischen Partei.

Anfang Januar 1891 richtete der Fachverein der Tischler eine Vereinsbücherei für seine Kollegen ein. In der öffentlichen Versammlung des Allgemeinen Arbeitervereins im Prasseschen Saal am 15. Januar sprach der Reichstagsabgeordnete August Heine vor über 500 Personen (auch viele Landarbeiter waren anwesend) zur Gesetzgebung des Reichstages und des preußischen Landtages. Der ebenfalls eingeladene konservative Reichstagsabgeordnete von Cottbus-Spremerberg Graf Pückler kam natürlich nicht.

Das Schiedsgericht für die Invaliditäts- und Altersversicherung des Kreises Spremberg ist am 17. Januar bekanntgemacht worden, einer der Versichertenvertreter war der Vorsitzende des Allgemeinen Arbeitervereins Christian Buder. Die Stadt wurde für diese Versicherung in 6 Bezirke aufgeteilt, in jedem Bezirk gab es von der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite je einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter. Bei den Arbeitgebern ist der mit den Sozialdemokraten verbundene Kaufmann Carl Mussdorf im 5. Bezirk als stellvertretender Vertrauensmann gewählt worden. Bei den Arbeitnehmern hatten sich folgende bekannte Sozialdemokraten durchsetzen können: Tischler Waldemar Blücher im Bezirk 2, Tischler Eduard Geißler im Bezirk 3 und Tischler August Nitsch sowie Spinner Ernst Kramer im Bezirk 5. Da auch die anderen Arbeitnehmervertreter meist den Berufsgruppen der Spremberger Industrie und Fachvereine entstammten (z. B. Maurer Wilhelm Michel und Tuchmacher Adolf Böhme im 1. Bezirk, Schlosser Wilhelm Müller und Maurerpolier Christoph Kirschner im 4. Bezirk und Tuchmacher Adolf Korsawi im 6. Bezirk), ist davon auszugehen, dass noch

weitere Sozialdemokraten Bezirksvertrauensleute waren.

In Spremberg wurden auch 1891 regelmäßig die Versammlungen des Allgemeinen Arbeitervereins, der bekannten Gesangsvereine und Gewerkschaften abgehalten. In der Textilbranche fehlte noch eine sozialdemokratische Gewerkschaft, so dass es weitere Bemühungen zur Gründung gab. Am 15. März und 19. April 1891 wurden öffentliche Versammlungen zu Gewerkschaftsfragen durchgeführt und informiert, dass sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf einem zentralen Kongress am 16.11.1890 in Berlin die Generalkommission als höchstes Gremium geschaffen haben. 1891 ist erstmals ein Vergleich zwischen den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und den sogenannten „freien Gewerkschaften“ in Deutschland möglich: erstere hatten nach 23 Jahren ca. 61.000 Mitglieder in 16 Gewerken und die sozialdemokratischen Gewerkschaften hatten nach weniger als zehn Jahren schon ca. 278.000 Mitglieder in 62 Zentralverbänden. Auf die Provinz Brandenburg bezogen gab es 1903 folgenden Vergleich: 8.593 Mitglieder bei den Gewerkvereinen und 46.694 Arbeiter bei den



*Bild 17: Führende Mitglieder der SPD-Reichstagsfraktion*



Gewerkschaften. Im Kolkwitzschen Saal zu Cottbus fand die Provinzial-Konferenz der Textilarbeiter am 14. Juni 1901 statt, zu der auch zwei Spremberger Delegierte hinfuhren.

Am 2. Mai feierten die Spremberger Sozialdemokraten ihr erstes Stiftungsfest bei Prasse (Karten waren beim Vertrauensmann August Krüger in der Petrigasse 6 zu haben) und am Sonntag, dem 3. Mai, gab es im selben Saal einen Festakt und Ausmarsch nach Heinrichsfeld als Maifeier für Spremberg. Das Verbot des Ausmarsches durch den Bürgermeister wurde durch Umbenennung in „Ausflug“ umgangen. Der von den Polizisten beobachtete Demonstrationzug mit roten Schleifen, Schlippen und Tüchern verlief friedlich. Der Anfang Juni 1891 vom „Vorwärts“ angeregte deutschlandweite Protest gegen die Kornzölle sollte die SPD-Reichstagsfraktion im Berliner Parlament unterstützen und erreichte auch Spremberg.

Am 11.06. wurde bei Prasse eine große öffentliche Volksversammlung, zu der besonders die Frauen eingeladen waren, gegen diese Schutzzölle zu Gunsten der Großgrundbesitzer durchgeführt.

Am 2. August feierte der Allgemeine Arbeiterverein Sommerfest bei Kirchhoff mit Ausmarsch nach Heinrichsfeld und am 20. September ging ein zweiter Ausflug nach Wadelsdorf, wo „den Frauen eine Küche mit Kaffeebohnen und Zucker zur Verfügung steht“. Treffpunkt war an der Eisenbahnbrücke Forster Allee. Die Küche wurde vom Rittergutsbesitzer Dr. Johannes Roeder, der sich den Spremberger Sozialdemokraten angeschlossen hatte, zur Verfügung gestellt.

Im August/September 1891 kam es in Spremberg zur erneuten Gründung eines Konsum-Vereins. Nachdem der von 1867 bis 1886 existierende Consum liquidiert worden war, hatte, wie schon berichtet, der Sparverein des Ortsverbandes der Gewerksvereine die Aufgabe der günstigen Lebensmittelversorgung in Spremberg übernommen. Jetzt wollte man von Seiten des Ortsverbandes die Trennung in einen Sparkassenbereich und einen Einkaufs- und Versorgungsbereich vornehmen, wozu bei der Generalversammlung am 30.08.1891 bei C. Krüger am Mühlenplatz die Vorlage eines Statutes für den zukünftigen Konsum und die Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates erfolgte. Das Statut wurde von den Gremien am 15. September beim Spremberger Amtsgericht eingereicht und

Ende September konnte der Konsum-Verein zu Spremberg im Genossenschaftsregister eingetragen und öffentlich gemacht werden. Am 4. Oktober machte der alte Sparverein seine letzte Inventur und die Spar-Marken waren bis spätestens 5 Tage danach abzuliefern. Bereits Anfang November wurde mit 200 Zentnern mehligter Kartoffeln für das Konsum-Geschäft in der Burgstraße 19 (vorher Sparverein) geworben. Bei der Generalversammlung am 13. Dezember 1891 ist das letzte Geschäftsjahr des Sparvereins 1890/91 abgeschlossen worden. Mit Beschluss der Niederlausitzer Konsum-Vereine aus 10 Städten, u. a. Cottbus, Spremberg, Forst und Guben, vom 22.01.1893, eine gemeinsame Einkaufsgesellschaft mit Sitz und Lager in Cottbus zu gründen, konnte eine zusätzliche Absicherung des Spremberger Konsums gegen die Konkurrenz der anderen Händler geschaffen werden. Zum Zeitpunkt der Gründung war der Konsum liberal dominiert, der Vorstand und der Aufsichtsrat setzte sich z. B. aus Führungsmitgliedern des Deutsch-Freisinnigen Arbeiter-Vereins und der liberalen Partei Sprembergs zusammen. Im Laufe der Jahre wurde der Konsum Spremberg dann von den Sozialdemokraten schrittweise „übernommen“.

Paul Biber erwarb zum 10.10.1891 das Materialwaren- und Restaurationsgeschäft Bautzener Straße 14 von Fritz Klein, da dieser altershalber aufhörte, und schloss dafür sein altes Lokal in der Leipziger Straße. Am 11.10. eröffnete er das Restaurant mit neuer Kegelbahn unweit der Tuchmacherherberge. Zur ersten größeren Veranstaltung, der „Kirmess-Feier in Algier“ lud Biber für den 15. und 16.11. in sein neues Lokal ein.

Der nächste Provinzialparteitag der Sozialdemokraten fand am 8. November 1891 mit Spremberger Beteiligung in Cottbus statt. Eine Woche später warb der Allgemeine Arbeiterverein mit den Kandidaten Paul Biber, August Nitsch, Fritz Klein und dem Tischler Herrmann Zschiedrich für die anstehende Wahl der Stadtverordneten in Spremberg, leider erfolglos. Noch 10 Jahre mussten ins Land ziehen, ehe es sozialdemokratische Kommunalpolitiker in Spremberg gegeben hat.

Die letzte öffentliche Volksversammlung des Arbeitervereins in 1891 wurde am 15.12. bei Kirchhoff durchgeführt, als Referent sprach der Sozialdemokrat und Rittergutsbesitzer auf Wadelsdorf, Dr. Roeder. Der Gewerksverein der Stuhlarbeiter Deutschlands, die „liberale

Gewerkschaft“ der Textilarbeiter, hatte ihre jährliche Generalversammlung zwischen Weihnachten und Silvester in Spremberg, 71 Ortsvereine mit 3513 Mitgliedern sind durch ihre Delegierten in der Tuchmacherstadt vertreten. Der Anwalt aller deutschen Gewerkvereine Dr. Max Hirsch war ebenfalls in Spremberg zugegen.

Am 11.01.1892 startete ein neuer Versuch einer Volksküche in Spremberg, in der Dresdener Straße 50 wurden von Montag bis Samstag Essenportionen für 8 bis 20 Pf ausgegeben. Diese Volksküche ist von einem ehrenamtlichen bürgerlichen Vorstand betrieben worden und sollte wenigstens eine schwarze Null schreiben. Ein ähnliches Angebot machte ab 1. Februar eine Küche zur Mittagessenversorgung, Portion a 30 Pf, in der Dresdener Straße 44.

Bei der Versammlung des Allgemeinen Arbeitervereins am 19. Januar wurde erneut die schon vor einem Jahr aufgeworfene Frage nach einer eigenen Bibliothek, einer Volksbibliothek, aufgeworfen und im Verbund damit über die Errichtung einer Volksbildungsschule diskutiert. Die letztere ging schon ab 15. März in Betrieb, die Unterrichtsstunden im Rechnen, Schreiben und Buchführen für die Arbeiter fanden immer Dienstags und Freitags im Lokal von Herrn Knofe in der Forster Str. statt. Die Bibliothek ließ noch ca. 2 Jahre auf sich warten.

Auch das Vergnügen kam 1892 nicht zu kurz, so veranstaltete z. B. der Allgemeine Arbeiter-Gesangverein „Liederkrantz“ am 27.02. einen Maskenball und am 05.06. ein öffentliches Pfingstkonzert mit dem befreundeten Arbeitergesangverein „Liedeslust“ aus Cottbus sowie ein Konzert mit Ball am 15.10 bei Kirchhoff. Der Kartenvorverkauf a 25 bzw. 20 Pfennig für die Konzerte war bei Paul Biber, Paul Schneider, Heinrich Matschke und Hermann Weiler organisiert. Am 24.07. führte der „Liederkrantz“ Scheibenschießen und Freikonzert in Heinrichsfeld durch. Die Delegierten des Gesangvereins fuhren am 06.11.1892 zur Gründung des Arbeiter-Sängerbundes Niederlausitz nach Cottbus und einen Monat später, am 25.12., wurde der Arbeiter-Sängerbund Deutschlands in Berlin gegründet. Eigene Vergnügungen hat auch der Allgemeine Arbeiterverein veranstaltet, die Karten gab es bei den selben Vorverkaufsstellen wie bei den Veranstaltungen des „Liederkranzes“ und zusätzlich bei den Unterkassierern. Unter den vielen öffentlichen Versamm-

lungen des Arbeitervereins in 1892 waren die am 24.03. mit dem Reichstagsabgeordneten Molkenbuhr zu den „Ursachen der heutigen Krisen“ und die am 31.10. zur neuen Militärvorlage bemerkenswert.

Regional trafen sich die Sozialdemokraten am 03.04. in der Nähe von Merzdorf bei Cottbus zur Vorbereitung der Maifeier in den Niederlausitzer Städten. In Spremberg fand sie am 1. Mai bei Kirchhoff statt, wo zuerst Frühschoppen, danach Aus- und Rückmarsch und nachmittags die offizielle Feier durchgeführt wurde.

Für den sozialdemokratischen Parteitag für Berlin und Brandenburg am 15.05. sind die Spremberger Delegierten am 8. Mai gewählt worden. In Berlin ging es vor allem um die Wahl eines Agitationskomitees mit acht Mitgliedern für Brandenburg und um die stärkere Einbeziehung der Frauen in die Parteiarbeit.

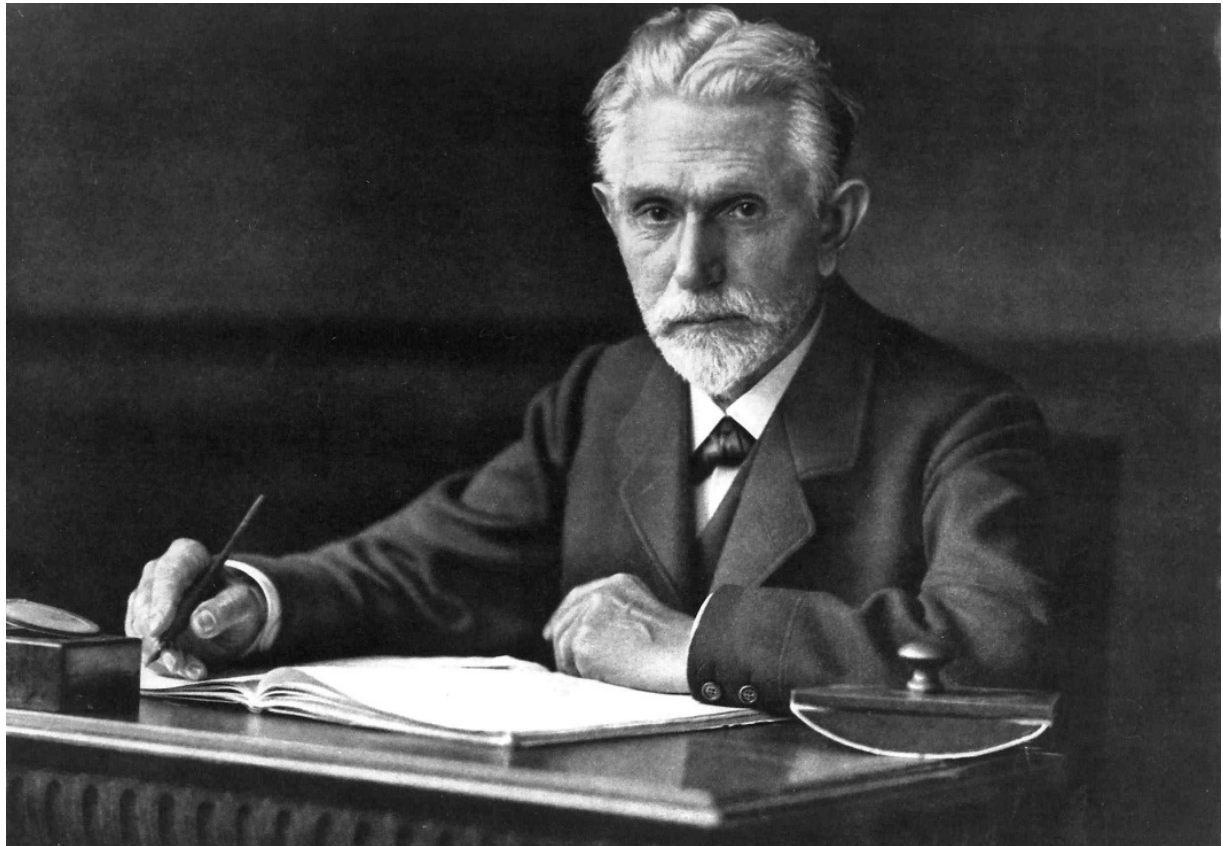
Am 20.06.1892 tagte im Schweizer Garten der Krieger-Club Slamen, es wurde beschlossen, sieben Vereinsmitglieder wegen Mitgliedschaft in der SPD auszuschließen. Alle Betroffenen gingen dagegen in Beschwerde. Das Ergebnis ist nicht bekannt. Bei der Lassalle-Feier am 28. August sind beim Umzug durch die Stadt von Kirchhoffs Saal nach Heinrichsfeld und zurück 190 Personen dabei gewesen. Die Gegenveranstaltung des Deutsch-Freisinnigen Arbeitervereins am selben Tag mit Ausflug von der Gaststätte Bellevue hat weit weniger Beteiligte gehabt.

Ende September verteuerten die Rittergutsbesitzer rund um Spremberg ihre Milch und begründeten das mit den steigenden Preisen für Viehfutter. Der Allgemeine Arbeiterverein stellte sich der Herausforderung und lieferte sich einen „Milchkrieg“ mit den Großgrundbesitzern des Kreises und den Milchhändlern Sprembergs. Deren Milch zu 15 Pfennig pro Liter wurde von den Arbeitern laut Beschluss in der öffentlichen Volksversammlung vom 30.09.1892 boykottiert. Alle, die gute Milch für 12 Pfennig pro Liter haben wollten, sollten ihre Adressen beim Arbeitervereinsmitglied Heinrich Matschke Dresdener Str. 51 abgeben, um die Mengen der Milch festzustellen, die von außerhalb geliefert und in entsprechend eingerichteten Verkaufsstellen abgegeben werden sollten. Der „Milchkrieg“ wurde gewonnen, die Preise sanken in Spremberg.

Zum sozialdemokratischen Parteitag am 14.11.1892 in Berlin fuhr vom Spremberger

Arbeiterverein der Delegierte Reinhold Krahl, er berichtete den Genossen in der Versammlung bei Kirchhoff am 14.12. darüber. Unter anderem ist in Berlin auch der langjährige SPD-Führer im Reichstag August Bebel zum zweiten Vorsitzenden der Partei neben Paul Singer gewählt worden.

gebung zum leitenden Vertrauensmann (Vorsitzenden) gewählte August Krüger war ebenfalls aus der Tabakbranche, er war Zigarrenfabrikant und -händler. Er blieb Ortsvereinsvorsitzender des Allgemeinen Arbeitervereins bzw. der SPD bis zum Ende des 2. Weltkrieges, also rund 26 Jahre lang.



*Bild 18 August Bebel*

In einer Volksversammlung des Deutsch-Freisinnigen Arbeiter-Vereins am 22.01.1893 im Saal des Hotels Drei Kronen kam es zwischen dem Referenten Arnold Perls aus Berlin, der zur Militärvorlage sprach, und dem Referenten der sozialdemokratischen Versammlung vom 23.01., dem Gewerkschafter der Tabakarbeiter Börner (ebenfalls aus Berlin, er war schon einen Tag früher in Spremberg), zu Wortgefechten zum besagten Thema.

Dass die Tabakarbeiter und -händler in der Sozialdemokratie der damaligen Zeit einen hohen Stellenwert besaßen, bewies auch die Wahl des Zigarrenhändlers Gottfried Schulz aus Berlin am 07.03. in Cottbus, als er einstimmig von den Genossen des Wahlkreises Cottbus-Spremberg zu ihrem Reichstagskandidaten nominiert wurde. Der am 15. März 1893 bei der Neuwahl des gesamten Vorstandes des Allgemeinen Arbeiter-Vereins für Spremberg und Um-

Der seit dem August 1891 in Spremberg wohnende junge Tischlergeselle Julius Herbst war noch im selben Jahr in den Arbeiterverein aufgenommen worden und hatte sich im Laufe der vergangenen 2 Jahre bei den Genossen soviel Vertrauen erworben, dass er bereits 1893 zum Vertrauensmann gewählt wurde. Vor allem im „Straßenkampf“, Flugblätter verteilen, Zettel kleben, rote Fahnen anbringen, bewährte sich der jüngste der Spremberger Vertrauensleute. Seit Anbeginn seiner Parteiarbeit widmete sich Herbst vor allem dem Aufbau einer zentralen sozialdemokratischen Gewerkschaftsarbeit und später parallel dazu dem Konsum-Verein in der Stadt. Krüger und Herbst bestimmten über ein Vierteljahrhundert die sozialdemokratische Politik in Spremberg, sie brachten erstmals die erforderliche Kontinuität in die Parteiarbeit. Der Dritte im Bunde, der bereits seit 1885 öffentlich für die Sozialdemokraten, vor

allem organisatorisch, tätig war, ist Paul Biber gewesen. Erst war seine Arbeiterkneipe in der Leipziger, später die in der Bautzener Straße Treffpunkt der Genossen, Kartenvorverkaufsstelle für alle Veranstaltungen und auch regelmäßig SPD-Wahlbüro. Apropos Wahl: in Vorbereitung auf die nächste Reichstagswahl fanden schon ab April 1893 öffentliche (Wähler-) Versammlungen statt, zuerst im Lokal Nasdal in Groß Buckow und im Lokal Helwig in Bohsdorf Vorwerk, später bei Krafft in Pulsberg. Am Montagabend, dem 1. Mai, platzte der Pflaumersche Saal in Spremberg fast aus allen Nähten, die Referenten Alfons Beyer aus Cottbus und Dr. Roeder aus Wadelsdorf sprachen zur Bedeutung des 1. Mai und zur Militärvorlage. Danach wurde das Festkomitee für die Maifeier am 07.05. gewählt. Diese fand am darauffolgenden Sonntag mit einem großen Vokal- und Instrumentalkonzert im Kirchhoffschen Saal statt, das Konzert wurde von der Stadtkapelle des Herrn Zerbka und dem Gesangverein „Liederkrantz“ gestaltet, die Festrede hielt Dr. Roeder.

Übrigens hatte sich Letzterer seit geraumer Zeit einiger Anfeindungen von den anderen Rittergutsbesitzern des Kreises Spremberg ob seiner sozialdemokratischen Einstellung zu erwehren. So befand er sich in einem Gerichtsverfahren mit dem Rittergutsbesitzer Freytag auf Roitz, da er von diesem verleumdet worden war. Dieses Verfahren ging immerhin bis zum Strafsenat des Königlichen Kammergerichtes von Berlin.

Der Reichstagskandidat Gottfried Schulz aus Berlin stellte sich am 13.05.1893 im Saal des Herrn Grunwald (vormals Kirchhoff) den Sprembergern vor, danach wurde das Wahlkomitee für die Stadt bestimmt. Am 26. Mai konnte der städtischen Heimatzeitung, dem Spremberger Anzeiger, erstmals ein sozialdemokratisches Flugblatt vom diesbezüglichen Wahlkomitee beigefügt werden. Am 6., 8. und 14. Juni veranstalteten die Spremberger Genossen drei Wahlveranstaltungen in der Stadt mit Alfons Beyer aus Cottbus, Dr. Roeder aus Wadelsdorf und dem Kandidaten Gottfried Schulz. Das Wahlbüro der Sozialdemokraten am 15.06.1893 war in der Dresdener Straße 53 im Hof, am Abend traf man sich zur Volksversammlung mit Verkündung des Wahlergebnisses bei Herrn Grunwald.

Am Wahltag erreichte Schulz in Spremberg 924 und in Slamen 188 Stimmen und siegte in beiden Orten souverän. Im Wahlkreis

musste er sich mit 6452 zu 8218 Stimmen dem Konservativen von Werdeck, der auch von den Antisemiten unterstützt wurde, beugen. Zur Unterstützung für die darauf folgende Stichwahl kam am 20. Juni der SPD-Parteivorsitzende Paul Singer nach Spremberg, um im Grunwaldschen Saal zu sprechen. Es reichte aber bei dieser Wahl noch nicht. Schulz gewann zwar wieder in Spremberg und Umgebung, im gesamten Wahlkreis unterlag er aber mit 8558 zu 10406 Stimmen. Damit wurde von Werdeck für 5 Jahre Reichstagsabgeordneter.

Der Allgemeine Arbeiterverein Spremberg führte weiterhin regelmäßig seine Versammlungen bei Grunwald (das Lokal hieß nach dem Umbau ab 1. Juli 1893 Gesellschaftshaus) oder im Lokal Pflaumer durch. Ebenfalls sehr aktiv war der Gesangverein der Tischler, der „Liederkrantz“ und der Männergesangverein Slamen sowie die Gewerkschaften, die sich meist in den selben Lokalitäten versammelten. Am 29. und 30. Juli veranstaltete der „Liederkrantz“ sein 9. Stiftungsfest und am 31. August sowie 3. September lud der Allgemeine Arbeiterverein zu einem Vortrag zu Lassalle bzw. zur Lassalle-Feier ein. Am 5. September hatten die Sozialdemokraten zu Gewerkschaftsthemen in das Gesellschaftshaus eingeladen, es ging um den internationalen Arbeiterkongress in Zürich und den Wert der gewerkschaftlichen Organisation.

Ende September 1893 machte die Stadt auf Vorschlag des Arbeitervereins Ernst mit der Einrichtung einer Volksbibliothek; man suchte dafür Bücher, die ausgelesen und entbehrlich sind. Der Handwerkerverein und der Ortsverband der Gewerkvereine, die selbst Bibliotheken betrieben, sahen das nicht gern und machten offen Front gegen die neue Ausleihe.

In der öffentlichen Volksversammlung des Allgemeinen Arbeitervereins am 12. Oktober wurde der Delegierte zum Parteitag in Köln gewählt, es war der Handelsgärtner Heinrich Kobel aus Drebkau. Bei der Wahl der Wahlmänner zum Preußischen Landtag wurden in Spremberg 38 Liberale und 4 Konservative gewählt. Einer der konservativen Wahlmänner ist Bürgermeister Wirth gewesen. Für die Sozialdemokraten spielten die Landtagswahlen zum Abgeordnetenhaus bis 1918 keine Rolle, da aufgrund des Dreiklassenwahlrechts keine Kandidaten durchzubringen waren. Gleiches galt auch 1893 noch für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung Spremberg, die

wie üblich unter den Bürgerlichen ausgemacht wurde. Trotzdem schlug der Arbeiterverein eigene Kandidaten vor, es wurden diesmal Paul Biber, Paul Schneider und Adolph Nakonz benannt.

Zu Weihnachten 1893 hat der Zigarrenhändler Richard Schiemenz mit einer Anzeige für sein neues Geschäft in der Petrigasse 6 geworben (er hatte es von August Krüger, der am 21.09.1893 in Konkurs gegangen war, übernommen). Schiemenz pries in bester sozialdemokratischer Tradition seines Vorgängers die Zigarrensorten „Solidarität“ und „Liberte“ aus rein amerikanischem Tabak an. Auch Krüger hatte sich nach gewisser Zeit wieder selbständig gemacht und eröffnete einen neuen Zigarrenladen in der Schützenstraße.

Im Januar 1894 wurde in Spremberg endlich die vom Arbeiterverein lange vorgeschlagene Volksbibliothek eröffnet. Sie war in der Knabenschule untergebracht und konnte von jedem ohne Vereinsmitgliedschaft und unentgeltlich genutzt werden.

Ab Ende Februar streikten die Weber bei Blüth und Co. in Spremberg, es war der erste große Textilarbeiterstreik in Spremberg. Die Streikenden wurden von allen Arbeitern der Stadt, dem Allgemeinen Arbeiterverein und vom Gewerkschaftsfunktionär Alfons Beyer aus Cottbus unterstützt. Der Arbeitskampf endete unentschieden.

Die Maifeier des Jahres 1894 erfolgte zweigeteilt, zuerst fand am Sonntag, dem 29.04., im Gesellschaftshaus ein Konzert mit Ball und Festrede von Dr. Roeder aus Niederlössnitz (Dr. Roeder hatte das Rittergut Wadelsdorf 1893 verkauft und war nach Sachsen gezogen) statt. Am Dienstag, dem 01.05., war große Volksversammlung mit Paul Jahn aus Berlin im Gesellschaftshaus und für die Arbeiter, die frei machen konnten, davor ein Ausflug nach Heinrichsfeld. Am Morgen des 1. Mai grüßten in Spremberg mehrere rote Fahnen: am Kandelaber des Wilhelmsplatzes, an der ebenfalls dort stehenden Kaisereiche, hinter der Gasanstalt Richtung Lustgarten und am Telephon in „Algier“.

In und um Spremberg gab es im Frühjahr und Sommer 1894 einige Neugründungen von Vereinen: der Arbeiterverein Groß Buckow (er nannte sich Sozialistenverein Groß Buckow) am 20. Mai im Lokal des Herrn Schiemenz, der Arbeiterverein Slamen (Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen) am 17. Juni im Restaurant von Hugo Fischer und der Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts“ am 17. August in Spremberg. Am 25. August wurden

von letzterem im Gesellschaftshaus die Statuten beschlossen und der Vorstand gewählt, die Gesangsstunden fanden ab 7. September im Lokal des Herrn Paul statt. Ebenfalls bei Grunwald, aber schon im Juni, wurde eine „Öffentliche Gewerkschaftsversammlung“ für alle gewerblichen Arbeiter, namentlich der Textil- und Holzarbeiterbranche, mit Herrn Eckhardt aus Brandenburg veranstaltet. Danach ist im Sommer 1894 der Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Verband Filiale Spremberg gegründet worden. Sieben Jahre, nachdem der Deutsche Manufaktur-Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein verboten wurde, hatten die Spremberger Textilarbeiter endlich wieder ihre eigene Gewerkschaftsorganisation.

Die öffentliche Gewerkschaftsversammlung für die Beschäftigten der Leder- und Bekleidungsindustrie fand am 10. Oktober mit Herrn J. Timm aus Berlin bei Förster, im Saal Drei Kronen, statt. Ein Konzert des „Liederkranzes“ am 11.08.1894 und die Lassalle-Feier des städtischen Arbeitervereins am 26.08. wurden im Gesellschaftshaus veranstaltet. Karten dafür sind bei Paul Biber, Paul Schneider, Hermann Weiler, August Krüger, Hermann Matschke und dem Barbier August Fuchs (Dresdener Straße) zu haben gewesen. Die Beteiligungen waren allesamt sehr gut, zum Ausmarsch von Grunwald nach Kochsdorf und zurück während der Lassalle-



Bild 19 Flugblatt zur Maifeier 1894

Feier waren mehr als 300 Personen unterwegs.

Am 16. September 1894 hat die SPD-Parteikonferenz in Berlin wieder mit Spremberger Beteiligung stattgefunden. Zur Arbeit der achtköpfigen Agitationskommission für die Provinz Brandenburg sprach Otto Antrick aus Berlin.

In einer öffentlichen Volksversammlung im Saal des Hotels Drei Kronen referierte der Berliner Stadtverordnete Theodor Metzner am 18. September zum Kampf der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien. Danach wurde wie schon im Vorjahr Heinrich Kobel als Delegierter des Arbeitervereins zum Parteitag gewählt. In der öffentlichen Parteiversammlung am 6. November im Bergschlößchen berichtete er zum Parteitag in Frankfurt am Main. Am 5. Dezember ist noch eine besondere Volksversammlung in Spremberg organisiert worden, die sozialdemokratische Frauenrechtlerin Ottilie Baader aus Berlin sprach im Saal des Herrn Förster zu den Ursachen des Massenelends und deren Abhilfe. Besonders die Frauen waren hierzu eingeladen. Der Arbeiterverein beschloss mit seiner Generalversammlung zur Vorstandswahl am 16. Dezember das Jahr 1894.

Das neue Parteijahr begann einen Monat später, am 15. Januar, mit einer Versammlung und die beiden Arbeiter-Gesangvereine „Liederkrantz“ und „Vorwärts“ sowie die Gewerkschaften luden zu Maskenbällen ein. Eintrittskarten für das Gewerkschaftsvergnügen waren erhältlich bei Paul Biber, Hermann Weiler, Barbier Plonz in der Bautzener Straße, Otto Raffelt Friedrichstraße und A. Horschke Forster Straße 3.

Am 29. Januar 1895 beriet und beschloss die Stadtverordnetenversammlung zu einem wichtigen Wirtschaftsprojekt Sprembergs, der Errichtung einer Stadt- und Kohlenbahn. Die im Reichstag seit Ende 1894 vorliegende und bis Mai 1895 besprochene „Umsturzvorlage“ führte in ganz Deutschland zu sozialdemokratischen und liberalen Protesten. In Spremberg wurde dazu durch den SPD-Reichstagsabgeordneten Ferdinand Bueb am 3. Februar im Bergschlößchen referiert. Unterschriften gegen dieses dem Sozialistengesetz ähnliche Vorhaben sind in der Stadt sowohl von den Sozialdemokraten als auch von den Liberalen gesammelt worden. Der Reichstag lehnte die Vorlage letztlich mit großer Mehrheit ab.

Die Slamener Sozialdemokraten des Vereins

zur Erzielung volkstümlicher Wahlen feierten den 18. März zwei Tage vorher, am Sonnabend, in Fischers Lokal. Zur Maifeier am 01.05.1895 lud namens des Spremberger Arbeitervereins der Vorsitzende August Krüger in das Gesellschaftshaus ein, die Festrede hielt Herr Dr. Pinn aus Berlin. Wer von den Arbeitern frei bekommen kann, sollte am Ausflug, der am Kochsdorfer Weg begann, teilnehmen. Drei Tage später wurde zusammen mit den beiden Arbeiter-Gesangvereinen das 5. Stiftungsfest des Arbeitervereins im Bergschlößchen begangen. Der bekannte Vorsitzende der SPD Bayerns und Reichstagsabgeordnete von Vollmar sprach am 12. Mai 1895 im Spremberger Gesellschaftshaus. Der Vortrag von Vollmars ist von über 700 Zuhörern, auch aus dem bürgerlichen Lager, verfolgt worden. Dr. Roeder aus Niederlösnitz war wegen dieser Veranstaltung ebenfalls nach Spremberg gekommen.

Ein weiterer wichtiger Verein für die Spremberger Arbeiter gründete sich am 9. und 21. Mai bei Förster im Saal Drei Kronen, ein Mieterschutzbund, der sich „Verein der Miether und Mietherinnen“ nannte. Ebenfalls bei Förster tagte am 29. Mai der neu gebildete Spar- und Bauverein, der erschwingliche Wohnungen bauen wollte, und wählte seinen Aufsichtsrat. Ein reichliches Jahr später ließ er sich als Genossenschaft eintragen und hatte Ende 1896 bereits 94 und ein Jahr später 130 Mitglieder sowie ein Bilanzvermögen von 20.300 (1896) bzw. 67.500 Mark (1897). Schon 1896 wurden die ersten beiden Häuser in der Bautzener Straße 71 und 72 errichtet, zu den Mietern gehörten die beiden Sozialdemokraten G. Zschiedrich und Herrmann Krönert. Im Vorstand des Spar- und Bauvereins ist seit Beginn der Tischler und Sozialdemokrat Eduard Geißler vertreten gewesen.

Im Sommer fand ein großes Fest der beiden Arbeiter-Gesangvereine statt, am 28. und 29. Juli 1895 kamen über 1000 Sänger zum 3. Bundes-Gesangsfest des Arbeiter-Sänger-Bundes des Regierungsbezirkes Frankfurt/Oder in Spremberg zusammen. Zum Festauschuss gehörten Heinrich Matschke und Paul Schneider. Das Fest wurde von Sonntag früh bis abends gefeiert und endete mit einem Frühschoppen-Konzert am Montag auf dem Festplatz. Dieser war in der Muskauer Straße hinter dem Zöllnerschen Gartengrundstück und die bekannten Lokale und Säle, wie Gesellschaftshaus, Bergschlößchen und

Pflaumer, sind ebenfalls in das Fest einbezogen worden.

Die Gewerkschaften führten 1895 folgende Versammlungen durch: am 14. Mai für die Bauhandwerker und am 14. August für die Tabakarbeiter, beide Versammlungen waren im Gesellschaftshaus. Am 16. September wurde im Bergschlößchen das Gewerkschaftskartell Spremberg gegründet.

Am 25. August trafen sich die Mitglieder des Arbeiter-Turn-Vereins Spremberg am Bahnhof, um zum Stiftungsfest der Freien Turnerschaft Cottbus zu fahren. Die regulären Turnstunden des Spremberger Vereins fanden immer Freitags in einer Halle hinter dem Gesellschaftshaus statt. Am 19. Oktober wurden die ersten öffentlichen Turnübungen, verbunden mit einem Konzert, im Bergschlößchen gezeigt. Die Eintrittskarten sind wie gewohnt bei Biber, Fuchs, Matschke, Weiler, Barbier Adolph Schmidt, Friedrichstraße, und Otto Britz, Forster Straße 11, sowie für die Turner bei deren Vorsteher in der Petrigasse 1 verkauft worden.

Die Lassalle-Feier wurde am 1. September 1895 getrennt begangen, im Gesellschaftshaus feierten die Spremberger und bei Fischer die Slamener Genossen. Die vom Spremberger Arbeiterverein am 17. August angeregte Verständigung zu einer gemeinsamen Feier mit den Slamenern hatte nicht geklappt. Am Sedantag (2. September) wurden in Spremberg, Cottbus und Guben sozialdemokratische Flugblätter gegen den preußischen Militarismus verteilt, so dass sich der Spremberger Anzeiger darin erging, dass die Sozialdemokraten nicht nur „vaterlandslose, sondern vaterlandsfeindliche“ Gesellen sind.

Bei der Stadtverordnetenwahl im November 1895 stellten die Sozialdemokraten keine eigenen Kandidaten auf, da die Chancen nach wie vor praktisch Null waren. Am 1. Dezember hielt der Allgemeine Arbeiterverein Spremberg seine übliche Generalversammlung zum Jahresende mit Vorstandswahl ab. Davor wurde eine gemeinsame Arbeitervereins- und Gewerkschaftsversammlung mit J. Timm aus Berlin durchgeführt. Das Jahr hat man mit einer Sylvesterfeier des „Liederkranzes“ bei Pflaumer ausklingen lassen.

Am 11. Januar 1896 haben sich die beiden Arbeiter-Gesangvereine zu ihren Versammlungen, u. a. mit Vorstandswahl und zur Vorbereitung der traditionellen Maskenbälle, getroffen. Der Spremberger Arbeiterverein führte am 2. Februar seine erste Volks-

versammlung des Jahres mit dem Reichstagsabgeordneten Ferdinand Bueb, der vor genau einem Jahr auch schon in Spremberg war, durch. Zur Feier des 18. März hielten die Slamener Genossen ein Vergnügen im Lokal „Bellevue“ ab. Die Maifeierlichkeiten des Spremberger Arbeitervereins sind am 01.05. im Bergschlößchen und am 02.05. im Gesellschaftshaus organisiert worden. Wer es von den Arbeitern ermöglichen konnte, der war am 1. Mai zum Ausflug nach Heinrichsfeld eingeladen. Am 2. Mai traten die beiden Gesangvereine „Vorwärts“ und „Liederkranz“ sowie der Arbeiter-Turn-Verein bei der Feier im Gesellschaftshaus auf. Die Slamener machten ihre eigene Maifeier am 3. des Monats bei Fischer.

Die Gewerkschaften des Spremberger Kartells führten 1896 ebenfalls wieder eigene Veranstaltungen durch, so z. B. am 10. Juni eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung und am 10. November eine Gewerkschaftsversammlung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Sprembergs mit Frau Alma Palm zur Frauenarbeit in der Industrie. Der Arbeiter-Turn-Verein Spremberg feierte sein erstes und der Gesangverein „Vorwärts“ sein zweites Stiftungsfest im Sommer 1896.

In Slamen gründete sich am 14. Juni ein weiterer Arbeiterturnverein mit dem Namen „Eichenkranz“, der ab August auch zum Arbeiter-Turner-Bund gehörte und seine ersten Turnstunden im Lokal des Herrn Himmel, „Bellevue“, abhielt. Die 1896er Lassalle-Feier des Spremberger Arbeitervereins wurde am 29. August abends im Gesellschaftshaus und am darauffolgenden Tag mit Ausflug nach Heinrichsfeld und dortigem Prämienscheibenschießen durchgeführt. Der Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen Slamen machte diesmal keine eigene Lassalle-Feier. Bereits am 1. September fand die nächste Veranstaltung statt, eine öffentliche Volksversammlung der Spremberger Genossen im Gesellschaftshaus mit Georg Schöpflin aus Frankfurt/Oder zum Thema „Sind die Sozialdemokraten Reichsfeinde?“. Anschließend wurden noch die Delegierten zur Parteikonferenz in Berlin und zum Parteitag in Gotha gewählt.

Bei der Berlin-Brandenburger Parteikonferenz am 20.09.1896 waren insgesamt 61 delegierte Männer und 1 Frau aus der Provinz zugegen. Otto Antrick hatte wie in den beiden Vorjahren die Aufgabe, für die Arbeit der Agitationskommission Brandenburg zu sprechen. Am 5. November kam Antrick zu den Genossen nach Spremberg,

um im Gesellschaftshaus zur politischen Lage und zu den Parteien in Deutschland zu sprechen. Fast zum selben Thema referierte er vor den Slamener Genossen am 29.11. im Restaurant Bellevue, da war der in Landsberg an der Warthe geborene und in Berlin als Zigarrenfabrikant und -händler tätige Sozialdemokrat allerdings schon der neue Reichstagskandidat für Cottbus und Spremberg.



*Bild 20: SPD Reichstagskandidat Otto Antrick*

Der Arbeiter-Turn-Verein Spremberg führte ab Anfang 1897 das Damen-Turnen und ab 1899 eine „Zöglings-Abtheilung“ ein, was beim bürgerlichen Turnverein 1862 noch lange verpönt war. Die Arbeiter-, Gewerkschafts-, Arbeitergesang- und turnvereine trafen sich auch 1897 regelmäßig zu ihren Veranstaltungen, so z. B. zu großen Gewerkschaftsversammlungen mit Berliner Funktionären am 31.10. im Gesellschaftshaus und am 22.11. im Bergschlößchen.

Die Maifeier begingen die Spremberger und Slamener Genossen wie im Vorjahr getrennt, aber mit demselben Festredner. Am 1. Mai sprach Otto Antrick im Gesellschaftshaus und am 2. Mai im Saal Fischer in Slamen. Für die Veranstaltung in der Stadt, bei der der Gesangverein „Vorwärts“ und der Arbeiter-Turn-Verein auftraten, gab es Billets bei den Barbieren August Fuchs Dresdener Straße und Karl Geisler Lange Straße zu kaufen. Zum 3. Stiftungsfest des Arbeitergesangvereins „Vorwärts“ am 21. August 1897 im Berg-

schlößchen traten befreundete Chöre aus Cottbus, Weißwasser und die beiden aus Slamen in einem Massensingen auf, danach war Ball. Karten für diese Veranstaltung verkauften neben Paul Biber, Adolph Schmidt und Hermann Weiler auch der Restaurateur Karl Zimmermann in der Dresdener Straße und Carl Ulrich in der Forster Straße. Auch für die Lassalle-Feier am 28.08., das 3. Stiftungsfest der Textilarbeiter-Gewerkschaft am 18.09. und für das Konzert des Arbeiter-Turn-Vereins am 25.12., jeweils im Gesellschaftshaus, konnte man dort Eintrittskarten erwerben. Ebenfalls am 18. September feierte der Slamener „Liederkrantz“ bei Zöllner und Fischer sein Stiftungsfest, es war bereits das dreizehnte. Zu erwähnen ist für 1897 auch, dass die „Märkische Volksstimme“ von Frankfurt/-Oder nach Forst umzog. In Frankfurt war sie seit 1. April 1890 dreimal pro Woche gedruckt worden. In Forst wurde sie nun von April 1897 bis Juni 1907 hergestellt (ab 1902 täglich), um danach bis 1933 nach Cottbus zu wechseln. Die „Märkische Volksstimme“ ist, nachdem sie in die Niederlausitz kam, auch in Spremberg immer mehr gelesen worden, so dass dem Spremberger Anzeiger nach dem Jahrhundertwechsel ein ernsthafter Konkurrent bei den örtlichen und regionalen Themen erwuchs.

Der 50igste Jahrestag der Märzrevolution wurde vom Allgemeinen Arbeiterverein Spremberg am 19.03.1898 im Gesellschaftshaus begangen, die Festrede hielt Genosse Georg Wagner aus Berlin. Die Sänger vom Verein „Vorwärts“ und die Arbeiter-Turner umrahmten den Abend, der mit einem Ball ausklang. Einen Tag später feierten die Slamener zum selben Thema und mit demselben Redner bei Fischer. Bereits am 26. April hielt Wagner seine dritte Rede in Spremberg und Umgebung, bei einer Volksversammlung zu den Reichstagswahlen. Am 24.04. führten die beiden Arbeiterturnvereine, 1895 und „Eichenkrantz“, Turnfahrten nach Burghammer durch.

Der 1. Mai 1898, der diesmal ein Sonntag war, stand ganz im Zeichen der Reichstagswahl. Festredner im Gesellschaftshaus war der Kandidat für den Wahlkreis Cottbus-Spremberg Otto Antrick. Leider veranstalteten die Slamener auch diesmal wieder eine eigene Feier, sogar zur selben Zeit, aber ohne besonderen Redner. In der Volksversammlung am 17. Mai wählten die Spremberger Genossen ihr Komitee für die anstehende Wahl mit August Krüger an der



Spitze. Zum Prüfen der Vollständigkeit der Wählerverzeichnisse hatten die Sozialdemokraten in den Restaurants von Paul Biber, Bautzener Straße, Adolf Paul, Zedlitzstraße, Karl Zimmermann, Dresdener Straße, Rudolf Knorr, Pfortenplatz und bei Frau Käske am Schlossplatz Listen ausgelegt. Eine Feier zum 25. Jahrestag der ADAV-Zweigvereinsgründung in Spremberg am 24.05.1898 fand leider nicht statt. Dafür gab es am 27.05. eine Turnvorführung des Arbeitersportvereins 1895 im neu renovierten Garten des Gesellschaftshauses.

Auch Pfingsten wurde für den Wahlkampf genutzt, die sozialdemokratischen Gesang- und Arbeiterturnvereine luden zu Liederabenden, Spaziergängen und Vorführungen ein. In Volksversammlungen am 6. Juni standen sich in Spremberg die Sozialdemokraten im Bergschlößchen und die Deutsch-Sozialen (Antisemiten) im Hotel Drei Kronen gegenüber. In der einen warb Antrick für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und in der anderen hetzte der Schneidermeister Ferdinand Liebrecht gegen das „internationale Judenthum“. Einen Tag vor der Reichstagswahl kam der bekannte Sozialdemokrat Regierungsbaumeister Kessler aus Berlin noch nach Spremberg, um Wahlkampf für Otto Antrick zu machen. Fast täglich hatte das Wahlkomitee um August Krüger Anzeigen für den Zigarrenfabrikanten im Spremberger Anzeiger veröffentlichen lassen. Das Wahlbüro der Sozialdemokraten ist am 16.06.1898 bei Adolf Paul in der Zedlitzstraße eingerichtet worden, bei ihm und Paul Biber (Bautzener Straße) sowie August Krüger (Petrigasse) waren die SPD-Stimmzettel erhältlich.

Soviel Mühe musste belohnt werden, Otto Antrick siegte nicht nur in Spremberg mit 1077 Stimmen und im ganzen Kreis sowie in der Stadt Cottbus haushoch, sondern auch mit 7950 Stimmen im gesamten Wahlkreis. Der Antisemit hatte seine 548 Stimmen übrigens fast ausschließlich im Kreis Cottbus bekommen. Gegen seinen ärgsten Konkurrenten, den Konservativen von Werdeck musste Antrick nun in die Stichwahl. Das sozialdemokratische Wahlkomitee warb verstärkt auch bei den Kleinbauern, ländlichen Arbeitern, den Handwerkern und Beamten und holte sich Hilfe „von ganz oben“. Zur großen Volksversammlung am 21. Juni 1898 im Gesellschaftshaus sprach der „Arbeiterkaiser“ August Bebel persönlich. Regierungsbaumeister Kessler kam wie vor der Hauptwahl einen Tag vor der Stichwahl

noch einmal nach Spremberg, in Kobelts Saal, um seinem Freund Antrick zum Sieg zu verhelfen. Die Liberalen waren gespalten und wollten ihre Stimmen zum Teil von Werdeck und zum Teil Antrick geben. Das Wahlergebnis am 24.06. war dann eindeutig, der Sozialdemokrat bekam in Spremberg 1.347 Stimmen und siegte mit 10.760 gegen 9.520 Stimmen im Wahlkreis.

Damit war Otto Antrick der erste sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in Spremberg. Seine Wahlperiode für Cottbus-Spremberg ging bis 1903. Bekannt ist Antrick bis heute dafür, dass er am 13. Dezember 1902 im Auftrag seiner Fraktion die längste Rede, die es je im Reichstag gab, hielt. Sie dauerte 8 Stunden und verzögerte die Abstimmung zur Erhöhung der Getreidezölle, die gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet war. Seine Redezeit ist bis heute Rekord in den deutschen Parlamenten einschließlich Bundestag.

Am 23. August 1898 gab es noch ein „Nachtreten“ des konservativen Landrates Falkenthal und des Bürgermeisters Wirth gegen den Wahlsieger. Otto Antrick wurde auf ihre Veranlassung wegen Beleidigung der städtischen und kreislichen Polizei Sprembergs vor dem Landgericht Cottbus zu 300 Mark Strafe verurteilt.

Nach dem Wahlsieg der Sozialdemokraten ging das Vereinsleben der Arbeiter in Spremberg und Umgebung noch motivierter weiter. Die Turnvereine hielten ihre Stiftungsfeste am 2./3. (Eichenkranz) und 9./10. Juli (1895er) ab, der Spremberger Arbeiterverein traf sich am 4. September zur Lassalle-Feier und die Slamener Genossen am selben Tag zu ihrem vierten Jubiläum.

In einer großen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung am 22.09.1898 sprachen im Gesellschaftshaus die Funktionäre Albin Reichelt aus Burgstädt und H. Rohrlack aus Berlin zu den Arbeitern aller Branchen, wozu das Gewerkschaftskartell Spremberg eingeladen hatte. Der „Liederkranz“ erinnerte mit seiner Aufführung „12 Jahre verbannt“ und einem Konzert am 22. Oktober an den zwanzigsten Jahrestag des Sozialistengesetzes. Karten dafür wurden verkauft beim Slamener Hermann Weiler und dem Friseur Wilhelm Balding am Schlossplatz. Vier Tage später berichtete Otto Antrick den Spremberger Genossen im Kobeltschen Saal vom Parteitag in Stuttgart und der bisherige leitende Vertrauensmann (Vorsitzende) August Krüger wurde für ein weiteres Jahr wiedergewählt.

Bei der Parteikonferenz der Provinz Brandenburg für Gemeindevertreter am 27.12.1898 wurde ein wegweisendes sozialdemokratisches Kommunalwahlprogramm mit folgenden Schwerpunkten beschlossen: Wahlrecht aller ohne Einschränkungen, kostenloser Unterricht an weltlichen Schulen und höheren Bildungseinrichtungen, Schulesen und Schulärzte, Schaffung von Spielplätzen und Schwimmbädern, Vereinfachung des Steuersystems, Errichtung kommunaler Ver- und Entsorgungsbetriebe, Vergabe öffentlicher Aufträge nur an tariftreue und von Gemeindevertretern unabhängige Firmen, Achtstundentag und Interessenvertretung für die Gemeindebediensteten, Übernahme staatlicher ordnungsamtlicher Aufgaben durch die Gemeinde und kostenloses Bestattungswesen. Die Spremberger Genossen waren wahrscheinlich bei dieser Tagung in Berlin nicht dabei, da es unter

auch „Führung zum Kutscher-Verein“ zu bekommen, den es schon mehrere Jahre in der Stadt gab. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Julius Herbst, damals wohnhaft in der Heinrichstraße 2, lud am 1. Februar zu einer Versammlung des zentralen Spremberger Gewerkschaftsorgans ein. Es waren u. a. die Delegierten zur nächsten Konferenz in Berlin zu wählen. Im März 1900 wurde Herbst in den für Prüfungen zuständigen Gesellenausschuss der Handwerkskammer Frankfurt/Oder für den Kreis Cottbus berufen. Im selben Jahr haben ihn die Spremberger Konsum-Vereinsmitglieder auch in den dortigen Vorstand gewählt. Die Arbeiter-Gesang- und -Turnvereine beschäftigten sich zu Beginn des Jahres 1899 wie immer mit der Organisation von Maskenbällen. Neben den bekannten Vorverkaufsstellen war diesmal auch Hermann Freund, Slamen, und der Friseur Ziegler, Bautzener Straße, benannt worden.



*Bild 21: Konsum Verein Bautzner Straße 20*

ihnen noch keine Stadtverordneten gab. Da das Programm aber fortschrittlich und weitreichend für die nächsten Jahrzehnte war, kam es später auch in Spremberg zum Tragen.

Anfang 1899 lud in Spremberg ein Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zur Versammlung ein. Diese Gewerkschaft, die sechste in Spremberg, versuchte

Der Konsum-Verein stand im Februar vor der Eröffnung seines dritten Verkaufsgeschäftes, welches wegen der Nähe zum Arbeiterviertel „Rotes Algier“ (Stadtteil südlich der Gasanstalt: Bautzener Straße, Karlstraße, Grünstraße, Louisenstraße, Waldstraße) in der Bautzener Straße 20 platziert wurde. Im September wurde auch noch ein Zentrallager eingerichtet.



*Bild 22 Blick durch die Louisenstraße (Algier) zum Gaswerk*

Auf den Tag genau wurde am 18.03. in der Stadt der Märzrevolution gedacht, dazu sprach Hugo Keller aus Görlitz über die kapitalistische Gesellschaft und die Sozialdemokratie im Gesellschaftshaus. Auch die Maifeier wurde in diesem Jahr nur von den Sprembergern ausgerichtet: am 29. April und 1. Mai, an letzterem Tag mit Ausflug nach Kochsdorf. Scheinbar hatten sich die Spremberger und Slamener Genossen nach dem erfolgreichen Jahr 1898 wieder „zusammengerauft“ und wollten ihre Kraft nicht an parallel oder doppelt durchgeführten Veranstaltungen verschwenden, denn die Lassalle-Feier am 27.08.1899 wurde gemeinsam mit beiden Gesangs- und beiden Turnvereinen im „Bellevue“ und im Gesellschaftshaus gefeiert.

Der 24. Oktober des selben Jahres war ein weiterer Meilenstein in der Geschichte der Genossen. August Krüger lud die Arbeiter und Parteigenossen erstmals zu einer „Öffentlichen sozialdem. Partei-Versammlung“ in Spremberg ein. Vorher war der Begriff sozialdemokratische Partei für den Allgemeinen Arbeiterverein in der Öffentlichkeit noch nicht üblich gewesen. In dieser Versammlung berichtete der Parteitags-

delegierte von Hannover, Richard Wittrisch aus Forst (Redakteur der Märkischen Volksstimme), und danach wurde der Jahresbericht vom ersten Vertrauensmann gehalten. Ein reichliches Jahr später nannte sich auch der Slamener Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen erstmals Sozialdemokratischer Wahlverein.

Zur Stadtverordnetenversammlung am 16.11.1899 beriet sich der Arbeiterverein zwei Wochen vorher und stellte den Konsum-Lagerhalter August Nitsch, den Restaurateur Adolf Paul und den Vorsitzenden und Zigarrenfabrikanten August Krüger als Kandidaten für die dritte Wählerabteilung auf. Des Weiteren wurde zu einer öffentlichen Kommunalwähler-Versammlung am 09.11. in das Gesellschaftshaus eingeladen, um die Kandidaten und ihr Programm vorzustellen. Als Gastredner sprach Theodor Metzner aus Berlin. Da dieser Vortrag so gut angekommen war, wurde er am 15.11. in Kobelts Saal noch einmal wiederholt. Leider hat es auch 1899 trotz des guten Wahlkampfes nicht zur Wahl eines Sozialdemokraten in Spremberg gereicht.

Am 3. Januar 1900 zog die Volksbibliothek von der Knabenschule in die „Herberge zur

Heimat“ in der Turnstraße, welche im Vorjahr neu errichtet worden war, um. Die kostenfreie Ausleihe von Büchern und Zeitschriften erfolgte Mittwochs und Sonntags, es ist auch ein Lesezimmer eingerichtet worden. Die Bibliothek hatte nach wie vor Interesse an ausgelesenen Büchern und Illustrierten, die von einem Boten abgeholt wurden. Gegen die im Reichstag anstehende Flottenvorlage regte sich auch in Spremberg Protest, am 19.02.1900 sprach dazu der Reichstagsabgeordnete H. Förster in der Stadt.

Die Feier zur Märzrevolution am 18.03. wurde in Slamen veranstaltet und diente gleichzeitig dem Wahlkampf zur Gemeindevertreterwahl. Dazu konnte, wie schon im November in Spremberg, Theodor Metzner aus Berlin begrüßt werden. Es war dies übrigens die letzte öffentlich angekündigte Versammlung zur Ehrung der Märzgefallenen in Spremberg und Umgebung. Seit der Jahrhundertwende verlor dieser Gedenktag nicht nur hier, sondern in ganz Deutschland, an Bedeutung.

Die Maifeier wurde 1900 erstmals vom Gewerkschaftskartell unter Führung von Julius Herbst durchgeführt. Am 28.04. ist Vorgeier und am 01.05. Ausflug nach Weskow und Volksversammlung mit Karl Hübsch aus

Berlin gewesen. Die Karten für die Feier gab es bei allen Gewerkschaftskassierern und im neuen Zigarrenladen von August Krüger in der Schützenstraße 5. Zwei Lassalle-Feiern sind durch die Slamener und Heinrichsfelder Ende August 1900 durchgeführt worden.

In der öffentlichen Versammlung mit dem ehemaligen Dozenten an der Berliner Universität Genossen Dr. Leo Arons am 6. November widmete sich der Arbeiterverein Spremberg einem neuen Thema, der Volksgesundheit. Konkret ging es um das Thema Alkohol und die Arbeiterschaft. Zum Konsum ist am Ende des Jahres noch folgendes zu berichten: es gab bereits 1002 Mitglieder, viele davon aus der Arbeiterschaft, und mit Julius Herbst einen Arbeiterführer an der Spitze.

Wichtig für die gesamte SPD war 1900 vor allem die Beseitigung des Verbindungsverbots nach § 8 des Vereinsgesetzes, dass genau ein halbes Jahrhundert in Preußen galt. Diese vom Landtag aufgehobene Regelung hatte seit 11.03.1850 die Bildung von zentral organisierten, insbesondere sozialdemo-kratischen, Arbeiterorganisationen behindert und zu massenhaften Verboten dieser Vereine im Königreich geführt.

## Die SPD Spremberg von der Jahrhundertwende bis zum Beginn des 1. Weltkrieges

Seit 1900 war offiziell Schluss mit der heimlichen Verbindungsorganisation der Partei über Vertrauensleute und jeder Ortsverein und Wahlkreisverband konnte sich zur zentralen Partei, der SPD, bekennen. Insbesondere für die starken Arbeitervereine Spremberg und Slamen erleichterte sich die Parteiarbeit wesentlich. Auch außerhalb wurden diese verstärkten Aktivitäten gewürdigt. Auf der Wahlkreis-Konferenz Cottbus-Spremberg 1901 erkannte der Cottbuser Genosse Neumann in seinem Referat „Agitation und Organisation“ neidvoll an, dass es in Spremberg und Slamen große Vereine gäbe und in Cottbus nicht. Verantwortlich dafür sei die fehlende Eintracht der Cottbuser.

Die Arbeiter-Gesang- und Turnvereine von Spremberg und Slamen sowie der Arbeiter-Bildungs-Verein führten 1901 so wie im Vorjahr ihre Maskenbälle durch. Am 17. Februar wurden die Bewohner von Weskow und Slamen-Ziegelei zu einer Volksversammlung in Buders Saal gegen den Brotwucher mit dem bekannten Redakteur Wittrisch eingeladen. Zum selben Thema sprach auch der Reichstagsabgeordnete Otto Antrick bei Kobelt am 5. März. Ursache war das zu dieser Zeit im Parlament vorliegende Zolltarifgesetz zu Lasten der Verbraucher in Deutschland. In der nächsten Volksversammlung am 15.03. im Gesellschaftshaus sprach mit Hedwig Kiesel aus Berlin wieder eine Frau zum Thema Industriearbeit. Eine Märzfeier für die Revolution von 1848 gab es nicht mehr in Spremberg. Dafür waren im Frühjahr Tanzkränzchen der Turnvereine und im Sommer die Stiftungsfeste der Gesangsvereine angesagt.

Der Allgemeine Arbeiterverein befasste sich in einer dringlichen Versammlung am 28.04. mit der Absage der Stadtverordnetenversammlung Spremberg zur Petition gegen die Getreidezölle (Zolltarifgesetz). Die gutsituierte Bürgerschaft beteiligte sich nicht am Protest gegen den „Brotwucher“ und bewies wieder einmal, dass sie sich nicht für die Interessen der Mehrheit der Spremberger einsetzte.

Zum 1. Mai luden 1901 die Sozialdemokraten und das Gewerkschaftskartell der Stadt gemeinsam ein. Gefeierte wurde im Bergschlößchen und die Festrede hielt Robert

Ahrens aus Berlin. Wer konnte, nahm nachmittags am Ausflug nach Heinrichsfeld teil. Ahrens war auch zur Volksversammlung des Kartells am 20. August in Spremberg und referierte zur Bedeutung der anstehenden Gewerbe-Gerichts-Wahlen, die am 28.08. im Rathaus stattfanden. Das Gewerkschaftskartell schlug als Mitglieder für die Arbeitnehmer folgende Genossen vor: die Weber Reinhard Gutberlet, Johann Gensterblum, Bruno Hänsel, Wilhelm Schatte und August Scholtka, den Walkermeister Ferdinand Habermann und den Zimmerer Friedrich Lehmann. Die Stimmzettel für ihre Kandidaten hielten August Krüger und Julius Herbst bereit. Der Vorstand des Ortsverbandes der Gewerksvereine schickte dagegen sieben „unparteiische Kandidaten“ ins Rennen. Durchgesetzt haben sich schließlich mehrheitlich die Genossen.

Bei der Wahl des Spar- und Bauvereins Spremberg, der bis zum 1. Weltkrieg ausschließlich in „Algier“ Häuser errichtete, konnte 1901 mit Julius Herbst als Aufsichtsrat neben Eduard Geißler im Vorstand ein weiterer Sozialdemokrat in die Führungsgremien einziehen.

Am 26. August 1901 gründete sich ein neuer Sportverein, der Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“ in Slamen. Weitere Radfahrvereine der Arbeiter entstanden in den nächsten acht Jahren, z. B. der Arbeiter-Radfahrer-Verein Spremberg, der seine Versammlungen bei Karl Schüller in der Forster Straße durchführte, der Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch auf“ Heinrichsfeld, der Radfahrer-Verein „Pfeil“ Cantdorf, der Arbeiter-Radfahrer-Verein „Mobil“ Groß Buckow und der Allgemeine Radfahrer-Verein „Frei Weg“ Trattendorf.

Die Lassalle-Feier wurde 1901 das letzte Mal im großen Rahmen durchgeführt, der Arbeiterverein Spremberg lud am 31. August zum Konzert mit der Stadtkapelle und Gesangs- und Turnvorführungen in das Gesellschaftshaus ein. Ein Jahr nach der Märzfeier verschwand auch dieser Gedenktag langsam in der Versenkung, die Arbeiterschaft konzentrierte sich dafür stärker auf den 1. Mai.

Verstärkt in 1901 begannen die Gewerk-

schaften der einzelnen Berufsgruppen und das Gewerkschaftskartell für alle Arbeiter mit der Durchführung regelmäßiger Mitgliederversammlungen und öffentlicher Volksversammlungen, so dass sie sich die Organisation der Veranstaltungen mit den Arbeitervereinen aufteilen konnten.

Um die Stadtverordnetenwahl entbrannte im selben Jahr ein noch größerer Wahlkampf als 2 Jahre vorher. Es gab nur noch zwei Lager in der 3. Wählerabteilung, die Sozialdemokraten und die „nicht socialdemokratischen Wähler“. Erstere hatten in ihrer Versammlung am 9. November den Zigarrenfabrikant August Krüger und den Konsum-Vereins-Kontrolleur Julius Herbst nominiert und letztere unter Führung von Otto Meußner am 12.11. den Webereibesitzer Gustav Greischel und den Zeichenlehrer Paul Hartmann vorgeschlagen. Am Vorabend der Wahl führte der Arbeiterverein noch eine Volksversammlung mit dem beliebten Redner Theodor Metzner aus Berlin im Gesellschaftshaus durch.

Am 14. November 1901 war es dann soweit, die beiden Arbeiterführer wurden als erste Sozialdemokraten zu Stadtverordneten von Spremberg gewählt. Ihre Wahlperiode betrug die üblichen 6 Jahre, vom 01.01.1902 bis 31.12.1907. Die turnusmäßige Vorstandswahl im Spremberger Arbeiterverein wurde aufgrund des größeren Abstimmungsbedarfs zu den zukünftigen Funktionen von Ende 1901 auf den 18.01.1902 verschoben, August Krüger blieb aber weiterhin Vorsitzender der städtischen Sozialdemokraten. Am 28. Januar wurden die neuen Stadtverordneten vom Vorsteher Püschel und Bürgermeister Wirth in ihr Amt eingeführt und verpflichtet. Letzterer führte, insbesondere an die Adresse der beiden Sozialdemokraten gewandt, aus: „Die Befugnisse, die Ihnen übertragen sind, sind bedeutende; abgesehen von Personalfragen haben sie vornehmlich über Geldfragen zu entscheiden. Eins aber ist Ihnen verschlossen, das ist die Politik. Die Geschäftsordnung gibt ja auch die Mittel in die Hand, zu verhüten, dass die Versammlung, dass diese Versammlung ein Agitationsherd für Politik wird.“ Klarer konnte die Botschaft des Konservativen an die „Sozis“ nicht sein. Herbst wurde anschließend in die Einquartierungskommission und Krüger in die Gaswerkskommission gewählt, beide Plätze waren durch den Tod eines ehemaligen Stadtverordneten unbesetzt. So begann der Alltag in der Kommunalpolitik für die beiden

Neulinge.

Noch eine zweite Veränderung gab es ab Anfang 1902 in Spremberg: vermutlich durch den kommunalen Wahlsieg der Sozialdemokraten herausgefordert, vielleicht auch durch die ab diesem Jahr täglich erscheinende „Märkische Volksstimme“ verursacht, wurden die Versammlungsankündigungen und Berichterstattungen des Spremberger Anzeigers zu den Aktivitäten der Arbeiter- bzw. SPD-Ortsvereine immer weniger. Die Volksstimme, in Cottbus, Spremberg, Forst und Guben sehr stark gelesen, konnte ihre Auflage bis 1912 auf über 16.000 Exemplare vervierfachen.

Neben den bekannten Arbeitergesang- und -turnvereinen veranstalteten Anfang 1902 erstmals auch der Männergesangsverein „Einigkeit“ von Cantdorf (1897 gegründet) im Schützenhaus Parma, der Verein „Einigkeit“ aus Pulsberg im dortigen Saal des Herrn Dubrank und die Gewerkschaft der Maschinisten und Heizer im Gesellschaftshaus ihre Maskenbälle. Der Spremberger Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Verband wählte Mitte Februar seinen Delegierten für den zu Ostern stattfindenden Gewerkschaftskongress in Kassel.

Einen sensationellen Wahlsieg gab es trotz Dreiklassenwahlrecht im März 1902 bei der Gemeindewahl in Slamen, wo nicht nur die 3., sondern auch die 2. Abteilung von der SPD besetzt wurde. Der gewählte Gemeindevorsteher Schichold wurde von der Regierung aber nicht anerkannt, weil er von Beruf Zimmermann war. Dagegen legten die Slamener Genossen Protest ein, ohne Erfolg. Auch in Cantdorf und Groß Buckow sind 1902 Genossen in die Gemeindevertretung eingezogen, in Cantdorf gab es einen Sitz der 2. und zwei Sitze der 3. Klasse, in Groß Buckow drei Sitze der 3. Klasse.

Am Zusammenschluss der Kutscher und verwandter Berufsgenossen zu einer eigenen Gewerkschaft wurde in Spremberg weitergearbeitet, am 28.04.1902 gab es dazu im Lokal Zimmermann eine Volksversammlung mit Max Pause, Funktionär aus Berlin. Am 1. Mai führten das Gewerkschaftskartell und der Arbeiterverein wieder gemeinsam die Maifeier durch, nachmittags mit Ausflug nach Weskow und abends gab es einen „Grossen Commers“ im Gesellschaftshaus.

In der Generalversammlung des Konsumvereins am 29.08.1902 wurde ein Teil des Aufsichtsrates und der Vorstand neu gewählt. Als Aufsichtsratsvorsitzenden wähl-

te man den Sozialdemokraten August Scholtka neu, er löste H. Schönfelder ab. Der Vorstand, darunter Julius Herbst, wurde bestätigt.

Am 30. und 31. August feierte der Arbeiter-Bildungs-Verein sein 34. Stiftungsfest und am 6. September der Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Verband Spremberg sein achtetes. Der Sozialdemokratische Wahlverein zu Kochsdorf traf sich am 30.08.1902 bei Budich, vielleicht hat man dort auch an Lassalles Todestag einen Tag später erinnert. Erwähnenswert sind für das zu Ende gehende Jahr noch die gemeinsamen Konzerte der beiden Arbeitergesangvereine am 1. November und am 25. Dezember im Bergschlößchen. Neben vielen bekannten Namen war der Restaurateur Christian Bogott aus der Bautzener Straße einer der Vorverkäufer der Eintrittskarten.

Die beiden Arbeiterturnvereine machten auch gemeinsame Sache, ihre Vorstände trafen sich am 3. November im Gesellschaftshaus. Der Arbeiter-Turn-Verein hatte zwei Monate vorher eine 2. Turnabteilung in der Kolonie Heinrichsfeld gegründet. Damit waren ab 1902 in allen drei Hochburgen der Sozialdemokratie - in Spremberg, Slamen und Heinrichsfeld - Vereine für den Arbeitersport aktiv.

Im Dezember gab es die ersten Vorboten zur Reichstagswahl im Juni 1903, die Konservativen stellten ihren Kandidaten Geheimrat von Dirksen, Rittergutsbesitzer auf Jessen, den Sprembergern vor.

Der Jahresabschluss 1902 der Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter Sprembergs wies für das abgelaufene Jahr 4201 Mitglieder und Versicherungsleistungen in Höhe von 53.700 Mark für Schwangere, Kranke und Sterbefälle aus. Einer der prüfenden Revisoren der Kasse ist Reinhard Gutberlet vom städtischen Arbeiterverein gewesen.

In der Reihe der Veranstalter von Maskenbällen trat Anfang 1903 auch der Allgemeine Arbeiter-Verein von Heinrichsfeld und Umgebung auf. Karten dafür verkauften Gotthelf Schröter, Adolf Reimann und Paul Noack. Neue Namen für den Kartenvorverkauf tauchten auch beim Maskenball der Gesangvereine „Vorwärts“ und „Liederkranz“ auf, es waren dies die Mitglieder August Höhna aus der Bautzener Straße, Heinrich Käske aus der Waldstraße, Max Kusinke und Paul Müller aus dem Kochsdorfer Weg sowie der Zigarrenhändler Alfred Grund aus Slamen. Im März fand in Kobelts Saal eine Volksversammlung mit

Georg Schöpflin aus Leipzig statt, die trotz der Nähe zum 18.03. keinen Bezug zur Märzfeier hatte.

Nachdem am 1. April 1903 der Bismarckturm auf dem Georgenberg eröffnet worden war, ging der Wahlkampf zum Reichstag los. Geheimrat von Dirksen, der zum 01.04. vom Staatsdienst pensioniert worden war, begann damit am 25. April im Gesellschaftshaus. Die Sozialdemokraten konterten mit Otto Antrick am 6. Mai im selben Saal. Eine Woche später bot das sozialdemokratische Wahlkomitee wieder an, auf Wunsch die Wählerlisten zu kontrollieren. Interessenten konnten sich dazu in Listen eintragen, die in den Lokalen von Carl Mussdorf, Christian Bogott, Paul Biber (alle drei Bautzener Straße), Fitzke (Heinrichsfelder Weg), Moritz Rosenkranz, Wilhelm Stompler (beide Dresdener Straße) und Rudolf Knorr (Pfortenplatz), bei den Kaufleuten Hermann Raffelt (Lange Straße) und Wilhelm Mathiaschk (Schlossplatz) sowie beim Zigarrenhändler und Vorsitzenden des Komitees Zigarrenhändler August Krüger (Schützenstraße) auslagen. Einen Tag nach Himmelfahrt, am 22. Mai, sprach der Reichstagsabgeordnete Arthur Stadthagen aus Berlin im Gesellschaftshaus zur Wahl im Juni. Er ist der Abgeordnete, der 1890 den ersten Wahlkreis in Brandenburg außerhalb Berlins, im Niederbarnim, gewann und diesen bis zu seinem Tod 1917 hielt. Ob August Bebel am 4. Juni 1903 nach 1898 ein zweites Mal zu einer Reichstagswahl im Spremberger Gesellschaftshaus auftrat, ist nicht nachgewiesen, obwohl es Hinweise dafür gibt. Die Wahlkampfteiligung des Arbeiter-Vereins Pumpe dagegen ist sicher, denn er beteiligte sich mit einer Versammlung am 6. Juni daran. Die letzte Volksversammlung der Spremberger Genossen fand einen Tag vor der Wahl statt, der bewährte Forster Redakteur der Märkischen Volksstimme Richard Wittrisch referierte im Gesellschaftshaus.

Das Wahlbüro der Sozialdemokraten war am Tag der Wahl, dem 16.06.1903, in August Krügers Zigarren-Laden in der Schützenstraße 5, gesucht wurden am 12.06. noch Parteigenossen mit Fahrrädern zum Einholen der Wahlergebnisse. Obwohl Antrick in den Städten Spremberg mit 1318 und Cottbus mit 4492 Stimmen weit vorn lag, hatte er vor allem wegen des „platten Landes“ um Cottbus herum etwas weniger Stimmen im gesamten Wahlkreis als von Dirksen. Beide mussten in die Stichwahl. Am

22. und 24. Juni waren noch einmal Volksversammlungen der Sozialdemokraten in Spremberg, es sprachen erstens der Reichstagsabgeordnete Max Schippel und zweitens der Reichstagsabgeordnete Dr. Gradnauer.

Erschwerend kam bei der Stichwahl diesmal hinzu, dass sich die Genossen einer Einheitsfront aus Konservativen und Liberalen gegenüberstehen. Auch in Spremberg verbrüdereten sich, anders als noch 1898, die Liberalen mit den Konservativen und der Spremberger Anzeiger von Saebisch sowie die „Ober-Liberalen“ Otto Meußner, Benno Schittke und Richard Püschel machten für dieses Bündnis mobil. Auch die Handwerker und Krieger-Vereine setzten sich für den Rittergutsbesitzer ein. Gegen diese Übermacht war am Wahltag, dem 25.06.1903, kein Kraut gewachsen. Die Wahlbeteiligung war mit 95 % in Spremberg so hoch wie noch nie. In der Stadt gewann der Sozialdemokrat mit 1436 Stimmen, genauso wie in Cottbus, wo er 4725 Stimmen erhielt. Im gesamten Wahlkreis bekam er bei 90 % Wahlbeteiligung 10.691 gegen 13.602 Stimmen, die Geheimrat von Dirksen holen konnte. Damit war letzterer gewählt.

Erfolgreicher waren die Vorstandswahlen im Konsum, denn Julius Herbst wurde im Sommer 1903 Geschäftsführer. Damit war das Jahr der Wahlen aber noch nicht zu Ende, denn im November wurden die preußischen Landtagsabgeordneten und die Spremberger Stadtverordneten gewählt. Am 12.11.1903 beteiligte sich der Arbeiterverein der Stadt erstmals an der Wahl der Wahlmänner zum Abgeordnetenhaus. Viel Chancen hatte man nicht, da das Dreiklassenwahlrecht in Preußen bisher alle Sozialdemokraten vom Landtag ferngehalten hatte, obwohl mittlerweile fast ein Viertel der Stimmen in Preußen für die SPD abgegeben wurden. Am Vortag der Wahl der Wahlmänner veröffentlichte der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Cottbus-Spremberg-Peitz, Ortsverein Spremberg, seine Kandidaten für die 3. Klasse in den acht Urwählerbezirken der Stadt. Von den Genossen traten im 1. Bezirk an: Weber Reinhard Gutberlet (Forster Straße 19) und Maurer Karl Lenger (Jägerstraße 12); im 2. Bezirk: Konsum-Lagerhalter Richard Heinze (Mühlenstraße 20) und Maurer Hermann Kerkow (Johannissgasse 2); im 3. Bezirk: Schneidermeister Wilhelm Fanko (Badergasse 3); im 4. Bezirk: Weber Max Kusinke (Kochsdorfer Weg 4) und Handelsmann

Gotthelf Schröter (bei Heinrichsfeld); im 5. Bezirk: Zigarrenfabrikant August Krüger (Schützenstraße 5) und Weber Julius Knobloch (Schützenstraße 7); im 6. Bezirk: Zigarrenmacher Richard Schiemenz (Petrigasse 6) und Weber Wilhelm Schatte (Petrigasse 3); im 7. Bezirk: Konsum-Lagerhalter August Nitsch (Bautzener Straße 19) und Weber Herrmann Krönert (Bautzener Straße 71); im 8. Bezirk: Weber Hermann Krönert jun. (Louisenstraße 9), Konsum-Geschäftsführer Julius Herbst (Louisenstraße 31) und Zigarrenmacher Willy Marks (Louisenstraße 28). Am 12. November hatten die Spremberger Genossen erstmals Erfolg bei den Wahlen der Wahlmänner, im 4. bis 7. Wahlbezirk wurde die 3. Klasse mit je zwei Wahlmännern und im Bezirk 8 (Algier) sogar alle 3 Klassen mit je einem Wahlmann gewonnen, so dass von den insgesamt 43 Spremberger Wahlmännern 27 konservativ, 5 liberal und 11 sozialdemokratisch waren. Auf dem „platten Land“ des Kreises Spremberg gab es 57 konservative und 10 sozialdemokratische Wahlmänner. Damit war die Wahl der Abgeordneten am 20. November für die Konservativen entschieden. Die früher in Spremberg so starken Liberalen hatten sich wahrscheinlich mit ihrer Bündnisentscheidung zur letzten Reichstagswahl einen Bärendienst erwiesen. Am Tag der Wahlmännerwahl traf sich der Sozialdemokratische Ortsverein Spremberg auch zur Aufstellung der Kandidaten für die dritte Abteilung zur Stadtverordnetenwahl. Es wurden Hermann Krönert jun., August Nitsch und Wilhelm Fanko nominiert. Schlimmer noch als bei der Reichstagswahl wurde gegen die SPD mobil gemacht, mit Erfolg. Die Bürgerlichen besetzten am 16.11.1903 alle drei Plätze in der dritten Steuerklasse. August Krüger und Julius Herbst blieben weiterhin die beiden einzigen Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung.

Seit dem Jahr der vielen Wahlen 1903 nannte sich der Allgemeine Arbeiter-Verein für Spremberg und Umgebung „Sozialdemokratischer Ortsverein Spremberg“ bzw. SPD Spremberg. Er war Bestandteil des Wahlkreisvereins Cottbus-Spremberg, einer frühen Form des SPD-Unterbezirkes, der parteiorganisatorisch für das Territorium des Reichstagswahlkreises zuständig war. Der Vorsitzende des Wahlkreisvereins und später des Unterbezirkes war seit seiner Gründung 1903 bis 1928 der Cottbuser Wilhelm Schadow.



Der Rest des Jahres 1903 und das darauf folgende Jahr waren politisch ruhige Zeiten mit reger Vereinsarbeit. Vom 28. bis 31. Dezember 1904 wurde in Berlin der allererste SPD-Parteitag Preußens abgehalten, zu dem auch die Spremberger und Slamener Genossen fuhren. Nach Eröffnung von Fritz Zubeil sprach der Parteivorsitzende Singer. Auf dem Parteitag ging es vor allem um organisatorische Weichenstellungen für Preußen, so unter anderem um die zukünftigen Provinzorganisationen und Parteibezirke. Dabei dürfte Otto Wels genau zugehört haben, der ab 15. Juli 1907 erster Parteisekretär der Provinz Brandenburg wurde. Davor hatte sich am 2. September 1906 der Verband der Wahlvereine der Provinz Brandenburg noch ausschließlich auf ehrenamtlicher Grundlage gebildet. Unterstützt wurde letzterer genauso wie später Otto Wels von der weiterhin bestehenden achtköpfigen Agitationskommission für Brandenburg.

Zurück nach Spremberg, dort wurde am 3. Januar 1905 die Eröffnung der Mädchenschule gefeiert. Insbesondere für die Sozialdemokraten, die frischgebackenen Stadtverordneten Krüger und Herbst hatten am 28.01.1902 schon dem Ausführungsbeschluss zustimmen dürfen, war das ein städtischer Meilenstein auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Mädchen und Frauen im täglichen Leben.

Im Juli 1905 war es für die Slamener Arbeiter soweit, sie bekamen ihre eigene Konsum-Verkaufsstelle im Schulbezirk 5. Der Konsum Spremberg wurde damit erstmals außerhalb der Stadtgrenzen tätig. Sicher lag diese Entwicklung auch daran, dass der Geschäftsführer und Gewerkschafter Julius Herbst die Spremberger und Slamener Arbeiterschaft trotz der Gemeindegrenzen als gleichberechtigte Verbraucher ansah und der Aufsichtsratsvorsitzende August Scholtka in Slamen wohnte. Mit Wilhelm Schatte als Kassierer waren die Sozialdemokraten ab dem laufenden Jahr schon zu zweit im Vorstand des Konsum vertreten.

Für 1905 ist ebenfalls erwähnenswert, dass die beiden Slamener Arbeitergesangsvereine fusionierten, von dem einen übernahm man den Namen „Liederkranz“ und vom anderen das Stiftungsjahr 1879, so dass der „neue Liederkranz“ 1906 schon 27 Jahre alt wurde. Der SPD-Parteitag in Jena im September 1905 legte mit dem beschlossenen Organisationsstatut die Grundlage dafür, dass die Organisation der Partei im Deutschen Reich vereinheitlicht wurde. Das Vertrauensmännersystem, das eigentlich seit der Vereinsgesetzänderung 1900 überflüssig geworden war, wurde endgültig abgeschafft und die noch heute gültige Struktur mit Ortsvereinen, Wahlkreisvereinen (Unterbezirken), Bezirken und Landesverbänden mit ihren jeweiligen Vorsitzenden für alle Mitglieder festgelegt. In Spremberg und im



Bild 23: Mädchenschule Spremberg (Postkarte)

Wahlkreis Cottbus-Spremberg funktionierte diese Organisation schon seit 1903 hervorragend.

Bürgermeister Wirth wurde im Oktober 1905 ohne Gegenkandidat von den Stadtverordneten erneut auf 12 Jahre gewählt, allerdings nur knapp mit einer Stimme Mehrheit. Neben den beiden Sozialdemokraten nahmen ihm auch etliche Liberale sein öffentliches Engagement für die Konservativen übel. Kurz vor der drei Wochen später stattfindenden Stadtverordnetenwahl gründete sich in Spremberg am 10.11. eine Nationale Vereinigung. Sie verstand sich als örtlicher Verband der Antisemiten und bediente das rechte und judenfeindliche Klientel der Stadt. An der Wahl am 13. November 1905 nahm diese Vereinigung noch nicht teil.

Die SPD Spremberg ging mit 3 Kandidaten ins Rennen: Tuchmacher Wilhelm Schatte, Maurer Hermann Kerkow und Schneidermeister Fanko. Schatte schaffte es, in die Stichwahl gegen den bisherigen Stadtverordneten und Fabrikanten Adolf Nippraschk zu kommen. Dort verlor er allerdings am 4. Dezember gegen letzteren. Die Einheitsfront der Bürgerlichen hatte zwar gewackelt, aber sie hielt.

Der am 02.12.1905 nach Spremberg einberufene Kreistag wählte die bisherigen Provinziallandtagsabgeordneten Landrat Dr. Erwin Wilkins und Bürgermeister Felix Wirth auch für die nächste Wahlperiode von 1906 bis 1911. Eine echte Wahl der Landtagsabgeordneten der Provinz Brandenburg durch das Volk gab es erst in der Weimarer Republik.

Gegen das ungerechte preußische Wahlrecht hatte die SPD in Deutschland Anfang 1906 mehrere Protestversammlungen durchgeführt. Im Spremberger Gesellschaftshaus, bei Fischer in Slamen, Witwe Kubo in Pumpe, Kanter in Cantdorf, Raffe in Weskow, Noack in Heinrichsfeld und bei Nakonz in Trattendorf wurden am 21. Januar zeitgleich um 17:00 Uhr öffentliche Volksversammlungen zur politischen Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse in Preußen (Dreiklassenwahlrecht) durchgeführt, auf denen im Anschluss auch noch zur Revolution in Russland informiert wurde.

Für die Vereins-Festivitäten des laufenden und folgender Jahre gab es in Slamen neben August Scholtka und dem Konsumladen mehrere neue Kartenvorverkäufer: Max Starus (Zigarrenladen), Paul Fehmann und Friedrich Lehmann. Neue Vorverkäufer in der

Stadt waren Hermann Klose, die Friseur Klaua (beide Friedrichstraße) und Gustav Handrick, die Verkäufer Hermann Schönwälder und H. Schöder, Albert Krüger (alle vier Bautzener Straße) sowie Karl Raffelt in der Louisenstraße und Friseur Otto Rother in der Dresdener Straße 49.

Bei der Gewerkschaft, die örtlich genauso wie die SPD organisiert war, wurde vom Arbeiter-Sekretariat Cottbus-Spremberg für 1906 der erste Jahresbericht gefertigt. Das Gewerkschaftskartell Spremberg hatte demnach 13 Gewerkschaften mit 1546 Mitgliedern aufzuweisen. Nur die Buchdrucker (u. a. bei Saebisch beschäftigt, der den Spremberger Anzeiger herstellte) waren nicht organisiert. Sechs der Spremberger Gewerkschaften hatten sich im Berichtszeitraum Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen erkämpft, nur bei den Tabakfabrikanten Nothnick und Großmann musste mit Streik „nachgeholfen“ werden. Einige Textilfabrikanten hatten im Mai 1906 versucht, die Forderungen ihrer Arbeiter zu umgehen, indem sie böhmische Stuhlarbeiter heranschaffen ließen. Als diese das Spiel der Spremberger Fabrikbesitzer mitbekamen, fuhren sie aus Solidarität wieder ab. Einer der Tuchmacher, der damals die Lohnbewegung als Vorstandsmitglied und Agitationsleiter des Textilarbeiterverbandes Spremberg leitete, war der Slamener Adolf Kieslich. Er ging ab Oktober 1906 als Geschäftsführer des selben Verbandes nach Lörrach in Baden und wurde dort später unter anderem Stadtverordneter und Reichstagsabgeordneter der SPD. Bereits ohne ihn fand am 8. November des gleichen Jahres eine große öffentliche Volksversammlung der Textilarbeiter mit Auguste Kadeit aus Berlin zum Thema „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen im 20. Jahrhundert“ im Gesellschaftshaus statt.

Bei den als „Hottentotten-Wahlen“ bezeichneten Reichstagswahlen Anfang 1907 beteiligte sich die bereits erstarkte „Nationale Vereinigung“ Sprembergs, die die SPD mit Flugblättern im Spremberger Anzeiger als vaterlandsverräterisch und volksfeindlich diffamierte. Ihr eigener Kandidat Neumann aus Cottbus hatte in Spremberg aber trotzdem keinen Erfolg.

Die SPD veranstaltete drei große Volksversammlungen, am 22.01. in Slamen und am 24.01. im Gesellschaftshaus und in Kobelts Konzerthaus. Die Reichstagswahl am 25. Januar ging ähnlich aus wie die von 1903,

der bisherige Reichstagsabgeordnete von Dirksen auf Jessen musste mit 11.333 zu 9.082 Stimmen in die Stichwahl gegen den Sozialdemokraten, den praktischen Arzt Dr. med. Alfred Bernstein aus Berlin. Vor der Stichwahl am 5. Februar vereinigten sich alle gegen den Kandidaten der SPD, neben den Liberalen aller Schattierungen, den Konservativen, den Kriegervereinen, den Nationalen waren es diesmal auch die Katholiken, die sich gegen Dr. Bernstein und für „Grützwurst“-Dirksen stark machten. Diesen Spitznamen hatte Herr von Dirksen übrigens schon 1903 erhalten, wo er begann,

Wahlkreisen in Ostpreußen). Zum Vergleich: nach heutigem Bundestagswahlrecht hätte die SPD im damaligen Reichstag 117 Mandate von insgesamt 397 Sitzen bekommen.

Auch bei der Stadtverordnetenwahl in Spremberg am 11.11. bzw. 02.12.1907 lief es nicht gut für die Sozialdemokraten. Nach 6 Jahren Legislaturperiode hatten August Krüger und Julius Herbst ihre Sitze in der 3. Abteilung zu verteidigen. Als dritter Kandidat für die SPD wurde der Tischlergeselle Gustav Glietsch aufgestellt, da ein Ersatzstadtvorordneter für den verstorbenen H. Böttcher (liberal, 3. Abt.) nachzuwählen war.



*Bild 24: Blick in die Dresdener Straße mit Stadtbahngleisen*

Wahlwerbung mit Freibier und Grützwurst zu machen. Bernstein gewann am 05.02.1907 nur in und um Spremberg, z. B. in Slamen, Heinrichsfeld, Cantdorf, Kochsdorf und Pulsberg, verlor aber im gesamten Wahlkreis deutlich mit 9.690 zu 15.500 Stimmen gegen den Jessener Rittergutsbesitzer.

Dieses schlechte Ergebnis der SPD war im ganzen Deutschen Reich feststellbar. Trotzdem die Zahl der SPD-Wähler gegen 1903 gestiegen war, sank die Anzahl der Reichstagsmandate von 81 auf 43. Schuld daran war das damalige Mehrheitswahlrecht und die veraltete Einteilung der Wahlkreise (so wohnten in sozialdemokratischen Wahlkreisen in und um Berlin bis zu zehnmal soviel Wähler wie z. B. in konservativen

Bei der Hauptwahl bekam niemand die absolute Mehrheit, so musste die Stichwahl entscheiden. Die Bürgerlichen einigten sich auf 3 Kandidaten und mobilisierten ihre Wähler, so dass es knapp zu ihren Gunsten ausging. Die Stadtverordnetenversammlung Spremberg war ab 01.01.1908 wieder zur „SPD-freien Zone“ geworden.

Am 16. Januar lud die SPD die Tabakarbeiter Sprembergs zur Volksversammlung gegen eine neue Zigarrenbänderolensteuer ein, es referierte der Reichs- und Landtagsabgeordnete Hildenbrand aus Stuttgart.

Zur Konzentration der Bevölkerung und damit auch der Industriearbeiter gab eine Statistik im März 1908 eine bezeichnende Übersicht: der kleinste Kreis Spremberg hatte

im Regierungsbezirk die größte Bevölkerungsdichte, nämlich 1029 Bewohner auf einen Quadratkilometer. In Lübben waren es z. B. zur selben Zeit nur durchschnittlich 33, im Regierungsbezirk Frankfurt/Oder 63 und in Preußen 107 Bewohner auf der selben Fläche. Im Jahresbericht der Handelskammer zu Cottbus von 1909 wurden über 5000 Beschäftigte aus der Stadt und Umgebung in den großen Spremberger Fabriken aufgeführt. Handwebstühle gab es keine mehr und der Brennstoff für die Dampfmaschinen wurde über die Kohlebahnen und die Stadtbahn hertransportiert.

Nachdem Felix Wirth im November des Vorjahres plötzlich verstorben war, wurde Friedrich Nath am 2. März 1908 von den Stadtverordneten zum neuen Bürgermeister gewählt und am 10. Juli vom Landrat in sein Amt eingeführt.

Die Landtagswahl im Juni, bei der 44 Wahlmänner in Spremberg bestimmt werden mussten, hatte deshalb der Beigeordnete Saebisch zu leiten. Die SPD Spremberg kam diesmal schon auf 15 Vertreter, davon sieben aus „Algier“. Slamen hatte alle acht Wahlmänner von der 1. bis zur 3. Klasse rot gewählt. Die SPD erzielte mit 107 von 798 Wahlmännern im gesamten Wahlkreis Cottbus-Calau-Spremberg einen Achtungserfolg. Landtagsabgeordnete blieben aber die beiden Konservativen, da auch die Liberalen in den ländlichen Bereichen der Kreise zu schwach waren. Preußenweit schaffte es die Sozialdemokratie erstmals in das Abgeordnetenhaus einzuziehen, mit 6 von 443 Abgeordneten.

Am 15. Mai 1908 trat ein einheitliches Reichsvereinsgesetz in Deutschland in Kraft und das alte preußische Vereinsrecht von 1850, geändert 1900, entfiel ersatzlos. Die Mitglieder von Vereinen waren ab sofort nicht mehr polizeilich zu melden und Frauen konnten in politischen Vereinen mitarbeiten. Das führte aber selbst in der SPD zu gewissen Schwierigkeiten, wie das Beispiel aus 1908 für Slamen zeigt: als der Frauenverein im Ort mit 70 Mitgliedern zur SPD übertreten wollte, wurde das von „alten Genossen“ verhindert. Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg empfahl daraufhin, wenigstens eine Frau in den Slamener Vorstand zu wählen, um dadurch „mehr Fühlung mit den Frauen zu bekommen“. Im ganzen Land Preußen kamen im Jahr der Gesetzesänderung 12.000 Frauen als Mitglieder zur SPD.

Am 14. und 15. Februar 1909 fand die dritte SPD-Gemeindevertreter-Konferenz der Provinz Brandenburg statt. Der anwesende Genosse Schichold aus Slamen beschwerte sich dort über die ungenaue Rechnungslegung und Arbeit des Amtsvorstehers, der vom Regierungspräsidenten eingesetzt worden war. Helfen konnte ihm aber keiner. Die Gemeindevertretung Slamen war seit 1902 mehrheitlich sozialdemokratisch, durfte aber keinen Vorsteher aus den eigenen Reihen wählen. Der Ort war seit langem eine SPD-Hochburg, von 2100 Einwohnern waren 170 in der Partei.

Spätestens seit 1908 gab es auch eine Freie Turnerschaft Cantdorf als vierten Arbeiterturnverein in der hiesigen Umgebung, denn zu Beginn des Jahres 1909 wurde von ihr ein Maskenball im Saal des Herrn Kanter durchgeführt. Im gleichen Lokal wurde auch die gemeinsame Maifeier mit Groß Buckow einschließlich Vortrag zur Bedeutung des 1. Mai abgehalten. In Spremberg gab es auch eine Maifeier, die war aber nicht im örtlichen Tagesblatt angezeigt worden, sondern in der Märkischen Volksstimme.

Der Konsum bezog am 1. Juli des selben Jahres sein neues zentrales Gebäude mit Laden, Büros und Wohnungen in der Bautzener Straße 18 sowie das angrenzende Zentrale Lagerhaus mit Dampfbackerei. Aus dem gleich nebenan liegenden Objekt des Verkaufslagers 3 konnte man sich damit zurückziehen. Bis 1917 hatte der Konsumverein neben seiner Hauptgeschäftsstelle drei weitere Immobilien erwerben können, eine in Slamen, eine in der Bautzener und eine in der Langen Straße, so dass die eigene Handelsstruktur und das Anlagenvermögen weiter gestärkt wurde.

Am 19.11.1909 waren wieder acht Stadtverordnete für die nächsten 6 Jahre zu wählen. In der 3. Abteilung waren diesmal drei Sitze neu zu besetzen. Die bürgerlichen Parteien und Vereinigungen einschließlich der Nationalen Vereinigung und der Beamtenschaft schlossen sich wieder zusammen, aber die SPD konnte diesmal ihre eigenen Wähler besser motivieren. Von 1370 Wahlberechtigten der 3. Abteilung hatten 718 ihre Stimme abgegeben und im ersten Anlauf mit absoluter Mehrheit den Konsum-Geschäftsführer Herbst, den Zigarrenmacher Krüger und den Geschäftsführer der Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter Spremberg Gutberlet gewählt. Am 20. Januar 1910 wurden die acht neuen und wiedergewählten Stadtverordneten von Bürger-

meister Nath willkommen heißen. Er begrüßte alle als gleichberechtigte Mitstreiter und Männer des praktischen Lebens. Bei der Wahl zu den Deputationen kam Julius Herbst in die Markt-, Reinhard Gutberlet in die Begräbnis- und August Krüger in die Eichungskommission.

Am 27.01. warb der Konsum Spremberg für seine 4 Verkaufsstellen Burgstraße 19, Friedrichstraße 35, Bautzener Straße 18 und Muskauer Straße 3 in Slamen. Man verwies auf den Umsatz von 330.000 Mark im letzten Geschäftsjahr, die 37.000 Mark Rückerstattung an die 1066 Mitglieder und warb für das in der eigenen Bäckerei gebackene Roggenbrot aus gutem Mehl und zu realen Preisen. Seit der Neuwahl der Gremien in der Generalversammlung im Herbst 1910 war der Vorstand des Konsum komplett mit Sozialdemokraten besetzt, neben dem Geschäftsführer Herbst wurde als Kassierer Alexander Hoffmann (ab 1913 Richard Freund) und als Kontrolleur Max Gumprich gewählt.

Am 16. September 1910 war wieder Gewerbeberichtswahl, es waren je sieben Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer zu wählen. Das Gericht hatte insgesamt 28 Beisitzer, die alle 3 Jahre je zur Hälfte neu gewählt wurden. Von den freien Gewerkschaften sind folgende Kollegen vorgeschlagen worden: Tischler Richard Freund und Franz Moysaß, Zigarrenmacher August Wende und Konrad Gnettner, Maurer Otto Rätz und Karl Lenger und Tuchweber Karl Raffelt.

Meilensteine für Spremberg waren 1910 die Eröffnung des Kinderheims in der Lustgartenstraße am 18. September (Ersatz für die Turnstraße 1) und der Festakt zur Einweihung für das Gymnasium in der Mittelstraße am 30. September (Ersatz für die Bergstraße 1). Mit dem Umzug der Kleinkinderschule konnte die Volksbibliothek mit ihren 800 Büchern aus der „Herberge zur Heimat“ in die gegenüberliegende Turnstraße 1 ziehen. Die Bibliothek des Ortsverbandes der Gewerksvereine (Volksbildungsverein) hatte ihre Bücherausgabe ganz in der Nähe, in der Loge (ehemaliges Schützenhaus).

Am 28.09.1910 lud die Textilarbeiter-Gewerkschaft wegen der geplanten großflächigen Aussperrungen in der Niederlausitzer Tuchindustrie zu einer großen öffentlichen Versammlung in Kobelts Konzerthaus ein. Zum 5. Oktober hatten die Arbeitgeber den über 25.000 Textilarbeitern

von Cottbus, Forst, Spremberg, Guben, Finsterwalde, Luckenwalde und Sommerfeld gekündigt, weil die Forster Tuchmacher ihren Streik nicht beenden wollten. Auch die Maschinisten und Heizer wären von der Aussperrung betroffen gewesen und trafen sich zu einer Versammlung mit dem Gewerkschafter Heinrich Bürger aus Breslau im Lokal Stompler. Kurz vor Ultimo, am 4. Oktober, gaben die Fabrikbesitzer nach und zogen alle Kündigungen zurück, so dass es nicht zum großen Arbeitskampf in der Niederlausitz kam.

1911 gab es wie die drei vorangegangenen Jahre verstärkte Proteste gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht, auch in Spremberg. Bis 1918 änderte sich aber nichts, so dass die Stadtverordnetenwahlen im November 1911 nach altem Muster verliefen. Am 17. November waren in Spremberg drei Sitze der 3. Abteilung, zwei der 2. und drei der 1. zu wählen. Um die Sitze der dritten Abteilung gab es wieder einen Wahlkampf aller gegen die SPD, die diesmal mit dem Weber und Hausbesitzer August Höhna, dem Maurer Karl Lenger und dem Handelsmann und Hausbesitzer Gotthelf Schröter antrat. In einer öffentlichen Kommunalwählerversammlung am Tag vor der Wahl im Gesellschaftshaus berichteten die sozialdemokratischen Stadtverordneten Herbst, Krüger und Gutberlet von ihrer bisherigen Arbeit und die neuen Kandidaten stellten sich vor. Die Versammlung hatte Paul Krause, Bautzener Straße 18, namens des Vorstandes der SPD Spremberg einberufen.

Am 17.11.1911 gaben 770 von 1450 stimmberechtigten Wählern der 3. Abteilung ihre Stimme ab und die drei Sozialdemokraten gewannen diesmal deutlich gegen ihre Konkurrenten. Damit gab es ab 01.01.1912 sechs Genossen in der Stadtverordnetenversammlung und 18 Bürgerliche. Die Einführung der neuen und wiedergewählten Stadtverordneten erfolgte in der Sitzung am 9. Januar. Von den freigewordenen Plätzen in den Deputationen erhielt Reinhard Gutberlet den in der Gesundheitskommission, August Höhna ging in die Markt- und Julius Herbst in die Wasserkommission.

Nach der Wahl war vor der Wahl und so stimmten sich die Parteien in Spremberg schon ab 11. Dezember 1911 auf die anstehende Reichstagswahl ein, die einen Monat später stattfand. Für die SPD in Cottbus und Spremberg trat der Berliner Arbeitersekretär und Vorsitzende des Verban-

des der Büroangestellten Carl Giebel an. Er selbst kam am Vortag der Wahl in das Konzerthaus Kobelt und sprach zum bezeichnenden Thema: „Jetzt geht es aufs Ganze“.

Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 92 % in Spremberg gewann Giebel am 12.01.1912 mit 1.384 Stimmen in der Stadt ebenso deutlich wie im Kreis Spremberg und in der Stadt Cottbus. Im Wahlkreis hatte er mit 11.181 zu 8.539 Stimmen gegen den Konservativen Parthey die Nase vorn. Genau 10 Tage später mussten beide in die Entscheidungswahl. Für diese Stichwahl hatte die SPD reichsweit ein Geheimabkommen mit der 1910 gegründeten Fortschrittspartei geschlossen, dass „gedämpften Wahlkampf“ gegeneinander und Unterstützung bei den Stich-



*Bild 25: Reichstagsabgeordneter Carl Giebel*

wahlen untereinander vereinbarte. Die Rechnung ging anderswo und auch im Wahlkreis Cottbus-Spremberg auf. Bei wieder hoher Wahlbeteiligung siegte der Sozialdemokrat am 22. Januar mit 14.570 zu 12.602 Stimmen. In Spremberg kam Giebel mit 1690 Stimmen auf 73 % aller abgegebenen Stimmen, in Slamen mit 387 Stimmen auf 87 % und der restliche Kreis Spremberg votierte ebenfalls überzeugend für ihn.

In Sorau-Forst und Calau-Luckau wurde auch sozialdemokratisch gewählt, in letzterem Wahlkreis war es kein geringerer als der Sekretär des Parteibezirkes Brandenburg und

spätere Parteiführer Otto Wels. Die Reichstagswahl 1912 war die erfolgreichste Wahl für die SPD im Kaiserreich, sie zog mit 34,8 % aller abgegebenen Stimmen und 110 Mitgliedern als größte Fraktion in das Parlament. Nach heutigem Wahlrecht wären es sogar 138 Fraktionsmitglieder gewesen.

In Spremberg brach nach der Wahl wieder die Zeit der Maskenbälle an, an der sich alle Arbeiter-Gesang-, -Turn- und -Radfahrer-Vereine sowie einige Gewerkschaften beteiligten. Der Konsum verbesserte die Arbeitsbedingungen mit seinem Generalversammlungs-Beschluss vom 23.04., dass die eigenen Geschäfte ab 1. Mai 1912 für die Mittagspause von 13:30 bis 15:00 Uhr schlossen. Die Abteilung II Heinrichsfeld des Arbeiter-Turn-Vereins feierte am 5. Mai bereits ihr 10. Stiftungsfest in Buders Lokal und der gesamte Arbeiter-Turn-Verein Spremberg weihte seinen Turnplatz am Heinrichsfelder Weg mit einer dreitägigen Feier vom 15. bis 17. Juni ein. Auch eine Abstinenzlerorganisation wirkte seit einem Jahr in der Stadt, um dem Alkoholmissbrauch, von dem vor allem Arbeiter und Handwerker betroffen waren, zu begegnen. Am 15.06.1912 lud die Loge „Reichsmitte“ 1434 der Guttempler zu ihrem 1. Stiftungsfest in das Hotel Drei Kronen, natürlich ohne alkoholische Getränke, ein.

Neben den innenpolitischen Themen wie Dreiklassenwahlrecht in Preußen und die Fleischverteuerung behandelte die SPD Spremberg auf ihren Veranstaltungen in 1912 auch zunehmend außenpolitische Themen. Insbesondere die Marokko-Krise 1911 und der Balkankrieg 1912/13 ließen in Europa eine neue Kriegsgefahr erahnen. Zwar war die SPD Spremberg in ihrem aus dem ADAV wurzelnden Ursprung eher national und preußisch eingestellt, aber alles andere als einen Verteidigungskrieg lehnten die Sozialdemokraten in ganz Deutschland ab. Beim 4. Parteitag der SPD Preußens Anfang 1913 in Berlin wurde diese grundsätzliche sozialdemokratische Haltung nochmals bekräftigt.

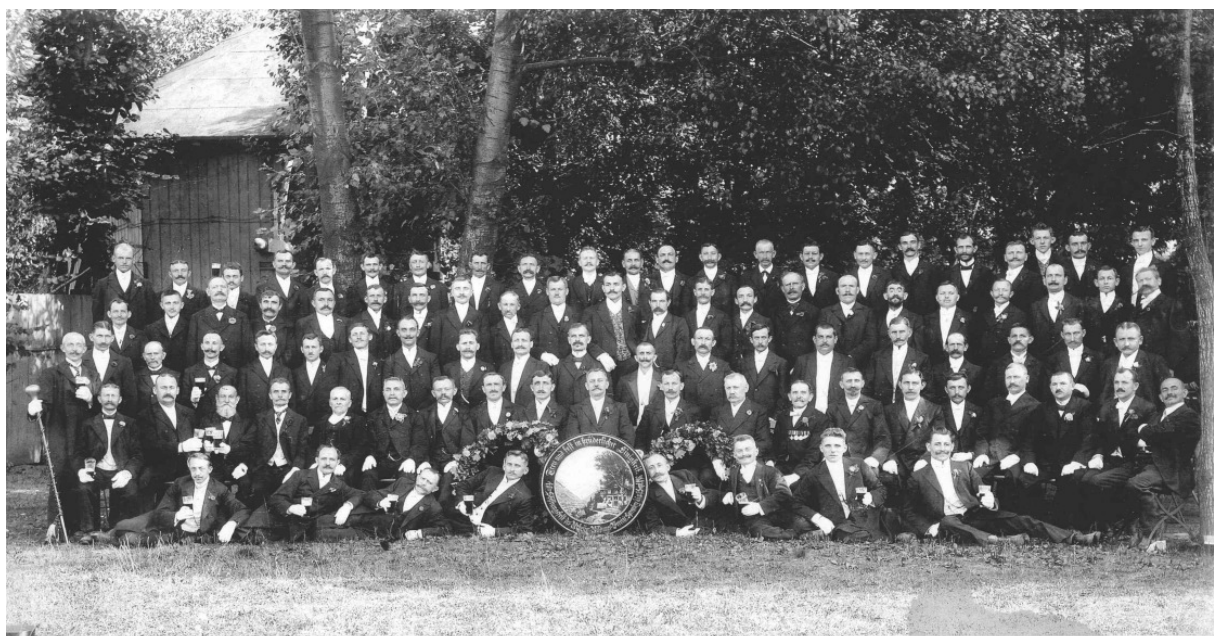
Ein weiteres Thema war die bevorstehende Landtagswahl im Frühjahr, bei der die SPD trotz ungerechten Wahlsystems ihre bisherige Abgeordnetenzahl von 6 erhöhen wollte. Bei 11.706 Einwohnern waren in 9 Wahlbezirken Sprembergs am 16.05.1913 insgesamt 46 Wahlmänner zu wählen. Die Urwähler der Stadt entschieden sich erstmals für eine Mehrheit der sozialdemokratischen Wahlmänner, es waren 20 an der

Zahl (bei 13 Liberalen und 12 Konservativen). Im Kreis kamen noch 24 dazu, so dass Spremberg in Summe mehr SPD-Wahlmänner hatte als die Stadt und der Kreis Cottbus zusammen. Im gesamten Wahlkreis gewannen die Konservativen trotzdem haushoch.

Einer der Spremberger Wahlmänner der SPD war übrigens der 26 Jahre alte Otto Frömter, seit 1903 Gewerkschafter und 1907 Parteimitglied sowie seit einem Jahr Mitglied und Lagerhalter im Konsum. Die SPD erhielt preußenweit bei dieser Wahl trotz 28 % der Urwählerstimmen nur 10 Sitze im Landtag; zum Vergleich: die Konservativen bekamen mit 15 % 148 und das Zentrum mit 17 % 102 Abgeordnete. Ungerechter konnte ein Wahlsystem nicht sein als das preußische Dreiklassenwahlrecht.

Ein schwerer Schlag für die deutsche Sozialdemokratie war der 13. August 1913, als August Bebel starb. Mit ihm starb nach Paul Singer 1911 der Letzte der Gründergeneration der SPD. In den beiden Spremberger „Kinos“, Welt-Kino-Theater in der Gartenstraße 3 und Lichtspiele Bürgerhaus in der Friedrichstraße, zeigte man deshalb ab dem 19.08. die Trauerfeierlichkeiten zu August Bebels Tod am 17. des Monats in Zürich.

Der Arbeiterbildungsverein Spremberg, der am 6. und 7. September 1913 sein 45. Stiftungsfest feierte, war der älteste sich zur Arbeiterschaft bekennende Verein der Stadt. Er hatte vor allem Vergnügungscharakter, zwei Drittel der Einnahmen wurden dafür verwendet, und überwies Verbandsgelder an den Deutschen Arbeiterbund Karlsruhe. Der unpolitische Verein mit dem „politischen Namen“ bekam nie Probleme mit dem preußischen Vereinsgesetz und konnte deshalb während der Zeit des Sozialistengesetzes auch als legaler Treff der Arbeiter, die sich allerdings an die Vereinsregeln halten mussten, genutzt werden. Sein erster Vorsitzender 1868 war Wilhelm Marx. In der Stadtverordnetenversammlung am 2. Dezember 1913 wurde der Vorschlag der Sozialdemokraten nach Beschaffung von billigen Seefischen und Verteilung kostenloser Briketts an Bedürftige sowie Einrichtung eines Arbeitsnachweises (Arbeitsamt) und einer Arbeitslosenversicherung durch die Stadt diskutiert. Den ersten beiden Punkten konnten sich der Magistrat und die Bürgerlichen noch anschließen, bei den letzteren beiden Vorschlägen gab es keine Mehrheit. Auch regten Julius Herbst, August Krüger und Karl Lenger zur Linderung der aktuellen Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten



BERNH. FRANKE SPREMBERG

## 45. Stiftungsfest des Arbeiter-Bildungs-Vereins

Spremberg, am 6. und 7. September 1913.

*Bild 26: Stiftungsfest Arbeiter-Bildungs-Verein*

an. Diese Anregung wurde mit entsprechender Arbeit in der Forstwirtschaft aufgegriffen. Weitergehende Forderungen von Herbst lehnte Bürgermeister Nath ab. Beide machten nachdrücklich ihre gegensätzlichen Standpunkte klar, aber Nath saß am längeren Hebel.



Bild 27: Flugblatt der SPD Spremberg zur Stadtverordnetenwahl 1913

Für die ab Januar 1914 amtierende Stadtverordnetenversammlung fand am 14.11. des Vorjahres die turnusmäßige Wahl statt. Neben den zwei Sitzen der nach sechs Jahren ausscheidenden Herren der 3. Abteilung musste auch eine Ersatzwahl für Reinhard Gutberlet durchgeführt werden, da der Geschäftsführer der Krankenkasse dienstlich aus Spremberg verzogen war.

Die SPD führte am 12.11.1913 ihre öffentliche Kommunalwähler-Versammlung mit den neuen Kandidaten Max Gumprich (Konsum-Kontrollleur), Max Starus (Zigarrenfabrikant und Hausbesitzer) und Hermann Pfau (Maurer und Hausbesitzer, als Ersatzmann für Gutberlet) im Gesellschaftshaus durch.

Die Drei wurden 2 Tage später mit großer Mehrheit gewählt, so dass die SPD acht von 24 Stadtverordneten, das waren alle Sitze der 3. Abteilung in Spremberg, stellte. Nachdem die Amtseinführung der neuen Abgeordneten am 07.01.1914 stattfand, wurden

die freigewordenen Kommissionsplätze verteilt: Max Gumprich kam in die Armen-deputation, Julius Herbst in den Finanzausschuss und Karl Lenger in die Schlachthauskommission.

Auch die Slamener Gemeinderatswahl im März des Jahres verlief wie gewohnt, in der 3. Klasse bekam der Händler August Scholtka bis auf eine alle anderen Stimmen.

Ausdruck für die gewachsene Stärke der SPD in Deutschland war die große Mitgliederzahl, sie betrug 1914 knapp 1,1 Millionen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften hatten zur selben Zeit 2,5 Millionen Kolleginnen und Kollegen in ihren Reihen. In der Provinz Brandenburg war die SPD von 16.188 Mitgliedern in 1906 auf 34.783 im Jahre 1914 angewachsen. Für den SPD-Ortsverein Spremberg sind die Zahlen anhand gesicherter Verhältnisberechnungen für die Provinz Brandenburg nur schätzbar: 1898 ist von 260 Spremberger Genossen und 1914 von 350 Genossinnen und Genossen auszugehen.

Das letzte große Arbeiterfest im Frieden fand in Spremberg vom 18. bis 20. Juli 1914 statt. Rund 2000 Sportler des Arbeiter-Turnerbundes aus Cottbus, Guben, Forst und Spremberg trafen sich zum Bezirks-Turnfest in der Stadt. Für die Feierlichkeiten wurden die drei großen Säle im Bergschlößchen, im Gesellschaftshaus und in Kobelts Konzerthaus genutzt, zu den sportlichen Wettkämpfen marschierte man auf den Sportplatz am Heinrichsfelder Weg. Kartenvorverkauf, eine Dauerkarte für alle 3 Tage kostete 50 Pf, war bei August Krüger, Hermann Schönwälder und Richard Trinks in der Muskauer Straße in Slamen.

Zeitgleich zu diesem Fest, aber unabhängig davon, fand eine große Aussperrung der Arbeiter in der Niederlausitzer Tuchindustrie statt, von der ab 18. Juli 30.000 Beschäftigte betroffen waren. Der Arbeitskampf hatte eine Woche vorher mit einem Streik von 60 Walkern in Forst begonnen und war durch die Fabrikbesitzer auf alle Tuchmacherstädte ausgedehnt worden. Die Arbeitgeber machten diesmal keinen Rückzieher wie 1910. In Spremberg zogen die Mitglieder des Textilarbeiterverbandes und des Ortsvereins der Stuhlarbeiter, also beide großen Gewerkschaften, an einem Strang. Auch die in der Stadt kaum vertretene christliche Organisation schloss sich dieser Linie an. Die erste Versammlung der Streikenden fand Montag vormittag, den 20.07.1914 bei Kobelt statt, eingeladen hatte dazu im Auftrag des Textilarbeiterverbandes Fr. Wünsche von der



Geschäftsstelle in der Lindenstraße 5. Ab 30. Juli sollten Vermittlungsgespräche mit den Arbeitgebern stattfinden. Parallel dazu fand am selben Tag in Kobelts Konzerthaus eine große Textilarbeiterkundgebung in Spremberg statt, die sich der Aussperrung und dem drohenden Krieg widmete.

Zu einem von einigen erwarteten Aufruf zum Massenstreik gegen den Krieg kam es weder in Spremberg noch im Deutschen Reich. Die SPD und die Gewerkschaften stellten sich auf die Seite des Kaisers und der Regierenden, da

Russland Deutschland den Krieg erklärt und die Reichsgrenzen in Ostpreußen und Posen überschritten hatte. Es handelte sich demzufolge um einen Verteidigungskrieg, der von den Sozialdemokraten immer als legitim propagiert worden war. Ein Streik in dieser Situation war nicht vermittel- und durchführbar. Die Fabrikanten in der Niederlausitz nahmen ihre Kündigungen zurück, so dass ab 3. August auch in den Spremberger Tuchfabriken wieder gearbeitet wurde.

## Die Zeit des 1. Weltkrieges bis zur Novemberrevolution in Deutschland

Der Kaiser versetzte das Deutsche Reich am 31. Juli 1914 in den Kriegszustand, der 1. Weltkrieg hatte begonnen. Ab dem selben Tag ging die vollziehende Macht von den Regierungen auf die Militärbefehlshaber über, für Berlin und die Provinz Brandenburg war das Generaloberst von Kessel, der „Oberbefehlshaber in den Marken“. Die Zivilverwaltungs- und Gemeindebehörden blieben in ihren Funktionen, unterstanden aber dem Weisungsrecht der Militärführung.

ten „Burgfrieden“ mit der Monarchie und stimmte als größte Reichstagsfraktion am 4. August 1914 geschlossen den Kriegskrediten zu.

Die Mobilmachung in Spremberg wurde vom Bezirkskommando Cottbus geleitet, der Landrat suchte Arbeiter für die Landwirtschaft des Kreises, der Vorsitzende des Roten Kreuzes Bürgermeister Nath freiwillige Krankenpfleger und der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Carl Müller



*Bild 28: Kaiser Wilhelm II. und die Sozis als „vaterlandslose Gesellen“ (Karikatur)*

Von Kessel erließ ab dem 1. August eine Reihe von Durchführungsbestimmungen, nach denen jegliche Presse zensiert wurde, alle öffentlichen Versammlungen genehmigt werden mussten, politische Vereine streng überwacht wurden und die sonstigen Vorschriften des „Belagerungszustandes“ und des „Kriegszustandes“ galten. Die Sozialdemokratie schloss den sogenann-

appellierte wiederholt an die Kunden, nicht die Sparkonten aufzulösen. Der Vorstand des Konsum beruhigte die Mitglieder, dass es ausreichend Mehl für Brot und keine ungerechtfertigten Preissteigerungen - so wie bei den anderen Kaufleuten in Spremberg - geben würde.

Auch die Stadtverordnetenversammlung handelte, sie beschloss am 04.08. ein-

stimmig die Bewilligung von 10.000 Mark zur Unterstützung von Familien, deren Männer zum Kriegsdienst eingezogen worden waren. Vor allem die jungen Arbeiter, darunter viele Sozialdemokraten, mussten bereits 1914 zum Militär.

Die politische Tätigkeit der Arbeitervereine der Stadt und des Umlandes kam somit während des Krieges fast vollständig zum Erliegen. Ab 1915 gab es auch in Spremberg erste Versorgungsengpässe und der Verzehr von Pell- statt geschälter Kartoffeln wurde empfohlen, da so 200 Gramm pro Kilo mehr zur Verfügung standen. Die Brotkarten wurden eingeführt und Höchstpreise für alle anderen Lebensmittel wie Butter, Fleisch, Eier, Milch und Gemüse festgelegt. Später gab es Lebensmittelkarten für alle Nahrungsmittel und es wurde für fettlose Donnerstage und fleischlose Freitage geworben. Auch eine Volksküche wurde wieder eröffnet, für die man Essenmarken erwerben musste, und die sich ab 1917 Kriegsküche nannte.

Statt der Maifeier gab es am 02.05.1915 ein öffentliches Wohltätigkeitskonzert des Arbeitergesangvereins „Vorwärts“, wozu Karten bei den altbekannten Genossen Handrick, Krüger, Rother und im Zigarrengeschäft von K. Mros in der Forster Straße zu haben waren. Eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung zum Spremberger Haushalt 1915, die wegen Beschlussunfähigkeit am 27. April abgesagt werden musste, fand dann am 3. Mai statt.

In diesem zweiten Jahr des Krieges wurde mit dem Baubeginn des Kraftwerkes Trattendorf ein wirtschaftlicher Meilenstein für Spremberg gesetzt. Schon drei Jahre später wurden Arbeiterinnen und Arbeiter für den Dauerbetrieb des Werkes gesucht, gleiches galt auch für das nebenan entstehende Lonza-Werk.

Die Wahl der Stadtverordneten wurde planmäßig am 24.11.1915 im Sitzungssaal des Rathauses durchgeführt, da die drei Sozialdemokraten Herbst, Krüger und Pfau turnusmäßig ausschieden.

Auch in Spremberg gab es den „Burgfrieden“ und so einigte man sich im Vorfeld auf eine gemeinsame Kandidatenliste für die 2. und 3. Abteilung. Die Sozialdemokraten beanspruchten nur zwei der drei neu zu Wählenden in letzterer Klasse, nämlich Julius Herbst und August Krüger. Der Dritte im Bunde war Tischlermeister Heinrich Schwobe, Vorsitzender des Haus- und

Grundbesitzer-Vereins. Die benannten Kandidaten wurden auch ohne Probleme gewählt. Julius Herbst war seit August zum Heeresdienst einberufen worden, weshalb seine Geschäftsführerstelle beim Konsum vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates Gustav Seeliger übernommen wurde. Seiner Wahl zum Stadtverordneten stand seine Abwesenheit aber nicht im Wege. Die Wahl vom November 1915 war die letzte Wahl der Spremberger im Kaiserreich, erst nach dem Krieg, im Januar 1919, wurde das Volk das nächste Mal wieder befragt.

Wegen mangelnder Kohlezufuhr zum städtischen Gaswerk musste Anfang 1917 der Gasverbrauch in Spremberg rationiert werden. Die „Landverschickung“ von Stadtkindern begann mit der Mitteilung des Bürgermeisters im April des selben Jahres. Die Freiwillige Turnerfeuerwehr musste am 10.04. einen Werbeabend im Hotel zur Sonne durchführen, da ihre Mitgliederzahl in Folge des Krieges von vorher 180 auf 40 gesunken war.

Der erste Weltkrieg wurde zu einer harten Prüfung für die gesamte SPD. Hatte man im Sommer 1914 noch geschlossen den Kriegskrediten zugestimmt, so weigerten sich Teile der SPD-Reichstagsfraktion zunehmend, den Kurs der Führung mitzumachen. Am 24. März 1916 bildete sich eine 20-köpfige „*Sozialistische Arbeitsgemeinschaft*“ SAG als eigene Fraktion heraus, die sich aus den Gegnern der Kriegskredite zusammensetzte. Obwohl er auch gegen weitere dieser Kredite war, ging Karl Giebel aus dem Wahlkreis Cottbus-Spremberg nicht zur SAG, verwehrt sich aber auch einer Verurteilung der SAG-Fraktion durch die SPD-Reichstagsfraktion.

Die USPD, die sich aus der SAG-Fraktion und Teilen des linken Flügels der SPD im April 1917 in Deutschland gründete, fand vorerst keine Anhänger in Spremberg. Nachweisbar sind ihre Ortsvereine, die sich hier vor allem aus Gewerkschaftern bildeten, erst zum Kriegsende im Oktober (Spremberg) und im November (Slamen) 1918. Auch die Oktoberrevolution in Russland, die in Deutschland Anfang 1918 zu Massenstreiks und im März zum Frieden an der Ostfront führte, hatte keine Auswirkungen auf Spremberg und seine Umgebung.

Der im Februar entbrannte Streit zwischen dem Slamener Gemeindevertreter Schichold und dem Konsum Spremberg war hausgemacht und betraf die angebliche Benachteiligung der Einwohner besagten Ortes, wogegen sich der Geschäftsführer

Seeliger öffentlich zur Wehr setzte. Der Konsum hatte mittlerweile über 1650 Mitglieder und war darauf bedacht, alle gleichermaßen mit den verfügbaren Lebensmitteln zu versorgen. Neben dem noch immer fehlenden Julius Herbst war auch für Richard Freund Ersatz im Vorstand geschaffen worden: Albert Mühl war neuer Kassierer geworden.

In den Kriegsjahren wurde das öffentliche und auch das Parteileben mehr und mehr von den Frauen gestaltet. Die von ihnen organisierten Familien- und Unterhaltungsabende dienten meist wohltätigen Zwecken und dem Treffen untereinander. In die Amalienschule am Kirchplatz 6 wurden z. B. am 26.02.1918 die „stimmbegabten Mitgliedsdamen der 6 vereinigten hiesigen Männerchöre“ eingeladen, um Gesänge einzuüben. Auch in der SPD übernahmen die Frauen Aufgaben, die früher nur von Männern ausgeführt wurden. So ist z. B. die Kettenschere Berta Jänchen mit 22 Jahren bereits Kassiererin im Ortsverein Slamen geworden. Sie hatte sich schon vorher als Schriftführerin im Textilarbeiterverband Spremberg bewährt. Bei den sogenannten „Hungerkrawallen“ 1918 in Spremberg waren die Hauptakteure auch die Frauen, einige von ihnen waren wegen der Proteste gegen die ständige Minimierung der Lebensmittelrationen zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Erst kurz vor Kriegsende kamen sie aufgrund der letzten kaiserlichen Amnestie wieder frei.

Eine erste politische Versammlung in Spremberg, vielleicht die erste im Krieg überhaupt, fand am 23. April 1918 im Gesellschaftshaus statt. Die Vorstände des Ortsvereins der SPD und der Ortsgruppe der Fortschrittlichen Volkspartei luden gemeinsam zum Thema „Deutsche Freiheit und preußisches Klassenwahlrecht“ mit dem SPD-Parteisekretär und Berliner Stadtverordneten Eugen Brücker ein. Ursache war, dass die lange versprochene Änderung des preußischen Wahlrechts immer wieder in den Kommissionen des Landtags abgelehnt wurde. Die Einlasskarten zur Veranstaltung konnte man sich bei den Ortsvorsitzenden der beiden Parteien abholen, bei A. Krüger in der Schützenstraße und bei C. Ulrich am Wilhelmsplatz 1.

Der Arbeiter-Wander-Bund „Naturfreunde“ Spremberg veranstaltete im letzten Kriegssommer wieder ein Sommerfest in Sellessen

und die Freie Turnerschaft ein Wohltätigkeitskonzert im Gesellschaftshaus. Ende September 1918 warben die Sparkasse und die Commerzbank in Spremberg noch mit der 9. Kriegsanleihe, aber das Volk war kriegsmüde und das Ende des Krieges war für viele in der Stadt schon spürbar. Daran änderte die Verordnung gegen das Verbreiten von „falschen Gerüchten“ vom 02.09. des Oberbefehlshabers von Berlin und Brandenburg auch nichts mehr.

Anfang Oktober wurde Prinz Max von Baden neuer Reichskanzler und am 15.10.1918 tagte die letzte Stadtverordnetenversammlung Sprembergs im Krieg. Am 25. Oktober versammelte sich die USPD Spremberg erstmals zur Mitgliederversammlung im Gesell-



Bild 29: Novemberrevolution in Berlin

schaftshaus. Gastredner war Reichstagsabgeordneter Ryssel aus Leipzig, der über „Die demokratische Regierung“ sprach. Der Textilarbeiter-Verband Spremberg, dessen Geschäftsstelle sich mittlerweile am Wilhelmsplatz 5 befand, lud am 1. November zur Mitgliederversammlung mit dem in Spremberg seit fast zwei Jahrzehnten bekannten Berliner Funktionär Karl Hübsch ein.

Die Bekanntmachung des Oberbefehlshabers und Generalobersten von Linsingen zum Verbot von Arbeiter- und Soldatenräten für Berlin und Brandenburg vom 7. November kam zu spät, die Revolution und politische Neuorganisation im Deutschen Reich hatte längst begonnen.

Am 9. November 1918 gab der Reichskanzler Max von Baden das Ende des Krieges und die Abdankung des Kaisers bekannt. Er selbst trat auch zurück, nachdem er den Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert, als neuen Reichskanzler vorgeschlagen hatte. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung war trotz aller Schwierigkeiten bis 1918 zur größten und am solidesten organisierten politischen Kraft Deutschlands geworden

und musste nun nach dem verlorenen Weltkrieg die Regierungsverantwortung übernehmen. In Berlin wurde dazu ein Kabinett aus 6 Volksbeauftragten gebildet, drei von der SPD und drei von der USPD, und von Philipp Scheidemann die Republik ausgerufen. Friedrich Ebert hatte sich nicht zum Reichskanzler machen lassen, sondern leitete ab sofort den Rat der Volksbeauftragten. Am 10. November wurden der SPD-Landtagsabgeordnete Paul Hirsch zum Polizeidirektor von Berlin und der SPD-Reichstagsabgeordnete Otto Wels zum Stadtkommandanten von Berlin ernannt.

In Spremberg lud der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Albert Mühl, am 11.11.1918 zu einer gemeinsamen Sitzung des

# Spremberger Anzeiger

Das Spremberger Anzeiger erscheint jeden Hochentag Abend.  
Bekanntmachungen für die jeweilige Nummer bis spätestens 11 Uhr vormittags erbeten.

## Wochenblatt für Stadt und Land

Amtliches Publikationsorgan.

Bezugspreis in Spremberg vierteljährlich 3.00 Mark, durch die Post 3.30 Mark.  
Alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen an.

Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die Doppelzeile 15 Pfg., in Stadt und Kreis Spremberg 15 Pfg.; im Reklameteil die Doppelzeile 60 Pfg. (Vahvorschriften werden tunlichst berücksichtigt. Für telephonisch aufgeborene oder undeutlich geschriebene Anzeigen wird keine Gewähr geleistet. — Rabatt nur bei glatter Regulierung innerhalb 14 Tagen, bei späterer Bezahlung und bei Konturufen entfällt jeder Rabattanspruch. Postfachkonto 41327.)

---

Nr. 267.
Mittwoch, den 13. November 1918.
80. Jahrgang.

---

## An die Bevölkerung!

Schneller als sich die Gewalthaber dachten, ist der große Zusammenbruch ihrer Herrlichkeit gekommen. Sie, die sich noch vor kurzer Zeit im Vollbesitz ihrer Macht fühlten und alle Vorbereitungen trafen, diese Macht rücksichtslos zu verteidigen, sind heute entthront. Sie sind gewöhnliche Bürger, dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt.

Das war ein schnelles Volksgericht! Die Ereignisse haben sich überstürzt! Die militärische und politische Gewalt ist in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats übergegangen. Auch für den Kreis Spremberg hat sich in der Nacht vom 11. zum 12. November ein Arbeiterrat gebildet, der sich mit dem Soldatenrat von Cottbus ergänzt.

Die dringendste Aufgabe des Arbeiterrates ist die **Ordnung und Ruhe** im Kreise Spremberg und die **Ernährungsverorgung** für die Bevölkerung mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten.

Wir erwarten insbesondere von der Arbeiterbevölkerung, daß sie ihre so oft bewährte Disziplin in dieser außerordentlichen Stunde aufs neue bewahren und allen Anforderungen, die der Arbeiter- und Soldatenrat trifft, bereitwilligst Folge leisten wird. Großes steht auf dem Spiele!

**Ueberängstliche Gemüter fürchten für ihr Eigentum und die Anarchie. Dabei ist zu solchen Befürchtungen durchaus kein Anlaß gegeben.** Alle Betriebe sind unbedingt aufrecht zu erhalten. Die politische Umwälzung darf keinesfalls das wirtschaftliche Getriebe stören. **Es muß vor allem die erste Pflicht aller sein, die Produktion und Zufuhr von Nahrungsmitteln nicht zu stören.**

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Führung der Geschäfte mit übernommen, um seine Forderung auf Selbstbestimmung durchzuführen. Wir erwarten von allen Behörden und Beamten von Stadt und Land, daß sie freudig ihre hilfreiche Hand leihen.

Ueber das Ergebnis unserer Tätigkeit werden wir am

**Mittwoch, den 13. November, abends 7 Uhr im Saale des Gesellschaftshauses in einer öffentlichen Versammlung**

Bericht erstatten.

Es gilt den Kampf um die Vereitigung der alten Mächte und die Herbeiführung geordneter sozialistischer Zustände. Es gilt weiter den Kampf gemeinsam mit der übrigen deutschen Arbeiterschaft zu führen.

Die Arbeiterschaft darf sich keinen Augenblick im Zweifel sein, daß die reaktionären Gewalten zum Gegenschlag ausholen werden. Die größte Wachsamkeit ist deshalb am Platze.

**Das Ziel der Bewegung ist die sozialistische Republik.**

Der Arbeiterrat.  
F. A. Albert Mühl.

Der Soldatenrat.  
F. A. Müller.

Bild 30: Spremberger Anzeiger vom 13.11.1918

Gewerkschaftskartells, der sonstigen Gewerkschaften und der Parteivorstände in das „Bürgerhaus“ ein. Dort wurde der Arbeiterrat für den Kreis Spremberg gebildet, der sich mit dem Soldatenrat von Cottbus ergänzte. Der Arbeiter- und Soldatenrat trat am nächsten Tag mit einer öffentlichen Erklärung an die Bevölkerung Sprembergs heran und lud für den 13. November zu einer öffentlichen Versammlung zwecks Bericht-erstattung in das Gesellschaftshaus ein. Die Resolution wurde unterzeichnet für den Arbeiterrat von Herrn Mühl und für den Cottbuser Soldatenrat von Herrn Müller, als Ziel der Bewegung war die Schaffung der sozialistischen Republik benannt worden. Der Rat erklärte weiterhin, die Geschäfte der Stadt- und der Kreisverwaltung mit zu übernehmen und bat alle Behörden von Stadt und Land um gute Zusammenarbeit.

Bürgermeister Nath ist bereits am 12.11. durch Beschluss des Arbeiter- und Soldatenrats abgelöst worden, als sein Vertreter

wurde Julius Herbst benannt. Die Stadtverordnetenversammlung vom selben Tag bestätigte mit den Stimmen der Bürgerlichen das Protokoll des Rates einschließlich der Ablösung Naths und der Amtsübernahme durch Herbst.

Für das Landratsamt wurde als gegenzeichnender Bevollmächtigter des Arbeiterrates Oberbahnassistent Frischbutter benannt, da der Landrat Dr. Wilkins noch beim Militär war und vom Kreisdeputierten von Wühlisch vertreten wurde. So endete das Zeitalter des preußischen König- und deutschen Kaiserreiches in Spremberg und es begann die Zeit der Republik mit der Verantwortungsübernahme der Arbeiterschaft in den Verwaltungen von Stadt und Kreis.

Mit dem kommissarischen Bürgermeister von Spremberg, Julius Herbst, gab es ab 12. November 1918 erstmals einen Sozialdemokraten an der Spitze des Spremberger Rathauses.

## Bildnachweis (Urheberrecht)

- Bild 1 vordere Umschlagseite: Wappen der Stadt Spremberg; Stadt Spremberg
- Bild 2 vordere Umschlagseite: Fahne des ADAV;  
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn
- Bild 3, 6, 8, 12, 13, 16, 23, 24, 27 und 30: Niederlausitzer Heidemuseum Spremberg
- Bild 4 und 14: Andreas Lemke
- Bild 5, 7, 9-11, 15, 17-20, 25 und 29: Archiv der sozialen Demokratie der  
Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn
- Bild 21: Werner Borjack, Märkischer Bote 02.08.2008
- Bild 22: Spremberger Wohnungsbaugenossenschaft
- Bild 26: SPD-Ortsverein Spremberg
- Bild 28: Künstler A. Paul Weber „Wilhelm II und die vaterlandslosen Gesellen“  
Lithographie 1977

## Quellennachweis

- Spremberger Kreisblatt 1846, 1847, 1850
- Spremberger Kreis- und Wochenblatt 1853, 1856-1858, 1860
- Spremberger Wochenblatt 1861
- Spremberger Kreis- und Beilagenblatt 1862
- Spremberger Blatt 1863-1870, 1872, 1874/I
- Spremberger Anzeiger 1874/II, 1875-1918
- Spremberger Wohnungs- und Adresskalender 1878
- Ignaz Auer: „Nach 10 Jahren“, London 1888
- Beatrice Falk, Ingo Materna: „Die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ Teil 1 1878-1890, Berlin 2005
- Dieter Fricke, Rudolf Knaack: „Dokumente aus geheimen Archiven, Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878-1913, Band 2, 1890-1906“, Weimar 1989
- Dieter Fricke, Rudolf Knaack: „Dokumente aus geheimen Archiven, Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878-1913, Teil 3, 1906-1913“, Berlin 2004
- Vorwärts Jubiläums-Sonderheft „Vorwärts Extra, Der lange Weg zu einem besseren Land, 150 Jahre Sozialdemokratie“, Berlin 02/2013
- Heiko Tammerna, SPD-Landesverband Brandenburg: „Geschichte in Geschichten 130 Jahre Sozialdemokratie in Brandenburg 1868-1998“, Potsdam 1998
- Barbara Godau: „Der kleine Belagerungszustand über Spremberg und Umgebung 1886-1888“ aus Geschichte und Gegenwart des Bezirkes Cottbus (aus dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn), Cottbus 1985
- Eckbert Kwast: „Die Bürgermeister der Stadt Spremberg aus sechs Jahrhunderten“ in Stadt Spremberg Aus der Geschichte 2. Teil 2007
- Renate Lorenz, Renate Schönrock, Roland Wonneberger: „Die Konsumgenossenschaft Spremberg“ in Stadt Spremberg Aus der Geschichte 2. Teil 2007
- Frank Petraus: „Mehr als 100 Jahre genossenschaftliches Wohnen in Spremberg“ im Heimatkalender Spremberg 2009
- Portal zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des Historischen Forschungszentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung auf <http://www.fes.de>
- Recherchen im Internet bei Wikipedia und Reichstagsdatenbank
- Andreas Lemke: „140 Jahre SPD in Deutschland, 130 Jahre Sozialdemokratie in Spremberg“, Vortrag 23.05.2003
- Berichte und Informationen von Mitgliedern des SPD-Ortsvereins Spremberg



# Impressum

**Autor:** Andreas Lemke

**Herausgeber:** SPD Ortsverein Spremberg  
Dresdener Straße 42  
03130 Spremberg  
03563/9892811  
Info@SPD-Spremberg.de  
www.SPD-Spremberg.de

1. Auflage

© 2013

Der Nachdruck oder die anderweitige Veröffentlichung und Nutzung, ganz oder in Teilen, auch auszugsweise, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Herausgebers und des Autors gestattet.